

# **Die Schuldenkrise und die Unterstützung der Europäischen Union**

Entwicklung und Determinanten der Unterstützung  
in Deutschland und Griechenland  
im Zuge der europäischen Schuldenkrise

Hausarbeit zur Erlangung des Akademischen Grades  
eines Magister Artium

vorgelegt dem Fachbereich 02 – Sozialwissenschaften, Medien und Sport  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von  
Simon Rudolf Bauer  
aus Wittlich

Mainz, März 2013

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>V</b>
<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>VI</b>
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>2. Theoretischer Rahmen .....</b>	<b>8</b>
2.1 Politische Unterstützung als Untersuchungsgegenstand .....	8
2.2 Unterstützung des demokratischen Systems nach Fuchs .....	11
2.2.1 Das Ebenenmodell eines demokratischen Systems .....	11
2.2.2 Das analytische Einstellungsmodell .....	13
2.3 Unterstützung der Europäischen Union .....	17
2.3.1 Voraussetzungen für die EU als Untersuchungsgegenstand .....	17
2.3.2 Systemische und demokratische Performanz .....	21
2.3.3 Politische Gemeinschaft – Europäische Identität .....	23
2.3.4 Meinungsbildungsprozesse zur EU – Kognitive Heuristiken und Einstellungen zum Nationalstaat .....	29
2.3.5 Ein integriertes Modell der EU-Unterstützung.....	37
<b>3. Die Schuldenkrise in der EU .....</b>	<b>39</b>
3.1 Die Ökonomie der Krise .....	40
3.2 Das politische Krisenmanagement .....	47
3.3 Die Schuldenkrise aus der Perspektive der Bürger .....	51
3.4 Konsequenzen für die Einstellungen der Bürger.....	57

<b>4. Empirische Analyse</b> .....	<b>62</b>
4.1 Forschungsdesign und Datengrundlage .....	62
4.2 Hypothesen.....	66
4.2.1 Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung.....	66
4.2.2 Determinanten der EU-Unterstützung .....	70
4.3 Operationalisierung .....	74
4.4 Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung .....	80
4.5 Determinanten der EU-Unterstützung.....	87
4.5.1 Methodische Vorbemerkungen.....	88
4.5.2 Der Einfluss der EU-spezifischen Einstellungen.....	88
4.5.3 Der Einfluss der kognitiven Heuristiken zur nationalstaatlichen Ebene .....	92
4.5.4 Die relative Erklärungskraft der Determinanten .....	97
4.6 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	100
<b>5. Schlussbetrachtung</b> .....	<b>103</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>109</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>i</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Ebenenmodell des demokratischen Systems als Einstellungsmodell.....	14
Abbildung 2: Theoretisches Modell der EU-Unterstützung .....	37
Abbildung 3: Das Trilemma der dreifachen ökonomischen Krise .....	41
Abbildung 4: Risikoaufschläge von Staatsanleihen ausgewählter Euroländer, Jul 2007 - Nov 2011 .....	44
Abbildung 5: Entwicklung der EU-Unterstützung in Griechenland, 2007-2011.....	81
Abbildung 6: Mittelwertvergleich EU-Unterstützung in Griechenland, 2007 & 2011.....	82
Abbildung 7: Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung und ihrer Determinanten, 2007-2011, in Mittelwerten.....	83
Abbildung 8: Entwicklung der EU-Unterstützung in Deutschland, 2007-2011 .....	84
Abbildung 9: Mittelwertvergleich EU-Unterstützung in Deutschland, 2007 & 2011 .....	85
Anhang	
Abbildung 10: Q-Q-Plots zum Test normalverteilter Residuen (für Regressionsmodelle 5- 8) .....	xi

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Marktpreisen ausgewählter Länder, Veränderung zum Vorjahr in Prozent .....	45
Tabelle 2: Arbeitslosenquote ausgewählter Länder in Prozent (Jahresdurchschnitt) .....	46
Tabelle 3: Operationalisierung der theoretischen Konstrukte .....	76
Tabelle 4: Determinanten der EU-Unterstützung (nur Einstellungen mit EU-Bezug) .....	89
Tabelle 5: Bivariater Zusammenhang der Performanzbewertungen zur EU und zum Nationalstaat .....	92
Tabelle 6: Determinanten der EU-Unterstützung (mit kognitiven Heuristiken zum Nationalstaat) .....	94
Tabelle 7: Determinanten der EU-Unterstützung (standardisierte Regressionskoeffizienten) .....	98

## Anhang

Tabelle 8: Gesamtschuldenstand ausgewählter Staaten in Prozent des BIPs .....	i
Tabelle 9: Staatsdefizit ausgewählter Staaten in Prozent des BIPs .....	i
Tabelle 10: Eine Chronologie des politischen Krisenmanagements in Europa 2010-2011 ..	ii
Tabelle 11: Bivariater Zusammenhang der Indikatoren Vertrauen in die EU & EU-Image	iv
Tabelle 12: Datentabelle EU-Unterstützung (EU-Image), Griechenland .....	iv
Tabelle 13: Datentabelle EU-Unterstützung (EU-Image), Deutschland .....	v
Tabelle 14: Datentabelle Demokratische Performanz der EU .....	v
Tabelle 15: Datentabelle Demokratische Performanz des Nationalstaats .....	vi
Tabelle 16: Datentabelle Systemische Performanz der EU .....	vii
Tabelle 17: Datentabelle Systemische Performanz des Nationalstaats .....	viii

Tabelle 18: Datentabelle Systemische Performanz (egozentrisch)/ Persönliche ökonomische Lage .....	ix
Tabelle 19: Datentabelle Exklusive nationale Identität .....	x
Tabelle 20: Test auf Multikollinearität (Variance Inflation Factors).....	xii
Tabelle 21: Determinanten der EU-Unterstützung (nur Kontrollvariablen).....	xiii
Tabelle 22: Determinanten der systemischen Performanz der EU .....	xiv
Tabelle 23: Determinanten der demokratischen Performanz der EU .....	xv

## 1. Einleitung

In Folge der globalen Finanzmarktkrise, die 2007 ihren Ursprung im Einbruch des US-amerikanischen Immobiliensektors hatte, setzte sich eine Kette von Ereignissen in Gang. Sie führte 2009 zu einer weltweiten Rezession und 2010 zu einer Staatsschuldenkrise in mehreren europäischen Staaten. Diese hat die öffentlichen Debatten<sup>1</sup> in Politik und Gesellschaft in den EU-Mitgliedsstaaten seither intensiv beherrscht. Die ökonomische Dimension der europäischen Schuldenkrise besteht aus mehreren Problemfeldern (Shambaugh 2012). Die finanzielle Unterstützung des Bankensektors durch zahlreiche europäische Staaten in Folge der weltweiten Finanzkrise hat die Staatsschulden in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten innerhalb kurzer Zeit drastisch erhöht. In der Finanzkrise ist das Risikobewusstsein auf den Finanzmärkten größer geworden. Steigende Zinsen auf Staatsanleihen haben die Refinanzierung zahlreicher Euroländer schwieriger gemacht. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Staaten, ihre Schulden zurückzuzahlen, ist erheblich gesunken. Neben der Bankenrettung war auch die weltweite Eintrübung der Konjunktur Ursache für höhere Neuverschuldung in den EU-Mitgliedsstaaten, was die Refinanzierungsproblematik zusätzlich verschärft hat (Scharpf 2011: 21 ff.).

Im Jahr 2010 begannen die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat, die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) sowie der Internationale Währungsfonds (IWF) damit, finanzielle Hilfsmaßnahmen für besonders betroffene Krisenländer wie Irland, Portugal und Griechenland zu beschließen, um drohende Staatspleiten abzuwenden. Die Schuldenkrise entwickelte sich im Laufe des Jahres 2010 zunehmend zu einem gesamteuropäischen Problem (SVR 2011: 79 ff.). Zu Beginn wollte nur die griechische Regierung die Hilfe der europäischen Partner in Anspruch nehmen. Im weiteren Verlauf wuchs jedoch die Sorge, auch andere Euroländer würden Refinanzierungsprobleme bekommen, die nicht mit den Mitteln der nationalen Politik gelöst werden könnten. Da die beschlossenen Programme kaum zur Linderung der Situation beigetragen hatten, veränderte sich der Charakter der Hilfsmaßnahmen: von temporären, einzelfallbehafteten Rettungspaketen hin zu der Schaffung dauerhafter Institutionen (SVR 2012: 96 ff.). Diese sind auf europäischer Ebene angesiedelt und stellen sowohl Unterstützung bei der Staatsfinanzie-

---

<sup>1</sup> Mit dem Begriff „öffentliche Debatte“ werden in der vorliegenden Arbeit immer die über Massenmedien vermittelten Diskurse von politischen und gesellschaftlichen Akteuren gemeint. Dass diese für die Bürger der EU als hauptsächliche Informationsquelle für die Meinungsbildung zur EU dienen, wird in Kapitel 2.3.4 genauer ausgeführt.

rung bereit als auch Sparprogramme zur Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in den betroffenen Nationalstaaten.

Die Schuldenkrise und das politische Krisenmanagement hatten enorme Auswirkungen auf das Leben der Bürger in der EU<sup>2</sup>. Die angespannte wirtschaftliche Lage und die umfangreichen beschlossenen Sparprogramme führten zu deutlich angestiegener Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und umfangreichen Einschnitten in den Sozialsystemen seit Beginn der Krise. In den betroffenen Krisenländern entstanden kurz nach Verabschiedung der Sparprogramme zahlreiche Protestbewegungen in der Bevölkerung gegen die von EU und IWF geforderten Maßnahmen (Armingeon/Guthmann 2012: 1). Diese richteten sich gegen politische Akteure im eigenen Land. Aber auch Vertreter von EU-Institutionen und anderen EU-Mitgliedsländern wie Deutschland und Frankreich waren Adressaten der Protestbewegungen (Shore 2012: 8). Höhepunkte dieser Proteste waren brennende Flaggen der EU und Deutschlands bei Demonstrationen in Griechenland. Diese exponierten Bilder können zwar nicht stellvertretend für die allgemeine öffentliche Meinung in den Krisenländern stehen, doch verdeutlichen sie, dass der Zusammenhalt innerhalb Europas durch die wahrgenommene Rollenverteilung in der Schuldenkrise potenziell bedroht ist. Länder wie Deutschland und Frankreich waren hingegen zunächst kaum von negativen Folgen der Schuldenkrise betroffen und haben einen großen finanziellen Anteil an den für die Krisenländer bereitgestellten Rettungsmaßnahmen getragen. In der öffentlichen Debatte in Deutschland und anderen Unterstützerländern wurde den Bürgern der jeweiligen Krisenländer durch einzelne politische Akteure und insbesondere Boulevardzeitungen die Schuld zugewiesen, für die wirtschaftlichen Probleme verantwortlich zu sein. Diese Ereignisse machen deutlich, dass die Sparmaßnahmen auf der einen Seite und die finanzielle Solidaritätsbereitschaft auf der anderen Seite in den öffentlichen Debatten heftig umstritten waren.

Die teilweise in nationaler Perspektive geführten öffentlichen Debatten erschwerten das politische Krisenmanagement erheblich. In kurzen Abständen sah sich die europäische Politik seit Beginn des Jahres 2010 immer wieder Handlungsdruck durch die vielfältigen wirtschaftlichen Probleme ausgesetzt. Die Kurzfristigkeit der auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen zur Krisenbewältigung zwangen die nationalen Parlamente zu einer raschen und meist von der Exekutive determinierten Entscheidungsfindung. Dies beinhaltete auf der einen Seite die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Rettungsmaßnahmen.

---

<sup>2</sup> Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf die Differenzierung geschlechtsspezifischer Formen des Begriffs „Bürger“ verzichtet. Es sind gleichermaßen immer alle Geschlechter gemeint.

Auf der anderen Seite waren diese verbunden mit der Umsetzung von Sparpaketen und wirtschaftlichen Reformen im betroffenen Krisenland. Das Krisenmanagement musste trotz gemeinsamer Währungsunion zu großen Teilen auf nationaler Ebene legitimiert werden. Denn die getroffenen Maßnahmen betreffen vornehmlich die Fiskalpolitik, die den Nationalstaaten vorbehalten ist (Lane 2012: 49). Die Koordinierung und Gestaltung der einzelnen Maßnahmen geschieht dagegen auf europäischer Ebene. Mit fortschreitender Dauer der Krise waren die politischen Akteure neben der eigentlichen Krisenpolitik daher zusätzlich gezwungen, über die strukturelle Fortentwicklung der europäischen Integration nachzudenken. Die Schuldenkrise hat das Mehrebenensystem der EU folglich vor große Herausforderungen gestellt (siehe Scharpf 2012).

In der öffentlichen Debatte wurde im Verlauf des Jahres 2010 dagegen schnell klar, dass die Schuldenkrise kein kurzfristiges und rein technisches Problem sein würde. Die Frage, wie die politischen Akteure inhaltlich mit den Problemen der Krise umgehen sollten, rückte in den Hintergrund. Vielmehr wurde diskutiert, wie die Bürger in den EU-Mitgliedsstaaten auf die Schuldenkrise und ihre Auswirkungen reagieren. In wirtschaftlich weiterhin erfolgreichen Staaten, die nicht oder bisher nur gering mit den verschärften Problemen der Staatsfinanzierung zu kämpfen haben (z. B. Deutschland und Frankreich), stellt sich die Frage, wie weit die Solidarität der Bürger mit den europäischen Nachbarn reicht. Zwar teilen 17 EU-Länder weiterhin eine gemeinsame Währung, doch im Verlauf der Krise rückte in den Mittelpunkt, zu welchem Preis diese Bestand haben soll. Krisenländer wie Portugal, Spanien oder Griechenland erfahren zwar die Hilfe der europäischen Nachbarn, sind jedoch betroffen von damit verbundenen Anpassungsprogrammen. Die Folgen des Sparens sind im Gegensatz zu Hilfskrediten und -bürgschaften im Alltagsleben direkt oder im persönlichen Umfeld erfahrbar. Zwangsläufig wird diskutiert, ob die notwendige Solidarität auf der einen Seite und die Anpassungsbereitschaft auf der anderen Seite dauerhaft durch eine ausreichende Mehrheit der Bürger in den EU-Mitgliedsländern erbracht werden.

Angesichts des Umfangs und der Dauerhaftigkeit der Schuldenkrise schließt sich an die relativ spezifische Frage der Bereitschaft der Bürger zum Krisenmanagement eine viel grundsätzlichere an: Denn jede politische Maßnahme ist letztendlich von der Legitimation der Bürger abhängig – für Entscheidungen des Krisenmanagements, aber vor allem für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Sollte im Zuge der Entwicklungen der Schuldenkrise eine Mehrheit der Bürger die EU nicht mehr unterstützen, sind die Folgen für den Bestand der europäischen Integration und ihrer Errungenschaften wie der Wäh-

rungsunion oder der Freizügigkeit ungewiss. In der vorliegenden Arbeit sollen daher die Konsequenzen der Schuldenkrise für die politische Unterstützung der EU durch ihre Bürger im Mittelpunkt stehen. Dabei soll auf die bewährte Forschungstradition der EU-Unterstützung zurückgegriffen werden.

Die Einstellung der politischen Unterstützung der EU wird in der Politikwissenschaft seit den frühen Phasen der europäischen Integration untersucht. Die Bedeutung der politischen Unterstützung hat sich dabei angesichts der Entwicklung der europäischen Integration stets gewandelt: In den 1970er Jahren wurde aufgrund der Distanz zwischen den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und der Lebenswirklichkeit der Bürger die These des „*permissive consensus*“ etabliert, wonach die Bürger nur mit geringem Interesse und einer gewissen Gleichgültigkeit dem Projekt der europäischen Integration gegenüber stehen (Vries/Kersbergen 2007: 307 f.; siehe auch Lindberg/Scheingold 1970). Spätestens seit der Gründung der EU mit dem Vertrag von Maastricht 1992 und fortwährenden Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene wurde die Charakterisierung der europäischen Integration als exklusives Projekt der politischen und gesellschaftlichen Eliten in der Unterstützungsforschung stark angezweifelt (Fuchs 2003: 29 f.). Mit der wachsenden politischen Bedeutung der europäischen Ebene wurde auch ein größerer Bedarf an Legitimation und Unterstützung durch die Bürger unterstellt (siehe Cerutti 2008; Scharpf 1999). Dies führte zu einer großen Zahl an Forschungsarbeiten im Bereich der EU-Unterstützung in den letzten 20 Jahren und damit zu einem ausgeprägtem Forschungsinteresse an den politischen Einstellungen der Bürger der EU (Fuchs/Klingemann/Schlenker-Fischer 2011: 247).

Es ist denkbar, dass die EU durch das Ereignis der Schuldenkrise einen weiteren Bedeutungsgewinn für die Lebenswirklichkeit der Bürger erfahren hat. Die Konsequenzen der Schuldenkrise für die Einstellungen der Bürger im Allgemeinen, und der politischen Unterstützung der EU im Speziellen stehen daher im Mittelpunkt des Forschungsinteresses dieser Arbeit. Die Grundlage für die Herleitung des theoretischen Modells der EU-Unterstützung bilden hauptsächlich Dieter Fuchs' Arbeiten (v.a. 1998b; 2002; 2003; 2007; 2011c). Dieser postuliert vier Determinanten in seinem Einstellungsmodell zur EU-Unterstützung (Fuchs 2003): Die systemische Performanz, die demokratische Performanz, die individuelle soziale Identität sowie Einstellungen zum Nationalstaat. Für die Aufstellung des theoretischen Modells sollen diese Determinanten ausführlich erläutert, kritisch diskutiert und begründet sowie gegebenenfalls modifiziert werden. Dazu wird neben

Fuchs' Beiträgen auf die jüngere EU-Unterstützungsforschung sowie auf Beiträge aus der Sozial- und Kognitionspsychologie zurückgegriffen.

Nach der Herleitung des theoretischen Modells der EU-Unterstützung soll im zweiten Teil der Arbeit die europäische Schuldenkrise ausführlich diskutiert und systematisiert werden. Neben der Darstellung der Ökonomie der Krise und des politischen Krisenmanagements soll die Schuldenkrise vor allem aus der Perspektive der Bürger diskutiert werden. Bevor eine empirische Analyse der Einstellungen der Bürger zur EU möglich ist, sollen die Auswirkungen der Schuldenkrise, die in den öffentlichen Debatten identifiziert werden, mit den Einstellungskonstrukten des theoretischen Unterstützungsmodells verknüpft werden.

Die einleitende Darstellung des Charakters und der Herausforderungen der Schuldenkrise hat gezeigt, dass ihre Auswirkungen für die Bürger sehr vielfältig sind und sie je nach EU-Mitgliedsland in ganz unterschiedlichem Ausmaß betrifft. Die länderspezifisch notwendig gewordenen Rettungsmaßnahmen und der Verlauf der öffentlichen Debatten legen nahe, eine Differenzierung zwischen Unterstützerländern und Krisenländern vorzunehmen. Aus diesen Ländergruppen soll je ein Vertreter im Fokus der empirischen Analyse dieser Arbeit stehen. Aus dem Kreis der Unterstützerländer wird Deutschland, aus dem Kreis der Krisenländer Griechenland ausgewählt, da beide Länder in den öffentlichen Debatten eine herausgehobene Stellung eingenommen haben. Für diese Arbeit ergeben sich daher folgende Forschungsfragen:

1. Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung:

Wie hat sich das Niveau der EU-Unterstützung im Zuge der europäischen Schuldenkrise im Unterstützerland Deutschland und im Krisenland Griechenland entwickelt?

2. Determinanten der EU-Unterstützung:

Welchen Einfluss haben die individuelle soziale Identität, die Wahrnehmung systemischer und demokratischer Performanzen sowie Einstellungen zum Nationalstaat auf die EU-Unterstützung im Unterstützerland Deutschland und im Krisenland Griechenland in den Jahren 2007 und 2011?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird auf Umfragedaten des Eurobarometers im Untersuchungszeitraum 2007 bis 2011 zurückgegriffen. Das Eurobarometer wird im Auftrag der EU-Kommission halbjährlich in den Mitgliedsstaaten der EU durchgeführt und enthält eine Vielzahl regelmäßig erhobener Indikatoren zu Einstellungskonstrukten der

EU-Unterstützungsforschung. Die jüngsten verwendeten Daten wurden im November 2011 erhoben und im September 2012 veröffentlicht. Damit ist gewährleistet, dass die Forschungsfragen mit relativ aktuellen Daten überprüft werden können, die zeitgleich einen ausreichenden Abstand zum Beginn der Schuldenkrise aufweisen.

Die vorliegende Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 umfasst die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit. Zunächst sollen in einer kurzen Darstellung die wichtigsten Grundannahmen und Pionierbeiträge vorgestellt werden, in deren Tradition die jüngere Unterstützungsforschung steht (2.1). Im darauffolgenden Abschnitt (2.2) soll das für diese Arbeit grundlegende Unterstützungsmodell von Dieter Fuchs für ein nationales demokratisches System dargestellt werden. Die Betrachtung des nationalen Ursprungsmodells dient hierbei als Vergleichsrahmen für die Übertragung der Prämissen der Unterstützungsforschung auf die EU. Nach der Darstellung dieser Grundlagen soll ein theoretisches Modell der EU-Unterstützung entwickelt werden (2.3). Hierzu werden nacheinander die einzelnen Einstellungskonstrukte ausgehend von Fuchs' Beiträgen zur EU-Unterstützung diskutiert: Zunächst stehen die Besonderheiten der EU in ihrer institutionellen Struktur und als Einstellungsobjekt im Vordergrund (2.3.1). Diese bilden den Rahmen für die Diskussion der Einstellungen zur systemischen und demokratischen Performanz (2.3.2), der Identifikation mit der politischen Gemeinschaft bzw. der europäischen Identität (2.3.3) sowie der Relevanz von Einstellungen zum Nationalstaat als kognitive Heuristik bei der Bildung der Einstellungen zur EU (2.3.4). Der theoretische Rahmen schließt mit einer Zusammenfassung der theoretischen Annahmen und der Aufstellung eines integrierten theoretischen Modells der EU-Unterstützung (2.3.5).

Die europäische Schuldenkrise ist Thema des darauffolgenden Kapitels: Zunächst wird auf Basis der wirtschaftlichen Kennzahlen und Beiträgen aus der Volkswirtschaftslehre die ökonomische Dimension der Schuldenkrise erklärt (3.1). Aus dem Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge ergibt sich die Darstellung und Systematisierung des politischen Krisenmanagements seit Beginn der Schuldenkrise 2010 (3.2). Die Ökonomie und der politische Umgang mit der Schuldenkrise wird mit der Untersuchung der öffentlichen Debatten aus der Perspektive der Bürger der EU neu diskutiert, um Problemfelder der Schuldenkrise herauszuarbeiten, die speziell für die Wahrnehmung der Bürger relevant sind (3.3). Abschließend werden die diskutierten Auswirkungen der Schuldenkrise für die Bürger in Verbindung mit den Einstellungen des theoretischen Modells gebracht (3.4).

Dabei ist das Ziel, allgemeine Konsequenzen für die Einstellungen der Bürger nach Unterstützerländern und Krisenländern zu differenzieren.

In Kapitel 4 folgt die empirische Analyse. Zunächst werden Forschungsdesign und Datengrundlage begründet (4.1). Hier erfolgt die spezifische Begründung für die Wahl Deutschlands und Griechenlands als stellvertretende Untersuchungsländer der in Kapitel 3 differenzierten Ländergruppen. Die allgemeinen Konsequenzen der Schuldenkrise für die Einstellungen der Bürger werden in Abschnitt 4.2 länderspezifisch zur Hypothesenbildung eingebracht. Aus den allgemeinen Erwartungen folgen so forschungsleitende, auf die Untersuchungsländer ausgerichtete Hypothesen zur Überprüfung in der empirischen Analyse. Im folgenden Abschnitt werden die theoretischen Konstrukte mit den Indikatoren des Eurobarometers in Verbindung gebracht und unter Berücksichtigung inhaltlicher Probleme, Anforderungen des Forschungsdesigns sowie der Datenverfügbarkeit operationalisiert (4.3). Anschließend erfolgt die Analyse von Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung in den beiden Untersuchungsländern Deutschland und Griechenland (4.4). Die Untersuchung der Determinanten der EU-Unterstützung (4.5) ist in mehrere Teilschritte gegliedert. Zunächst werden die Wahl der Regressionsmethode begründet und potenzielle Probleme diskutiert (4.5.1). Im zweiten Schritt werden multivariate Regressionsanalysen durchgeführt, die ausschließlich Einstellungen berücksichtigen, die sich auf die EU richten (4.5.2). Daraufhin wird in bivariaten und multivariaten Analysen die Bedeutung der kognitiven Heuristik des Nationalstaats untersucht, bevor die Regressionsmodelle zur EU-Unterstützung erneut unter Einschluss aller im theoretischen Modell postulierten Einstellungen geschätzt werden (4.5.3). Abschließend wird die relative Erklärungskraft der Determinanten diskutiert (4.5.4).

Der empirische Teil der Arbeit schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse zu Niveau und Entwicklung sowie den Determinanten der EU-Unterstützung (4.6). In der Schlussbetrachtung der Arbeit werden die theoretischen und empirischen Befunde erneut zusammengeführt und diskutiert. Ebenfalls werden weitere Forschungsperspektiven im Zusammenhang mit der EU-Unterstützung sowie der Schuldenkrise aufgezeigt.

## 2. Theoretischer Rahmen

Auf dem Weg zu einem theoretischen Modell zur Erklärung von EU-Unterstützung soll in drei Schritten vorgegangen werden: Zunächst erfolgt eine kurze, einführende Zusammenfassung der Pionierstudien zur politischen Unterstützung, deren Annahmen in der Forschungstradition noch heute Bestand haben (2.1). Anschließend soll das für diese Arbeit grundlegende Unterstützungsmodell von Dieter Fuchs für ein nationales demokratisches System vorgestellt werden. Die Betrachtung des nationalen Ursprungsmodells dient als Vergleichsrahmen für die Herausarbeitung der EU als Untersuchungsgegenstand (2.2). Im wesentlichen dritten Abschnitt soll das finale theoretische Modell entwickelt werden. Ausgehend von Fuchs' Beiträgen zur EU-Unterstützung werden die Besonderheiten der EU in ihrer institutionellen Struktur und als Einstellungsobjekt diskutiert. Mithilfe von Beiträgen aus der Sozial- und Kognitionspsychologie sowie der jüngeren EU-Unterstützungsforschung wird das theoretische Modell dieser Arbeit formuliert (2.3).

### 2.1 Politische Unterstützung als Untersuchungsgegenstand

Im Fokus der politischen Kultur- und Unterstützungsforschung stehen politische Einstellungen der Bürger<sup>3</sup>. Die Einstellung der politischen Unterstützung entstammt aus der Forschungsfrage nach der Persistenz politischer Systeme. Die wesentliche Annahme der politischen Kultur- und Unterstützungsforschung besagt, dass die Persistenz eines politischen Systems von der Kongruenz zwischen den politischen Einstellungen seiner Bürger und der institutionellen Struktur des politischen Systems abhängt (Fuchs 2002: 30; Pickel/Pickel 2006: 68 f.). Diese Prämisse liegt der wegweisenden *Civic Culture*-Studie von Almond und Verba (1963) zugrunde. In Abgrenzung zu rein institutionenbezogenen Ansätzen berücksichtigen sie in ihrer Analyse die subjektive Perspektive des Bürgers, um die Stabilität eines politischen Systems zu untersuchen. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Typen von politischer Kultur in einer Gesellschaft existieren. Politische Kultur wird definiert als *“the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation”* (Almond/Verba 1963: 14 f.). So verstanden, ist politische Kultur eine

---

<sup>3</sup> Nach Icek Ajzen und Martin Fishbein werden Einstellungen definiert als “evaluation of an object, concept, or behavior along a dimension of favor or disfavor, good or bad, like or dislike.” (Fishbein/Ajzen 2010: 78). Diese Teildefinition impliziert, dass Einstellungen gegenüber verschiedenen Objekten existieren können. Sie enthalten eine Wertung entlang eines eindimensionalen, jeweils bipolaren Spektrums (Schumann 2012: 90 f.). Einstellungen können anhand ihres Bezugsobjekts, ihrer Ausprägung und ihrer Wichtigkeit für ein Individuum differenziert werden (Ajzen/Fishbein 1980: 67 f.).

Eigenschaft der Gesellschaft (Makroebene), die aus der Aggregation individueller politischer Einstellungen der Bürger (Mikroebene) besteht (Pickel/Pickel 2006: 48). Almond und Verba entwerfen eine Typologie von Einstellungsmustern, die sie mit der institutionellen Struktur eines politischen Systems in Verbindung setzen. Daraus wird die zentrale Prämisse formuliert, dass ein politisches System nur dann langfristig stabil ist, wenn die politische Kultur im Einklang mit der Institutionenstruktur steht (Almond/Verba 1963: 21, 34).

Die Zusammenhänge zwischen der Mikroebene der politischen Einstellungen und der Makroebene des politischen Systems wurden in nachfolgenden Studien weiter präzisiert. David Easton (1965, 1975) untersucht in seinem Konzept politischer Unterstützung ebenfalls die Stabilität beziehungsweise Persistenz<sup>4</sup> politischer Systeme im Zusammenhang mit politischen Einstellungen. Diese werden jedoch stärker ausdifferenziert und in die Systemanalyse eingebettet.

Easton (1965: 21 ff.) versteht das politische System als ein Konstrukt, das für die autoritative Wertallokation verantwortlich ist und mit seiner Umgebung interagiert. Das politische System produziert Ergebnisse (*outputs*), die in der Gesellschaft wahrgenommen werden können. Ebenso wirken zahlreiche Einflüsse von außen auf das System (*inputs*). Diese Einflüsse werden unterschieden in Forderungen (*demands*) und Unterstützung (*support*). Sie konstituieren und verändern das politische System in seiner Beschaffenheit und sind gleichzeitig auch eine Folge der Ergebnisse, die es produziert (Easton 1965: 27 ff.).

Die Bestandteile der *inputs* zeigen, dass politische Einstellungen der Bürger in direktem Zusammenhang mit dem politischen System stehen. Eastons Theorie ist so anschließbar an die zentralen Prämissen Almond und Verbas (Fuchs 2002: 31). Politische Unterstützung wird definiert als “*an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively*” (Easton 1975: 436). Unterstützung bezieht sich hierbei auf drei Objekte des politischen Systems: Die politische Gemeinschaft, das politische Regime und die politischen Autoritäten (Easton 1965: 172). Die politische Gemeinschaft umfasst die Gruppe der Personen, die zu einem politischen System als Ganzes gehören (Easton 1965: 177). Politische Prinzipien und Normen, Prozesse und Institutionen bilden dagegen das politische Regime. Dazu gehören verfasste Bestandteile des politischen

---

<sup>4</sup> Easton verwendet den Begriff Persistenz als Alternative zu Stabilität, um die Konnotation der Starrheit zu vermeiden. Ein politisches System kann sich wandeln, wird dadurch jedoch nicht zwangsläufig instabil (Fuchs/Roller 1998: 38).

Systems, jedoch auch informelle Abläufe und Gewohnheiten im politischen Betrieb (Easton 1965: 191, 193). Handelnde Personen, die innerhalb des Regimes tätig sind, Ämter innehaben und deren Entscheidungen als verbindlich angesehen werden, werden als politische Autoritäten bezeichnet (Easton 1965: 212 f.). Während die Institutionenordnung des politischen Systems als Ganzes der Regimeebene zugeordnet wird, zählt Easton einzelne Institutionen wie Gerichte ebenfalls zu den Autoritäten (Easton 1975: 438).

Neben der Unterscheidung nach Einstellungsobjekten differenziert Easton zwei Arten politischer Unterstützung. Es wird zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung unterschieden (Easton 1975: 436). Spezifische Unterstützung entsteht aus der Wahrnehmung und Evaluation der Politikergebnisse, also der Performanz des politischen Systems, und bezieht sich ausschließlich auf die politischen Autoritäten. Einstellungen können sowohl auf Basis von Bewertungen einzelner Politikergebnisse als auch aus einer generellen Wahrnehmung entstehen – sie sind demnach outputabhängig (Easton 1975: 438 ff.). Diffuse Unterstützung besteht dagegen aus dauerhaften und grundsätzlichen Werturteilen gegenüber dem politischen System und existiert für alle drei Bezugsobjekte. Während sich die Einstellungen gegenüber der politischen Gemeinschaft als grundsätzliche Identifikation mit der Gruppe, der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und einem allgemeinem Wir-Gefühl äußern, separiert Easton diffuse Unterstützung gegenüber Regime und Autoritäten in Legitimität und Vertrauen. Letzteres ist die Überzeugung, dass die politische Ordnung und deren Amtsinhaber das Richtige tun, unabhängig von einer strengen Ergebnisabhängigkeit (Easton 1975: 447 f.). Legitimität beschreibt den Glauben, dass das politische Regime in Übereinstimmung mit den individuellen moralischen Überzeugungen und dem Rechtsbewusstsein aufgebaut ist (Easton 1975: 451).

Eastons Beitrag besteht in der starken Verknüpfung der Frage nach der Persistenz politischer Systeme mit den Einstellungen der Bürger und der genaueren Bestimmung der politischen Unterstützung. Diese wird hinsichtlich Einstellungsart und Einstellungsobjekt klassifiziert. Dies ermöglicht differenzierte Einschätzungen zur Persistenz eines politischen Systems (Pickel/Pickel 2006: 78). Diffuse und spezifische Unterstützung wird grundsätzlich anhand des Outputbezugs unterschieden (Fuchs 1989: 14). So ist ein politisches System nicht in seinem Bestand gefährdet, wenn die Bürger temporär mit den Politikergebnissen unzufrieden sind und so spezifische Unterstützung abnimmt. Positive diffuse Unterstützung überbrückt Phasen negativer Performanzbewertungen der Bürger und ist für die Persistenz daher wichtiger. Die Differenzierung der Unterstützungsarten wird in der Literatur

grundsätzlich gewürdigt. Dennoch wird häufig die fehlende Trennschärfe dieser Differenzierung kritisiert: So speist sich das Vertrauen der Bürger als Teil der diffusen Unterstützung gegenüber Regime und Autoritäten auch aus generalisierten Performanzbewertungen (Easton 1975: 446). Ein Widerspruch zum postulierten Unterscheidungskriterium Outputbezug zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung wird hier deutlich (Fuchs 1989: 19, 1993: 236; Pickel/Pickel 2006: 81).

## **2.2 Unterstützung des demokratischen Systems nach Fuchs**

Dieter Fuchs' Beiträge zur Unterstützungsforschung bilden die Grundlage für den theoretischen Rahmen der vorliegenden Arbeit. Fuchs' Modell steht in Tradition der zuvor dargestellten Ursprünge der politischen Kultur- und Unterstützungsforschung. Es ist eine konsequente Weiterentwicklung früherer Ansätze, weist ein hohes Maß an theoretischer Präzision auf und bildet so die Basis für fokussierte empirische Analysen zur Persistenz eines demokratischen Systems. Fuchs entwickelte das Modell im Zuge des erneuerten Forschungsinteresses am Konzept der politischen Kultur seit dem Ende der 1980er Jahre: Während zunächst immer nur Teilaspekte im Mittelpunkt seiner Beiträge standen (1989, 1996, 1997, 1998b, 1998a; mit Rohrschneider 2001), formuliert Fuchs später erstmals ein integriertes Modell (2002, 2007). Zunächst soll das Ebenenmodell der Demokratie und dessen Verbindung zu den Beiträgen Eastons und Almond und Verbas erläutert werden (2.2.1). Daraufhin erfolgt die Darstellung des analytischen Einstellungsmodells (2.2.2).

### **2.2.1 Das Ebenenmodell eines demokratischen Systems**

Während Eastons Theorie (1965, 1975) auf ein allgemeines politisches System zielt, beschränkt sich Fuchs (1996: 6 f., 1997: 83 f.) ausschließlich auf die Persistenz eines demokratischen Systems. In Anlehnung an die Systemtheorie von Parsons (1971) differenziert Fuchs (1997: 84, 2002: 35 f., 2007: 164) drei hierarchisch voneinander abzugrenzende Ebenen eines demokratischen Systems: *Die Kultur-, die Struktur- und die Prozessebene*.

Die Kulturebene umfasst die grundlegenden Werte und normativen Prinzipien, die die Vorstellungen der Bürger von einer Demokratie ausmachen (Fuchs 1996: 8; 2002: 35). Diese sind im Idealfall Grundlage des tatsächlich implementierten demokratischen Regimes (Fuchs 2002: 35 f.). Dieses Regime besteht aus den meist verfassungsrechtlich ver-

ankerten Regeln und Institutionen in einer Gesellschaft und bildet die Strukturebene (Fuchs 1996: 6, 1997: 84, 2002: 35). Innerhalb dieser Struktur handeln politische Akteure, sie bilden die unterste Stufe: die Prozessebene. Das politische Handeln ist damit aus den oberen Ebenen des politischen Systems ableitbar: Es ist zum einen von den Rechtsnormen der Strukturebene geprägt, zum anderen spielen die Werte der Kulturebene eine Rolle, da die politischen Akteure diese als Prädispositionen verinnerlicht haben (Fuchs 1996: 7; 1997: 84, 2002: 36). Die drei Ebenen, die das demokratische System bilden, sind folglich durch einen „Legitimationsfluss von oben nach unten“ (Fuchs 1996: 8; 1997: 85) verbunden. Kulturelle Werte, beziehungsweise die Idee der Demokratie, legitimieren den konkreten Aufbau des Regimes<sup>5</sup>. Dieser wiederum setzt den Rahmen für das alltägliche Handeln der politischen Akteure.

Die vorgestellte Gliederung des demokratischen Systems nach Fuchs weist zwei entscheidende Veränderungen gegenüber den drei politischen Objekten in Eastons Theorie auf. In Eastons Unterstützungstheorie ist das Einstellungsobjekt der politischen Gemeinschaft stets präsent. Fuchs hingegen schließt die politische Gemeinschaft aus dem Ebenenmodell aus (Fuchs 2002: 43). Zunächst ist das kollektive Wir-Gefühl innerhalb einer politischen Gemeinschaft ein Wert an sich (Easton 1975: 447), der nicht auf einen bestimmten Systemtypus ausgerichtet ist. Es geht vielmehr um das grundsätzliche Funktionieren der politischen Arbeitsteilung, gleichgültig auf welche Weise und unabhängig von speziell demokratischen Prinzipien und Werten (Fuchs 2002: 44). Daher ist es schwierig, die politische Gemeinschaft in einen logischen Zusammenhang innerhalb des Ebenenmodells einzuschließen, da dieses ausschließlich auf demokratische Systeme ausgerichtet ist. Fuchs schlägt deshalb vor, die politische Gemeinschaft als eigenen Forschungsgegenstand zu betrachten und perspektivisch beide Ansätze zu verbinden<sup>6</sup> (Fuchs 2002: 44 f.).

Eine zweite Änderung gegenüber Easton ist die Auftrennung des politischen Regimes in Kultur- und Strukturebene. Fuchs vermeidet die Vermischung von institutionellen Regeln mit abstrakten Normen und Werten, um eine kausale Beziehung zwischen beiden Ebenen

---

<sup>5</sup> Das Ebenenmodell determiniert damit nicht einen bestimmten Demokratietyp. Fuchs thematisiert häufig, dass mehrere normative Demokratieverständnisse auf der Kulturebene vorhanden sein können (Fuchs 1996: 9 ff.; 1997: 86 ff.; 1998b: 12 ff.; 2002: 40 ff.)

<sup>6</sup> Die politische Gemeinschaft wird später im Hinblick auf die Übertragung der Theorie auf die EU-Unterstützung wieder relevant. Fuchs (2002: 44) bietet zudem einen Ansatzpunkt, wie die politische Gemeinschaft einbezogen werden könnte, indem er Einstellungen zur Gemeinschaft als abhängige Variable diskutiert. So könnte die Identifikation mit der Gemeinschaft gerade durch die Erkenntnis gemeinsamer Geschichte, Erfahrungen und damit auch Wertorientierungen entstehen. So eröffnet sich empirisch die Perspektive, zu untersuchen, ob eine Identifikation mit der Gemeinschaft einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der Persistenz eines demokratischen Regimes hat.

herzustellen (Fuchs 1998a: 9). Um den Einfluss von normativen Prinzipien auf die Genese und den Bestand einer demokratischen Ordnung theoretisch herausstellen zu können, ist es folglich notwendig, eine Abgrenzung vorzunehmen (Fuchs 1998a: 9; 2002: 34, 37).

Die hierarchische Gliederung des demokratischen Systems ist der *zentrale Orientierungspunkt* in Fuchs' Konzept. Er legt damit den Schwerpunkt auf politische Objekte. Fuchs vermeidet so, dass Unterstützung vor allem im Hinblick auf Einstellungsarten differenziert wird. Damit begegnet er der Kritik an Eastons Konzept (1965, 1975) und Almond und Verbas Ansatz (1963): Easton wird für die fehlende Trennschärfe zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung kritisiert (siehe 2.1; Fuchs 1998b: 7). Almond und Verbas (1963) Klassifizierung beinhaltet sogar zwölf unterschiedliche Kombinationen von Einstellungsart und Bezugsobjekt<sup>7</sup>, was eine Operationalisierung erschwerte (Fuchs 2002: 30). Später konzentrieren sich Almond und Powell (1978) sowie Almond (1980) auf die sogenannte Systemkultur als relevante Bezugsgröße für die Persistenz eines demokratischen Regimes (Böhnisch 2006: 77 f.; Fuchs 2002: 30)<sup>8</sup>. Zwar geht damit ein größeres Maß an Klarheit einher, dennoch bleibt offen, wie die einzelnen Einstellungsobjekte inhaltlich zusammenhängen (Fuchs 2002: 35). Fuchs setzt mit dem Ebenenmodell genau an diesem Punkt an, indem er das demokratische System in klar voneinander abgrenzbare Ebenen aufgliedert und kausale Zusammenhänge postuliert.

### **2.2.2 Das analytische Einstellungsmodell**

Das Ebenenmodell eines demokratischen Systems ist zunächst nicht mit individuellen Einstellungen verknüpft. Fuchs spezifiziert das allgemeine Modell erst in einem zweiten Schritt als Einstellungsmodell (Fuchs 2002: 36). Die Darstellung des Einstellungsmodells erfolgt in drei Schritten: (1) Zunächst werden die Einstellungskonstrukte erläutert, die jeweils zur Kultur-, Struktur- und Prozessebene gehören. (2) Daraufhin werden die systemischen Konsequenzen positiver und negativer Unterstützung diskutiert. (3) Abschließend werden die Kausalzusammenhänge zwischen den Ebenen und die Verbindung zwischen den Einstellungskonstrukten erläutert (Abbildung 1).

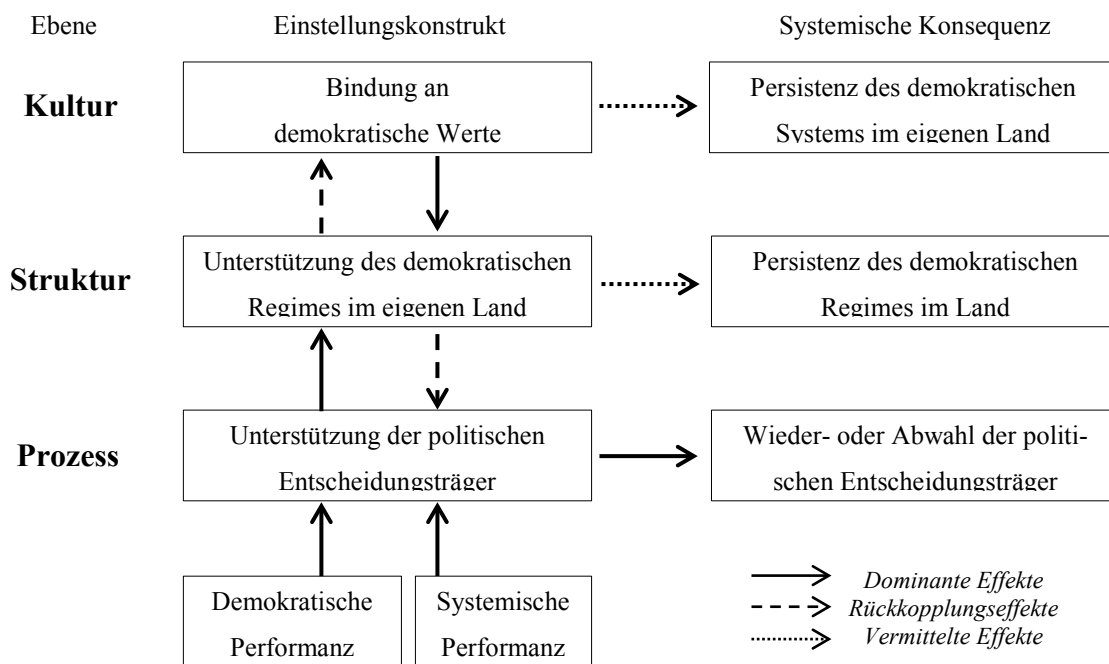
---

<sup>7</sup> Die Einstellungsmodi sind hierbei kognitive, affektive und evaluative Einstellungen, gegenüber vier politischen Objekten: „system as a general object“, „input objects“, „output objects“, „self as object“ (Almond/Verba 1963: 15 f.).

<sup>8</sup> Sie beziehen dabei Eastons und Lipsets Typologien von Unterstützung in ihre Definition mit ein und verknüpfen so die etablierten Theorien der Kultur- und Unterstützungsforschung (Almond 1980: 28).

Individuelle Einstellungen auf der Kulturebene bezeichnet Fuchs (2002: 37) als „Bindung an demokratische Werte“. Es geht um die Frage, inwieweit bestimmte demokratische Werte von den Bürgern verinnerlicht sind. Während die Kulturebene sich ausschließlich auf abstrakte Werte und Prinzipien bezieht, ist der Strukturebene die „Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land“ zugeordnet. Äquivalent werden Einstellungen auf der Prozessebene als „Unterstützung der politischen Entscheidungsträger“ verstanden.

**Abbildung 1: Das Ebenenmodell des demokratischen Systems als Einstellungsmodell**



Quelle: Eigene Darstellung nach Fuchs (1998b, 2002)

Ist bisher allgemein von der Persistenz eines politischen beziehungsweise demokratischen Systems gesprochen worden, schafft Fuchs mit der Separierung systemischer Konsequenzen nach den drei Ebenen differenziertere Analyseziele. Unter der Annahme, dass Einstellungen in unterschiedlicher Stärke positiv und negativ ausgeprägt sein können, folgen aus den jeweiligen Einstellungskonstrukten systemische Konsequenzen.

Bei der Betrachtung der systemischen Konsequenz auf der Kulturebene wird deutlich, dass die Differenzierung zwischen Werten und Struktur eine sinnvolle theoretische Ergänzung ist: Weisen die Bürger eines Landes eine Bindung an demokratische Werte auf, ist die Demokratie als Systemtyp persistent. Davon unberührt bleibt die Frage, wie der Systemtyp Demokratie konkret in der institutionellen Struktur des eigenen Landes umgesetzt wird (Fuchs 2002: 39). Diese Frage hängt nämlich mit der systemischen Konsequenz der Unterstützung des demokratischen Regimes zusammen. Bürger können durch „systemkonforme

oder systemkritische Handlungen“ (Fuchs 2002: 39) eine Veränderung der institutionellen Ordnung auf der Strukturebene herbeiführen. Die Erfolgsaussichten dieser Handlungen sind zum einen von der Situation und zum anderen von den institutionellen Voraussetzungen für Reformen der politischen Ordnung abhängig (Fuchs 2002: 39). Die systemische Konsequenz der Unterstützung der politischen Akteure äußert sich relativ direkt in der Durchführung von Wahlen. Die Bürger eines Landes können den Amtsinhabern ihre Stimme geben oder entziehen, je nachdem ob sie diese unterstützen oder nicht (Fuchs 2002: 38). Es wird deutlich, dass Unzufriedenheit mit aktuellen Amtsinhabern nicht gleich zum Umsturz des gesamten demokratischen Regimes führen muss, da ein systemimmanenter Mechanismus des Wechsels der politischen Entscheidungsträger existiert.

Abschließend sollen nun die Kausalzusammenhänge zwischen den Einstellungskonstrukten erläutert werden. Hierbei wird deutlich, dass zwischen den Einstellungen der jeweiligen Ebenen gegenseitige Effekte postuliert werden. Dieser reziproke Charakter verdeutlicht den starken inneren Zusammenhang des Ebenenmodells. Die Bindung an demokratische Werte wird hauptsächlich über die Sozialisation gebildet und ist daher sehr stabil. Darüber hinaus steht sie in direktem Zusammenhang mit der Unterstützung des Regimes. Fuchs formuliert den bei Easton verwendeten Legitimitätsbegriff hier als Kausalzusammenhang: Je eher der Aufbau des demokratischen Regimes im Einklang mit den normativen Prädispositionen steht, desto wahrscheinlicher ist die Unterstützung dieses Regimes (Fuchs 2002: 38). Sind die Bürger unzufrieden mit der Umsetzung ihres Demokratieverständnisses, besteht, wie zuvor dargestellt, die Möglichkeit der Veränderung des Regimes, ohne sich grundsätzlich vom Systemtyp Demokratie abwenden zu müssen. Der entgegengesetzte Zusammenhang von der Struktur- zur Kulturebene betrifft die Veränderbarkeit der Bindung an demokratische Werte. Eine Veränderung ist denkbar, wenn die Einstellungen zum Regime über eine längere Zeit generalisiert werden. Besonders deutlich wird dies anhand des Beispiels der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa (Fuchs 2007: 165 f.): Die Bürger konnten demokratische Werte nicht durch Sozialisation oder historische Erfahrungen aufbauen und haben die Chance, diese durch eigene Erfahrungen in neuen demokratischen Strukturen aufzubauen, beziehungsweise zu erlernen (siehe Fuchs/Roller 2006). Ausgehend von der Existenz demokratischer Strukturen können sich langfristig demokratische Werte aufbauen, die dann in nachfolgenden Generationen wie in etablierten Demokratien über die Sozialisation vermittelt werden.

Die Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land wird nicht nur durch die Bindung an demokratische Werte beeinflusst, sondern ist auch abhängig von Einstellungen auf der Prozessebene (Fuchs 2002: 38). Fuchs unterstellt, dass die Unterstützung der politischen Entscheidungsträger nicht nur Folgen für das Wahlverhalten der Bürger hat. Wird die Unterstützung der Entscheidungsträger generalisiert, so hat sie einen Effekt auf die Regimeunterstützung, äquivalent zu Eastons Begriff des Vertrauens. Längerfristige Unzufriedenheit mit den Entscheidungsträgern kann so zu abnehmender Unterstützung auf der Strukturebene führen (Fuchs 1996: 8; 1998b: 11, 2002: 38, 2007: 165). Dies wäre beispielsweise denkbar, wenn sich trotz mehrfacher Regierungswechsel nach der Durchführung von Wahlen keine Verbesserung der Zufriedenheit mit den politischen Prozessen eingestellt hat (Fuchs 1998b: 9; Fuchs/Rohrschneider 2001: 249 f.).

Die Unterstützung der politischen Entscheidungsträger wird ebenfalls durch mehrere Einstellungen beeinflusst. Politische Entscheidungsträger werden vor dem Hintergrund der ihnen von der Verfassung garantierten Rechte und Pflichten sowie anhand der von ihnen verantworteten Politikergebnisse evaluiert. Hier differenziert Fuchs zwischen systemischer und demokratischer Performanz (Fuchs 1998b: 10 f.; Fuchs/Rohrschneider 2001: 249 f.). Systemische Performanz umfasst Leistungsbewertungen zu Politikfeldern, die unabhängig vom Systemtypus eine Rolle spielen, wie der ökonomischen Entwicklung oder der Alterssicherung. Die demokratische Performanz ist dagegen auf Leistungskriterien gerichtet, die nur in demokratischen Systemen zum Tragen kommen. Die demokratischen Werte der Bürger sind dabei der Maßstab für die Bewertung der Implementierung demokratischer Rechte in der Verfassungswirklichkeit. Damit ist beispielsweise die konkrete Umsetzung von rechtsstaatlichen Prinzipien oder demokratischer Teilhabe in den politischen Prozessen gemeint (Fuchs 1998b: 10 f.; Fuchs/Rohrschneider 2001: 249 f.).

Fuchs' hierarchisches Ebenenmodell sowie das daraus entwickelte Einstellungsmodell ermöglichen ein Verständnis für die kausalen Zusammenhänge verschiedener politischer Einstellungen gegenüber einem demokratischen System. Ein besonderer Schwerpunkt in Fuchs' Beiträgen zur Unterstützung liegt in der Annahme reziproker Effekte zwischen den Ebenen (siehe Fuchs 1996, 1997, 2002, 2007). Darüber hinaus ist die zeitliche Beständigkeit der Einstellungsstrukturen der verschiedenen Ebenen wichtig: Die Veränderbarkeit einer Einstellung hängt von dem Grad ihrer Generalisierung ab. Dabei weisen die vornehmlich durch Sozialisation geprägten Einstellungen der normativen Prinzipien die größte Dauerhaftigkeit auf, während sich Performanzeinstellungen relativ kurzfristig verändern

können (Pickel/Pickel 2006: 115). Einige Inkonsistenzen in der Bezeichnung einzelner Effekte in den verschiedenen Beiträgen von Fuchs fallen angesichts der Vorteile des Ebenenmodells weniger ins Gewicht<sup>9</sup>.

## **2.3 Unterstützung der Europäischen Union**

Nach der Darstellung des Ebenenmodells eines demokratischen Systems folgt in diesem Abschnitt die Übertragung auf den europäischen Kontext. Zunächst sollen die Voraussetzungen für die Anwendung des Ebenenmodells auf die EU diskutiert werden. Durch den Vergleich mit nationalstaatlichen Systemen werden dabei die Besonderheiten der institutionellen Struktur deutlich. Aus diesen Überlegungen ergibt sich, wie Fuchs das Ebenenmodell auf die EU überträgt (2.3.1). Anschließend werden die postulierten Determinanten der EU-Unterstützung ausführlich diskutiert und vor dem Hintergrund des Forschungsstandes gegebenenfalls modifiziert: Zunächst erfolgt dies für die Einstellungen zur systemischen und demokratischen Performanz (2.3.2). Im Hinblick auf die Diskussion um die Legitimation der EU folgt die Frage der Identifikation mit der politischen Gemeinschaft beziehungsweise der europäischen Identität (2.3.3). Aufgrund der Besonderheiten der EU als Einstellungsobjekt werden daraufhin grundlegende kognitive Prozesse der Meinungsbildung diskutiert. Auf Basis dieser Prozesse soll das Konzept der kognitiven Heuristiken eingeführt werden, um die Relevanz von Einstellungen zum Nationalstaat zur Erklärung der EU-Unterstützung herauszustellen (2.3.4). Das Kapitel schließt mit einer Zusammenfassung der theoretischen Annahmen und der Aufstellung des theoretischen Modells der EU-Unterstützung dieser Arbeit (2.3.5).

### **2.3.1 Voraussetzungen für die EU als Untersuchungsgegenstand**

Fuchs untersucht die EU-Unterstützung in mehreren Beiträgen (2003, 2009, 2011b, 2011c). Die grundsätzliche Struktur des theoretischen Modells dieser Arbeit wird aus Fuchs' erstem EU-Modell (2003) übernommen, da es explizit aus dem allgemeinen Unterstützungsmodell für nationale demokratische Systeme abgeleitet wird. Damit ist es möglich, die Besonderheiten des Untersuchungsgegenstands EU im Verlaufe dieses Kapitels

---

<sup>9</sup> Während Fuchs im Ebenenmodell (1996, 1998a, 2002) sowie im jüngsten Beitrag (2007) mit Legitimationsfluss und Rückkopplungseffekten operiert, wird in der ersten Darstellung des analytischen Einstellungsmodells (2002) der Begriff der dominanten Effekte verwendet. Auch werden die Richtungen der Pfeile variiert.

jeweils mit der nationalen Ebene in Verbindung zu bringen. Das in Abschnitt 2.2 eingeführte Ebenenmodell der Demokratie ist jedoch nicht ohne weiteres auf die EU anwendbar, da es ausschließlich auf demokratische nationalstaatliche Systeme ausgerichtet ist (Fuchs 2003: 33). In diesem Abschnitt wird zunächst zu klären sein, (1) inwieweit die EU als politisches Regime zu verstehen ist und welche Unterschiede zu einer nationalen Demokratie bestehen. (2) In einem zweiten Schritt wird erläutert, wie Fuchs das nationale Ebenenmodell für die Übertragung auf die EU-Unterstützung modifiziert.

Die EU unterscheidet sich institutionell grundsätzlich von einem nationalen demokratischen Regime. Dies wird anhand der Diskussion zum Demokratiedefizit der EU deutlich (Hix/Høyland 2011: 132 ff.): Ungeachtet der fortwährenden Stärkung des Europäischen Parlaments (EP) im Zuge der EU-Reformverträge, reicht seine Bedeutung in der Gesetzgebung nicht an die der meisten nationalen Parlamente heran. Das Initiativrecht ist ausschließlich dem Exekutivorgan der Europäischen Kommission vorbehalten. Die Schwäche des EP spiegelt sich auch in dessen Wahl wider: Meist stehen nationale und nicht europäische Themen im Mittelpunkt des Wahlkampfes, denn die Auseinandersetzungen finden nur innerhalb der jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten statt. So erhalten die Wahlen zum EP den Charakter von nationalen Zwischenwahlen (Follesdal/Hix 2006: 536). Die geringe unmittelbare Legitimation der EU-Institutionen, die Exekutivlastigkeit und die sprachliche Vielfalt führen dazu, dass die Bürger eine größere Distanz zur EU als zu ihrem nationalen politischen System wahrnehmen.

Dennoch ist die EU im Zuge ihrer historischen Entwicklung in ihrer Bedeutung für die Lebenswirklichkeit der Bürger gewachsen: Bis zum Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 war die Europäische Gemeinschaft (EG) vor allem ein intergouvernementales Projekt (Wagner 2012: 56). Verbindliche Entscheidungen auf europäischer Ebene konnten nur einstimmig von den Regierungsvertretern der Mitgliedsstaaten getroffen werden. In den Augen der Bürger war europäische Politik eher ein Politikfeld unter vielen, und die EG kein unabhängiges politisches Objekt (Wagner 2012: 56). Im Zuge der Gründung der EU mit dem Maastrichter Vertrag verlagerten die Nationalstaaten weitreichende gesetzgeberische Kompetenzen auf die supranationale Ebene. Die Institutionen der EU können seitdem in vielen Bereichen für die Mitgliedsländer verbindliche Entscheidungen treffen (Fuchs 2003: 30 f.). Zwischen Maastricht und dem Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft getreten ist, sind weitere Integrationsschritte in diese Richtung gegangen worden. Diese waren stets verbunden mit weiteren Kompetenzübertragungen und einer Ausweitung von Mehr-

heitsentscheidungen auf europäischer Ebene, die für die Nationalstaaten verbindlich sind<sup>10</sup>. Fuchs (2003: 31) sieht mit dieser Entwicklung die zentrale Voraussetzung für die Einstufung der EU als politisches Regime erfüllt.

Die EU ist aber nicht an die Stelle der Nationalstaaten als wichtigste politische Bezugsgröße getreten. Denn über viele Politikfelder, die jeden Bürger direkt betreffen, wird weiterhin ausschließlich auf nationaler Ebene entschieden: So erhebt die EU keine eigenen Steuern, auch die Ausgestaltung der Sozialsysteme obliegt weiterhin den Nationalstaaten. Dennoch spielt sie zunehmend eine hervorgehobene, in vielen Politikbereichen souveräne Rolle. Das erklärt das rege Forschungsinteresse an der EU, das seit Maastricht auch in der Unterstützungsforschung entstanden ist. Die hier diskutierten Besonderheiten des politischen Systems der EU wirken sich in der Übertragung des Ebenenmodells auf die EU direkt aus.

Die Unterstützung der EU wird nicht auf alle drei Ebenen des nationalen Modells bezogen. Fuchs (2003) wählt als abhängige Variable die Unterstützung des Regimes der EU. Die zentrale Bezugsebene ist folglich die Strukturebene. Die Untersuchung der Prozess- oder Kulturebene wäre ungleich schwieriger: Auf der Prozessebene existiert kein unmittelbarer Wahlmechanismus für alle politischen Institutionen der EU, um die Unterstützung der politischen Entscheidungsträger zu kanalisieren. Dies ist im Rahmen der EU auch weitaus schwieriger, da – wie bereits dargestellt – neben genuinen europäischen auch nationale Akteure das politische Handeln bestimmen. Somit wäre der Fokus der Einstellung „Unterstützung der Entscheidungsträger der EU“ aus Sicht der Bürger nur schwer abgrenzbar. Die Untersuchung der Bindung an demokratische Werte erscheint im Zusammenhang mit der EU ebenfalls problematisch. Die Existenz und der Aufbau der EU leiten sich hauptsächlich aus der Bereitschaft zur institutionalisierten supranationalen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten ab. Fuchs (2003: 31) klassifiziert die EU zwar als politisches Regime, vollständig souverän und demokratisch ist es jedoch nicht. Diese zwei Argumente unterstreichen, dass die EU ein besonderes politisches Objekt ist, das sich nicht ausschließlich aus demokratischen Werten ableiten lässt und sich damit nicht nahtlos in der Logik des Ebenenmodells wiederfindet. Die Kulturebene und das dazugehörige Konstrukt Bindung an demokratische Werte kommen daher ebenfalls nicht als abhängige Variable in Frage. Es liegt folglich nahe, sich auf die Strukturebene zu konzentrieren. Der Fokus der Einstellung der Unterstützung des EU-Regimes ist wesentlich trennschärfer. Sie richtet sich auf die

---

<sup>10</sup> Für eine detaillierte Darstellung der Entwicklung der EU seit 1992 siehe Nugent (2010) und Wessels (2009).

institutionelle Struktur und die tatsächliche Funktionsweise unabhängig von handelnden Personen und ist klar abzugrenzen von der nationalen Ebene.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich das Ebenenmodell nicht ohne weiteres auf die EU-Ebene übertragen lässt. Zwei Gründe sind dafür ausschlaggebend: Zum einen ist die EU nicht mit einem vollständig souveränen demokratischen Regime vergleichbar. Zum anderen stellen die nationalen Regierungen zwar große Teile der politischen Akteure der EU. Allerdings werden diese im EU-Kontext nicht unmittelbar demokratisch legitimiert. Innerhalb der jeweiligen Länder ist die Unterstützung der Entscheidungsträger jedoch vorrangig mit dem Wirken auf nationaler Ebene verknüpft (Gabel/Anderson 2004: 13). Diese beiden Gründe haben zur Folge, dass der „Legitimationsfluss“ über die Kultur-, Struktur- und Prozessebene nicht durchgängig postuliert werden kann.

Trotz dieser Einschränkungen können Teile der Kausalzusammenhänge und die grundsätzliche Struktur des Modells übernommen werden: Fuchs (2003) überträgt die Determinanten der systemischen und der demokratischen Performanz in sein EU-Modell. Wie diese im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand EU zu verstehen sind, wird im folgenden Abschnitt diskutiert (2.3.2). Fuchs beschränkt sich aber nicht nur auf die Übertragung der Performanzeinstellungen aus dem nationalen Unterstützungsmodell. Vielmehr ergänzt er zwei zusätzliche Konzepte: Zum einen führt er die politische Gemeinschaft als Einstellungsobjekt erneut ein, obwohl er sie im nationalen Modell noch ausgeschlossen hat. Zum anderen unterstellt er, dass Einstellungen gegenüber dem nationalstaatlichen System entsprechende Einstellungen gegenüber der EU determinieren können, da die Bürger zu ihrem nationalen politischen System einen engeren Bezug aufweisen (Fuchs 2003: 37). Diese beiden Konzepte werden in der EU-Unterstützungsforschung sehr häufig thematisiert, weil sie in Bezug auf die Besonderheiten des politischen Regimes der EU eine spezifische Relevanz besitzen. In den Abschnitten 2.3.3 und 2.3.4 werden diese Konzepte kritisch diskutiert und angesichts des jüngeren Forschungsstands ergänzt, um dem finalen Unterstützungsmodell dieser Arbeit näher zu kommen.

### 2.3.2 Systemische und demokratische Performanz

Die Einstellungen der systemischen und der demokratischen Performanz wurden bereits im nationalen Ebenenmodell definiert und bildeten die Basis für die Unterstützung der Entscheidungsträger auf der Prozessebene (Fuchs 2003: 32). In diesem Abschnitt sollen diese Performanzeinstellungen im Zusammenhang mit der EU-Unterstützung spezifiziert werden. Wie im vorherigen Abschnitt erläutert wurde, wird die Frage der EU-Unterstützung vornehmlich auf die Strukturebene fokussiert. Die Performanzeinstellungen sind jedoch ursprünglich auf die Handlungen der politischen Entscheidungsträger bezogen. Fuchs (2003: 32) geht davon aus, dass die systemische und die demokratische Performanz als generalisierte Einstellungen einen Einfluss auf die Einstellung der EU-Unterstützung besitzen. Erfahrungen mit den politischen Entscheidungsträgern der EU werden über einen längerfristigen Zeitraum zusammengefasst und sind in Bezug auf die Strukturebene damit stabiler als im ursprünglichen Verständnis. Die generalisierten Performanzeinstellungen repräsentieren auf diese Weise die grundsätzliche Evaluation der Bürger der Politikergebnisse der EU. Je positiver die Bürger die systemische und die demokratische Performanz bewerten, desto positiver ihre EU-Unterstützung.

Die systemische Performanz bezieht sich dabei auf politische Ziele, die grundsätzlich jedes politische Regime verfolgt (Fuchs 1998a: 152). Dazu zählen beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung, die Gewährleistung von innerer und äußerer Sicherheit, soziale Wohlfahrt und Umweltschutz (Fuchs 1998a: 152; Roller 2005: 28 f.). Zwar besitzt die EU Kompetenzen in allen aufgezählten Politikfeldern, diese sind jedoch sehr unterschiedlich stark ausgeprägt (Wagner 2012: 67 f.). Entscheidend für den substanziellen Gehalt der Bewertung der systemischen Performanz ist, in welchen Politikbereichen die EU in der Wahrnehmung der Bürger eine Rolle spielt (Wagner 2012: 67 f.). Trotz der erweiterten Kompetenzen, die die EU seit ihrer Gründung dazugewonnen hat, gehen die meisten Beiträge der EU-Unterstützungsforschung von einer hervorgehobenen Rolle der Wirtschaftspolitik aus. Einstellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung sind in den meisten Beiträgen der EU-Unterstützungsforschung vorhanden und können damit als etablierte Determinante der Unterstützung angesehen werden (siehe Anderson 1998; Eichenberg/Dalton 1993; Gabel 1998; Hooghe/Marks 2004; Hooghe/Marks 2005; Mahler/Taylor/Wozniak 2000; McLaren 2002, 2007; Rohrschneider 2002; Vries/Kersbergen 2007). Auch Fuchs (2003: 32) unterstellt eine dominante Rolle der ökonomischen Lage bei der Einstellungsbildung zur systemischen Performanz der EU. Im Hinblick auf eine genauere Spezifizierung der Einstellun-

gen zur systemischen Performanz wird eine Differenzierung aufgegriffen, die sich in den genannten Studien wiederfindet: Hinsichtlich der Bewertung der systemischen Performanz soll im theoretischen Modell der EU-Unterstützung der vorliegenden Arbeit unterschieden werden zwischen der Bewertung der systemischen Performanz der EU für die gesamte Gesellschaft und für den individuellen Nutzen eines Bürgers. Die erste Einstellung nimmt die soziotropische, das heißt, die gesellschaftsbezogene Perspektive ein. Die zweite Einstellung ist bezogen auf Bewertung der individuellen persönlichen Situation<sup>11</sup>.

Die demokratische Performanz bezieht sich auf politische Ziele, die ausschließlich in liberalen Demokratien verfolgt werden (Fuchs 1998a: 152). Wie bereits zuvor dargestellt, gehören dazu die Verwirklichung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie die Gewährleistung von liberalen Freiheitsrechten. Beurteilt wird die demokratische Wirklichkeit der EU, die tatsächliche Funktionsweise der Institutionen und ihre Fähigkeit auf die Bedürfnisse der EU einzugehen (Fuchs 1998: 152 f., 2003: 32 f.; Wagner 2012: 68 f.). Ähnlich wie für das Ebenenmodell nimmt Fuchs (2003: 32 f., 2011c) an, dass das Demokratieverständnis der Bürger den normativen Maßstab für die Evaluation der demokratischen Performanz bildet. Erst im letzten Jahrzehnt wurde den Einstellungen zur demokratischen Qualität in der EU-Unterstützungsforschung größere Aufmerksamkeit geschenkt (Karp/Banducci/Bowler 2003; Rohrschneider 2002; Weßels 2007; siehe auch Lagos 2003)<sup>12</sup>. Die Bedeutung der Bewertung der demokratischen Performanz wird dabei insbesondere mit dem zuvor diskutierten Demokratiedefizit in Verbindung gebracht: Die mögliche Wahrnehmung demokratischer Schwächen der EU führt zu einer negativeren Unterstützung der Bürger.

Zusammengenommen bilden die systemische und die demokratische Performanz ein breites Spektrum der Leistungsfähigkeit der EU ab. In diesem Abschnitt wurden die Einstellungen jeweils für die Anwendung auf der EU-Ebene spezifiziert und die angenommenen Effekte auf die EU-Unterstützung erläutert. Im folgenden Abschnitt wird eine im Vergleich zu den Performanzeinstellungen klar zu trennende Determinante eingeführt: Die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft der EU beziehungsweise der europäischen Identität.

---

<sup>11</sup> Die Berücksichtigung der egozentrischen Perspektive ist nicht unumstritten im Zusammenhang mit Untersuchung der EU-Unterstützung. Eine genauere Diskussion dazu erfolgt an späterer Stelle (Abschnitte 2.3.4 und 3.4).

<sup>12</sup> Es ist denkbar, dass diese Entwicklung direkt im Zusammenhang mit der fortschreitenden EU-Integration steht, da immer mehr Politikfelder kollektiv verbindlich auf EU-Ebene geregelt werden. Mit steigender Relevanz der EU wächst auch das Bedürfnis nach Legitimation. Der Zusammenhang zwischen fortschreitender Entwicklung der europäischen Integration und der Legitimation der EU wird in Abschnitt 2.3.3 diskutiert.

### 2.3.3 Politische Gemeinschaft – Europäische Identität

Die erste Erweiterung gegenüber dem nationalen Unterstützungsmodell ist die Einführung des Einstellungsobjekts der politischen Gemeinschaft. Die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft wird oft mit dem Begriff der sozialen Identität verbunden<sup>13</sup>. Um festlegen zu können, wie soziale Identität in das Unterstützungsmodell dieser Arbeit einfließt, soll in diesem Abschnitt in drei Schritten vorgegangen werden: (1) Zunächst wird erläutert, warum der Einschluss von Einstellungen gegenüber der politischen Gemeinschaft zur Erklärung von EU-Unterstützung theoretisch sinnvoll ist. (2) In einem zweiten Schritt erfolgt die nähere Bestimmung des Begriffs der sozialen Identität aus der Sozialpsychologie. (3) Um abschließend festzulegen, wie soziale Identität in das Unterstützungsmodell dieser Arbeit einfließt, werden neuere Beiträge der EU-Unterstützungsforschung herangezogen, die sich theoretisch und empirisch genauer dem Zusammenhang zwischen Identität und politischer Unterstützung gewidmet haben. Dabei wird insbesondere das Verhältnis nationaler und europäischer Identität zu diskutieren sein.

Wie zuvor beschrieben, hat Fuchs die Gemeinschaft aus dem nationalen Ebenenmodell ausgeschlossen, da sich diese Einstellungen theoretisch nicht aus der Logik des demokratischen Legitimationsflusses ableiten lassen (Fuchs 2002: 44). Dennoch wird empfohlen, der politischen Gemeinschaft als eigenständigem Erklärungsfaktor an anderer Stelle Rechnung zu tragen (Fuchs 2002: 43). Für die langfristige Persistenz eines politischen Systems ist die Unterstützung der Gemeinschaft relevant, schließlich ist die Unterstützung der Gemeinschaft „um ihrer selbst willen“ (Easton 1975: 445) ein stabilisierendes Gegengewicht in Krisenzeiten. Geringere Unterstützung von Regime und Autoritäten aufgrund schlechter Performanzbewertungen ist daher kurzfristig für den grundsätzlichen Bestand eines Systems nicht mehr ausschlaggebend (Easton 1975: 445; Fuchs 2002, 2007; Lipset 1981).

In Anwendung auf die EU ist das präsentierte Argument im Besonderen relevant. Mit der fortschreitenden Integration nach Maastricht ist die EU heute mehr als nur ein Marktregulierer für den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt (Cerutti 2008: 11; Kaina 2009: 31). Beispielsweise handelt die EU im Bereich der Menschenrechtspolitik, definiert die Zukunft der europäischen Wohlfahrtssysteme, tritt als Akteur bei internationalen militärischen Konflikten auf (Cerutti 2008: 11) und steht im Zentrum der Aufmerksamkeit bei der Bewälti-

---

<sup>13</sup> Beide Begriffe lassen sich weitgehend synonym verwenden. Während die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft der allgemeinen Unterstützungsforschung in Tradition Eastons entspringt, stammt der Identitätsbegriff aus der Sozialpsychologie (Wagner 2012: 71).

gung der Finanz- und Schuldenkrise. Das wachsende politische Gewicht der EU im Verlauf der letzten 20 Jahre rückt die Frage nach der Legitimation der EU in den Vordergrund. Hierzu existiert nicht erst seit dem Vertrag von Maastricht eine lebhafte akademische Debatte (siehe u.a. Habermas 1996, 2004; Kielmansegg 2003; Lindberg/Scheingold 1970; Scharpf 1999). Es ist fraglich, ob die EU angesichts ihrer fortschreitenden Integration ausschließlich von ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit legitimiert werden kann (Cerutti 2008: 11). In Scharpfs Terminologie (1999) verleihen gute Politikergebnisse der europäischen Ebene sogenannte *output-orientierte* Legitimation<sup>14</sup>. Im Gegensatz dazu postuliert er die *input-orientierte* Legitimation: Politische Entscheidungen sollen sich nachvollziehbar aus dem Willen des Volkes ableiten. Dies kann beispielsweise über Wahlen sichergestellt werden (Scharpf 1999: 16). Das EP hat im Vergleich mit den exekutiven Organen der EU nach wie vor nur geringe Kompetenzen. Gleichzeitig besitzen die exekutiven Organe dem EP gegenüber nur eine geringe unmittelbare Verantwortlichkeit. Eine input-orientierte Legitimation ist für die EU auf diese Weise nicht vorhanden – allenfalls auf indirekte Weise über die Legitimation der nationalen Akteure in den einzelnen Mitgliedsstaaten (Scharpf 1999: 19 f., 167). Angesichts der gewachsenen politischen Bedeutung der EU wird in der fehlenden input-orientierten Legitimation eine entscheidende Leerstelle deutlich. Um diese zu füllen wären eine Demokratisierung der institutionellen Struktur und die Entstehung eines kollektiven europäischen Bewusstseins notwendig. Während eine Demokratisierung den Bürgern die Möglichkeit gäbe, stärker auf europäischer Ebene Einfluss zu nehmen, wäre ein kollektives europäisches Bewusstsein eine abstrakte Bestätigung für den Willen zur europäischen Integration (Fuchs 2011a: 35; Scharpf 2010: 322 f.).

In der Frage der Legitimation der EU liegt die spezifische Relevanz für den Einschluss des Einstellungsobjekts der politischen Gemeinschaft in ein Unterstützungsmodell der EU begründet. Denn Fuchs (2003: 31 ff.) fasst das kollektive europäische Bewusstsein zunächst als *Identifikation mit der politischen Gemeinschaft* beziehungsweise als *Selbstbeschreibung als Europäer*. Damit wird die Tradition zu Eastons ursprünglicher Theorie deutlich. In der neueren Unterstützungsliteratur hat sich hingegen der Begriff der *europäischen Identität* durchgesetzt, der synonym zu Eastons Begriff verstanden wird (Wagner 2012: 71). Allgemein entstammt der Identitätsbegriff aus der Theorie der sozialen Identität aus der Sozialpsychologie. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die oft zitierte Definition Tajfels (Herrmann/Brewer 2004: 6). Soziale Identität ist demnach „*that part of the individ-*

---

<sup>14</sup> Scharpfs Verständnis von Legitimation ist nicht zu verwechseln mit der Legitimität im Eastonschen Sinne.

ual's self-concept which derives from his knowledge of his membership of a social group (or groups) together with the value and emotional significance attached to that membership" (Tajfel 1981: 255). Eine soziale Identität umfasst also eine bewusste individuelle Identifikation mit einer sozialen Gruppe sowie den Werten und Emotionen, die mit dieser Gruppe verbunden sind. Die individuelle Identitätsstruktur positioniert den Einzelnen in einer oder mehreren sozialen Gruppen. Identität basiert auf gemeinsamen Erfahrungen, Symbolen und Werten, sie gibt Orientierung über den individuellen Platz in einer komplexen Welt (McLaren 2006: 72).

Die wahrgenommene Zugehörigkeit zu einer Gruppe hat zur Folge, dass man sich und seine Gruppe (*in-group*) gegenüber anderen Gruppen (*out-groups*) abgrenzen kann (Brewer 2001: 117; Esser 2001: 355)<sup>15</sup>. Die Einteilung der subjektiven Wirklichkeit in sogenannte „in-groups“ und „out-groups“ ist für jeden Einzelnen mit Emotionen verbunden: So kann die Identifikation mit einer Gruppe oder bestimmten Eigenschaften dieser Gruppe zu erhöhtem Selbstbewusstsein führen. Gleichzeitig wird angenommen, dass Werte und Eigenschaften zu Unbehagen führen oder gar als Bedrohung empfunden werden, wenn sie einer fremden Gruppe zugeordnet werden (McLaren 2006: 71 f.; Thoits/Virshup 1997: 114 f.). Soziale Identität hat nicht nur affektive Komponenten, sie beeinflusst auch das individuelle Verhalten: Eine Person handelt loyal mit ihrer in-group, ist offener gegenüber Meinungen aus dieser Gruppe und ist auch am Wohlbefinden der Mitmenschen interessiert (Herrmann/Brewer 2004: 6; Risse 2010: 22). Die individuelle Überzeugung, zu einer Gruppe zu gehören, ist die Voraussetzung dafür, dass man eigene Interessen zurückstellt und eine gemeinwohlorientierte Solidarität ausgeübt werden kann (Kaina 2009: 44; Risse 2010: 23). Es wird angenommen, dass die Bereitschaft, eigene Opfer zu bringen, umso größer ist, je wichtiger einer Person die Identifikation mit der betreffenden Gruppe ist. Dagegen neigt ein Individuum dazu, Mitgliedern einer out-group diese Gemeinwohlorientierung zu verweigern, um sich von dieser abzugrenzen (Kaina 2009: 44).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Identität hier als „bottom-up“-Konzept verstanden wird: Sie entsteht subjektiv, wird verändert, abgegrenzt und nicht von außen zugeordnet (Bruter 2005: 5; McLaren 2006: 71). Damit liegen soziale Identitäten auf der glei-

---

<sup>15</sup> Die Definition Tajfels ist die Grundlage für zahlreiche Weiterentwicklungen des Konzepts der sozialen Identität, die jeweils unterschiedliche Perspektiven auf den Identitätsbegriff einnehmen (Brewer 2001: 117). In der vorliegenden Arbeit sind diejenigen Annahmen relevant, die für die Weiterentwicklung des Identitätsbegriffs für politische Unterstützung benötigt werden. Das heißt, Identitäten, die vom Individuum ausgehen und sich auf kollektive Gruppen richten (siehe Turner et al. 1987). Für eine Übersicht über die verschiedenen Stränge in der Sozialpsychologie siehe Thoits/Virshup (1997).

chen analytischen Ebene wie die anderen bisher vorgestellten politischen Einstellungen (Wagner 2012: 72). Eine vorhandene Identität ist Determinante individuellen Verhaltens zugunsten der eigenen Gruppe und damit unter Umständen zulasten der als fremd empfundenen Gruppen (Kaina 2009: 44 f.).

Die Anwendung des Konzepts der sozialen Identität auf die EU erfordert zwei Spezifizierungen: Erstens ist zu klären, auf welche Weise eine Person mehrere Identitäten haben kann und wie diese im Verhältnis zueinander stehen können. Zweitens soll der inhaltliche Gehalt des Begriffs der sozialen Identität für den Kontext eines politischen Systems abgegrenzt werden. Herrmann und Brewer (2004: 8 ff.) erläutern, dass Menschen grundsätzlich immer mehreren Gruppen angehören und sich auch mit ihnen identifizieren (siehe Fuchs 2011a: 41). Beispiele für unterschiedliche Gruppen, mit denen sich Menschen identifizieren, sind Familie, Berufsgruppe, Geschlecht, Religionsgemeinschaft, Region sowie die eigene Nation. Teilidentitäten können dabei auf ganz unterschiedliche Weise zusammenhängen<sup>16</sup>: Identitäten können erstens vollständig unabhängig voneinander sein, beispielsweise wenn eine Person im Berufsleben mit ganz anderen Menschen zu tun hat als im Privatleben. Zweitens können sie sich teilweise überschneiden. Zum Beispiel sind nicht alle Einwohner von München gleichzeitig Anhänger des Sportvereins FC Bayern München. Ebenso verhält es sich im umgekehrten Fall. Drittens können mehrere Identitäten vollständig ineinander verschachtelt sein. So sind alle Bürger eines EU-Mitgliedslandes gleichzeitig EU-Bürger (Herrmann/Brewer 2004: 8 ff., Risse 2010: 24). Das Verständnis von sozialer Identität als Einstellung bedeutet jedoch auch, dass man von einer rechtlichen Gruppenzugehörigkeit nicht auf das Vorhandensein einer tatsächlichen Identifikation mit selbiger Gruppe schließen kann.

Was substantiell zu einer sozialen Identität gehört ist sehr umstritten (Brubaker/Cooper 2000; Cerutti 2008: 3 ff.). Daher lohnt es für die Anwendung auf die Forschungsfrage der EU-Unterstützung, eine zweite, inhaltliche Abgrenzung vorzunehmen. Dies ist insbesondere relevant, da viele Beiträge aus theoretischen Gründen die Existenz einer europäischen Identität verneinen (Fuchs 2011a: 28). Nationale Identitäten würden nach langer Zeit aufgrund von nationalen „Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften“ (Kielmansegg 2003: 58) entstehen. Der EU hingegen fehlten diese Eigenschaften aufgrund der Mehrsprachigkeit und geringer gemeinsamer Geschichte. Außerdem habe sich die Zahl

---

<sup>16</sup> Die Typologie des Verhältnisses von mehreren sozialen Identitäten ist frei aus dem englischen Original übersetzt. Herrmann und Brewer (2004) sprechen von *separate*, *cross-cutting* und *nested identities*.

der Mitgliedsländer und der politische Integrationsgrad zuletzt in relativ kurzen Abständen verändert. Daher könne keine europäische Identität entstehen, die qualitativ mit einer gewachsenen nationalen Identität vergleichbar wäre (Kielmansegg 2003: 58; Scharpf 2012: 15).

Es ist daher fraglich, ob man den Begriff der europäischen Identität in dem eingeforderten umfassenden Verständnis einer nationalen Identität diskutieren muss. Schließlich ist das politische Regime der EU – wie bereits zuvor dargestellt – nicht äquivalent zu einem nationalen Regime und in vielen Politikfeldern nicht auf gleiche Weise souverän (Fuchs 2011a: 36). Der Begriff der europäischen Identität wird aus diesen Überlegungen inhaltlich eingeschränkt und als eine politische Identität definiert (Cerutti 2008: 3 ff.; Fuchs 2011a: 39): *„Europäische Identität ist die Identifikation mit dem gemeinsamen Projekt aller europäischen Bürger, welches auf gemeinsame politische und soziale Werte gründet. [...] Dazu gehört eine gewisse Homogenität der gemeinsamen politischen Kultur; jedoch nicht in allen kulturellen Kategorien wie Sprache, Religion oder Bräuche im Alltagsleben“* (Cerutti 2008: 6 f.)<sup>17</sup>.

Die Relevanz europäischer Identität ist aufgrund der gewachsenen politischen Bedeutung der EU deutlich geworden. Die inhaltliche Spezifizierung der europäischen Identität als politische Identität sorgt für eine größere analytische Klarheit: Die engere Definition wird daher der Bedeutung der EU im Vergleich zu nationalen demokratischen Systemen eher gerecht und fortan ausschließlich verwendet.

Besitzt ein Bürger eine europäische Identität, so steigt die Wahrscheinlichkeit einer positiven EU-Unterstützung. Dieser theoretische Zusammenhang entspricht Eastons Verständnis der Unterstützung „um ihrer selbst willen“ (Easton 1975: 445). Dies wird angesichts zweier Argumente deutlich, die Fuchs (2011a: 35 f.) anführt: Die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen gelingt nur, wenn die jeweils unterlegene Minderheit sich zur selben Gemeinschaft zugehörig fühlen wie die Mehrheit. Darüber hinaus ist jede Form von Solidarität und Umverteilung nur denkbar, wenn sie zwischen Mitgliedern der in-group, also der europäischen Gemeinschaft, geschieht. In der EU-Unterstützungsforschung hat das Konzept der europäischen Identität daher seit Ende der 1990er Jahre zahlreiche Beachtung gefunden (siehe Boomgaarden et al. 2011; Carey 2002; Citrin/Sides 2004; Duchesne/Frogner 2008; Fligstein 2008; Fuchs 2003, 2011c; Fuchs/Guinaudeau/Schubert 2009; Hooghe/Marks

---

<sup>17</sup> Diese Definition der europäischen Identität entspricht der eigenen, freien Übersetzung eines längeren Abschnittes der angegebenen Textstelle.

2005; Kaina 2009; Marks 1999; McLaren 2006, 2007; Risse 2010; Vries/Kersbergen 2007; Weßels 2007). Den Studien ist die Erkenntnis gemein, dass die Existenz einer europäischen Identität sowohl in älteren als auch neueren Mitgliedsländern feststellbar war (Wagner 2012: 76).

In der EU-Unterstützungsforschung wird vor allem das Verhältnis nationaler und europäischer Identität diskutiert (Kaina 2009: 58). Diese Debatte liefert wertvolle Hinweise für die Integration der europäischen Identität in das Unterstützungsmodell dieser Arbeit. Es existieren zwei auf den ersten Blick widersprüchliche Positionen, die sowohl theoretisch als auch empirisch im Forschungsstand Bestand haben: Zum einen sind nationale und europäische Identität miteinander voll kompatibel<sup>18</sup> und hängen positiv zusammen. Es wird angenommen, dass die grundsätzliche Bereitschaft, sich mit Gruppen zu identifizieren, von der eigenen Nationalität bis in die europäische Ebene reicht. Andere Studien gehen hingegen von einer Inkompatibilität beider Identitäten aus, sodass eine besonders ausgeprägte nationale Identität der Herausbildung einer europäischen im Wege steht. Duchesne und Frogner (2008: 145 ff.) widmen sich diesem Gegensatz im Forschungsstand und erklären diesen mit unterschiedlichen Operationalisierungen von Identität. So ist gerade dann ein negativer Zusammenhang zwischen nationaler und europäischer Identität feststellbar, wenn europäische Identität bei der Frageformulierung mit kontroversen politischen Themen der europäischen Integration in Verbindung gesetzt wird. Framing ist im Hinblick auf identitätsbezogene Items in Umfragen folglich eine nicht zu vernachlässigende Größe (Fuchs 2011a: 41).

Für den Einschluss des Konzepts der sozialen Identität in das theoretische Modell dieser Arbeit sollen angesichts des heterogenen Forschungsstandes vornehmlich Annahmen berücksichtigt werden, die übereinstimmend in einer Mehrzahl der Beiträge postuliert werden. Die meisten Beiträge, die mit der hier verwendeten Definition von europäischer Identität als politische Identität arbeiten, stimmen darin überein, dass nationale und europäische Identität als „verschachtelt“ wahrgenommen werden (Fuchs/Guinaudeau/Schubert 2009; Hooghe/Marks 2005; Risse 2010). In Bezug auf den Zusammenhang zwischen Identität und EU-Unterstützung ist trotz gegensätzlicher Annahmen und Befunde im Forschungsstand eine zentrale konsistente Gemeinsamkeit festzustellen: Ist bei einer Person exklusiv eine nationale Identität vorhanden, wird eine negativere Unterstützung der EU wahrscheinlich (Abdelal et al. 2006: 698; Boomgaarden et al. 2011: 260; Fuchs/Guinaudeau/Schubert

---

<sup>18</sup> Äquivalent zum theoretischen Argument der „nested identities“, also der verschachtelten Identitäten von Herrmann/Brewer (2004).

2009: 106 f.; Hooghe/Marks 2005: 437; Maier/Adam/Maier 2012: 581; Risse 2010: 62). Exklusivität bedeutet in diesem Zusammenhang die Existenz einer nationalen Identität bei gleichzeitigem Ausschluss einer Identifikation mit der EU. Dieser Ausschluss scheint insbesondere dann vorgenommen zu werden, wenn die EU als out-group beziehungsweise als Bedrohung wahrgenommen wird (Hooghe/Marks 2009: 13). Vor dem Hintergrund des heterogenen Forschungsstandes bezüglich der Effekte von nationaler und europäischer Identität auf die EU-Unterstützung bildet die exklusive nationale Identität folglich den gemeinsamen Nenner der verschiedenen Ansätze. Im theoretischen Modell der EU-Unterstützung findet sich die Theorie der sozialen Identität daher in der Determinante der exklusiven nationalen Identität wieder.

### **2.3.4 Meinungsbildungsprozesse zur EU – Kognitive Heuristiken und Einstellungen zum Nationalstaat**

Die Entstehung und Veränderbarkeit politischer Einstellungen sind meist Gegenstand eigener Forschungsbereiche. Im Zusammenhang mit der EU sollte die Frage der Entstehung von Meinungen und Einstellungen jedoch nicht vernachlässigt werden, da sich die EU nicht nur institutionell, sondern auch als Einstellungsobjekt von anderen politischen – meist nationalen – Systemen substantiell unterscheidet. So wird die EU bisher als ein politisches Objekt mit sehr großer Distanz zu den einzelnen Bürgern beschrieben. Das eigene nationalstaatliche politische System ist dagegen der wichtigere Bezugspunkt für die Bürger (Fuchs 2011a: 42; Weßels 2007: 297)<sup>19</sup>. Dieser Abschnitt ist den Prozessen der Meinungsbildung zur EU gewidmet mit dem Ziel, die Relevanz von Einstellungen zum Nationalstaat für die EU-Unterstützung zu untersuchen: (1) Zunächst soll erläutert werden, worin die Unterschiede des Einstellungsobjekts EU zu einem nationalen politischen System liegen. (2) Um diskutieren zu können, wie sich diese Unterschiede auf die Formierung von Einstellungen zur europäischen Ebene auswirken, werden in einem zweiten Schritt grundlegende Erkenntnisse zur Informationsverarbeitung und Meinungsbildung herangezogen. Dies erfolgt auf Basis der Theorie der Meinungsbildung von Zaller (1992) und der Systematik kognitiver Heuristiken von Tversky/Kahneman (1974). (3) Abschließend wird vor dem Hintergrund des Forschungsstandes zur EU-Unterstützung abgeleitet, dass im Unter-

---

<sup>19</sup> Vor dem Hintergrund der Schuldenkrise und ihrer politischen sowie wirtschaftlichen Folgen für die einzelnen Bürger wird an späterer Stelle zu diskutieren, ob diese Annahme weiterhin uneingeschränkt gültig ist.

stützungsmodell dieser Arbeit die Performanzeinstellungen zur EU über Repräsentativitätsheuristiken zur nationalstaatlichen Ebene determiniert werden.

Zuvor wurden die institutionellen Unterschiede zwischen der EU und den nationalen politischen Systemen der Mitgliedsländer ausgeführt (2.3.1). Für die Diskussion der Besonderheiten des Einstellungsobjekts EU ist relevant, welche Folgen diese institutionellen Unterschiede für die Wahrnehmung der EU durch die Bürger haben. Viele Beiträge der EU-Unterstützungsforschung postulieren dazu insbesondere zwei Annahmen (Anderson 1998; Fuchs 2003; Hooghe/Marks 2005; Wagner 2010, 2012): Zunächst wird übereinstimmend angenommen, dass die EU eine größere Entfernung zum alltäglichen Leben der Bürger hat als das jeweilige politische System im eigenen Land. Die Menschen besitzen weniger Informationen über die EU, da die nationale Politik in der öffentlichen Debatte eine größere Rolle spielt und die meisten Politikfelder und staatliche Souveränität weiterhin bei den Nationalstaaten liegen. Daran hat auch die fortschreitende europäische Integration wenig geändert (Anderson 1998: 574 ff.; Wagner 2012: 79). Daher liegt der Schluss nahe, dass die größere Distanz der EU zur Lebenswirklichkeit der Bürger die Meinungsbildung zur europäischen Ebene erschwert.

Die zweite Annahme bezieht sich auf den institutionellen Aufbau der EU. Die nationalen politischen Systeme zeichnen sich im Vergleich zur EU vor allem dadurch aus, dass sie klarer aufgebaut sind, den Bürgern eindeutiger Verantwortlichkeiten der einzelnen Institutionen präsentieren und damit eine hohe Zurechenbarkeit von Politikergebnissen möglich machen (Fuchs 2003: 36). Entscheidungen auf EU-Ebene werden dagegen sowohl von rein europäischen Institutionen, jedoch vor allem von Vertretern der nationalen Regierungen getroffen (Wagner 2012: 80). Selbst in Wahlkämpfen zu einer rein europäischen Institution wie dem europäischen Parlament dominieren Akteure und Streitfragen der nationalen Politik die öffentliche Debatte (Vreese et al. 2009: 62 f.). In der Wahrnehmung der Bürger führt das zu einer starken Vermischung nationaler und europäischer Akteure sowie Institutionen. Es ist folglich keine leichte Aufgabe, die politischen Prozesse in der EU zu verstehen und sie von nationalen Einstellungsobjekten abzugrenzen (Wagner 2012: 82 f.).

Aufgrund der komplexen institutionellen Struktur der EU und der Distanz zur Lebenswirklichkeit der Bürger kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Meinungsbildung zur EU identisch mit der Meinungsbildung zum Nationalstaat ist. Um von den Besonderheiten des Einstellungsobjekts EU konkrete Annahmen für das Unterstützungsmodell ableiten zu

können, werden diese nun in einem zweiten Schritt mit Erkenntnissen aus der Kognitionspsychologie verknüpft.

Um den Prozess der Einstellungsbildung und -veränderung analytisch greifbar zu machen, soll zunächst auf den theoretischen Rahmen von John R. Zaller (1992) zurückgegriffen werden<sup>20</sup>. Zallers RAS-Modell (*receive-accept-sample model*) dient der Erklärung von öffentlicher Meinung, verstanden als Aggregat individueller Meinungsäußerung in Umfragen (Schmitt-Beck 2000: 44). Zaller (1992: 58) formuliert vier zentrale Axiome, die den Meinungsbildungsprozess charakterisieren. Für die weitere Argumentation dieser Arbeit sind vor allem diese vier Grundannahmen relevant. Das erste Axiom bezieht sich auf die Informationswahrnehmung – *das Rezeptions-Axiom*: Aus der Umwelt wird ein Individuum mit zahlreichen, über Massenmedien vermittelten, Botschaften konfrontiert. Im Kontext politischer Themen beziehen sich Botschaften auf die öffentliche Debatte der politischen Eliten. Welche Botschaften von außen überhaupt wahrgenommen werden, hängt vom Niveau der politischen Involvierung (*awareness*) des Einzelnen ab<sup>21</sup>.

Das zweite Axiom bezieht sich auf die Informationsverarbeitung – *das Resistenz-Axiom*: Ein Individuum verfügt über politische Prädispositionen, das heißt langfristig beständige Wertvorstellungen (Zaller 1992: 22 f.). Neue Botschaften werden mit den vorhandenen Prädispositionen abgeglichen. Ein Individuum neigt beispielsweise dazu, die Position eines Politikers abzulehnen, wenn diese nicht mit den eigenen Prädispositionen vereinbar ist (Zaller 1992: 44 f.).

Die weiteren Annahmen richten sich auf die tatsächliche Meinungsäußerung in Umfragen. Mit dem *Verfügbarkeits-Axiom* nimmt Zaller an, dass gerade diejenigen Informationen und Überzeugungen für die Meinungsäußerung bestimmend sind, die besonders häufig oder erst kürzlich bedacht beziehungsweise aufgerufen wurden (Zaller 1992: 48). Eine tatsächliche Antwort während einer Umfrage bildet sich dann aus dem Durchschnitt der Erwägungen, die für das Individuum unmittelbar zugänglich und salient sind (*Antwort-Axiom*; Zaller 1992: 49).

Zallers Grundannahmen setzen bereits bei der Wahrnehmung von Informationen an, die durch die Massenmedien vermittelt werden. Damit sind sie eine adäquate Basis für die

---

<sup>20</sup> Die deutschen Begriffe zu Zallers Arbeit folgen weitgehend der Übersetzung von Schmitt-Beck (2000), der eine erschöpfende Sekundäranalyse über Zallers „The Nature and Origins of Mass Opinion“ liefert (44-62).

<sup>21</sup> Damit sind sowohl die Aufmerksamkeit und das Verständnis der jeweiligen Information gemeint (Zaller 1992: 21). Die Involvierung variiert mit der jeweiligen Situation, dem Interesse, der Motivation beziehungsweise der Vertrautheit mit dem jeweiligen Thema (Zaller 1992: 43 f.).

weitere Argumentation, denn für die Meinungsbildung zur EU sind die Massenmedien nach wie vor die wichtigste Informationsquelle (Maier/Adam/Maier 2012: 584). Dennoch reicht der ausschließliche Bezug zu Zallers Arbeit nicht aus, um den Besonderheiten des Einstellungsobjekts EU gerecht zu werden. Verfügbarkeits- und Antwort-Axiom liefern zwar erste Hinweise darauf, wie befragte Bürger ihre Antworten zum entfernten Einstellungsobjekt EU generieren. Dennoch scheint ein genauerer Blick auf die Schritte zwischen Informationsabruf und der tatsächlichen Meinungsäußerung erforderlich. Dieser geht über Zaller hinaus, ohne dessen Grundannahmen zu verletzen.

Chaiken, Liberman und Eagly (1989) unterscheiden zwei kognitive Prozesse der Informationsverarbeitung. Die *systematische Verarbeitung* unterstellt, dass ein Individuum sehr viele Informationen zu einem Thema oder einer anstehenden Entscheidung analytisch verarbeitet, bevor es zu einer Antwort gelangt. Dieser Prozess erfordert zum einen ein hohes Maß an Informiertheit, zum anderen jedoch auch die Bereitschaft und Motivation, sich gründlich mit einer Frage auseinander zu setzen (Eagly/Chaiken 1993: 326 f.). Der zweite Prozess ist die *heuristische Verarbeitung*, wonach ein Individuum weniger Aufwand investiert, um sich eine Meinung zu bilden, und sich auf einfache Entscheidungsregeln verlässt. Auf die gründliche Auseinandersetzung mit Informationen wird hierbei verzichtet, vielmehr verlässt sich ein Individuum auf Urteile von geschätzten Freunden und Experten oder greift auf ähnliche Zusammenhänge zurück, die vergleichbar mit dem konkreten Thema erscheinen (Eagly/Chaiken 1993: 327; Maio/Haddock 2009: 96 ff.). Die heuristische Verarbeitung erfordert folglich weniger kognitiven Aufwand und kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn ein Thema relativ unbekannt oder entfernt ist, oder kein Interesse besteht, die Mühen einer gründlichen Entscheidungsfindung in Kauf zu nehmen beziehungsweise diese als zu groß eingeschätzt werden (Maio/Haddock 2009: 97 f.).

Für die Informationsverarbeitung und Meinungsbildung zu politischen Fragen wird in den meisten Beiträgen die heuristische Verarbeitung als realistisch angesehen (Kinder 2006: 204 f.). Zahlreiche Studien der Kognitionspsychologie bestätigen, dass der durchschnittliche Bürger nur ein begrenztes politisches Wissen hat und vorhandene Informationen relativ unstrukturiert im Gedächtnis gespeichert sind (Wagner 2012: 92). Geringe Informiertheit und die bei politischen Fragen nicht grundsätzlich annehmbare Betroffenheit machen daher die systematische Verarbeitung unwahrscheinlich. Stattdessen nutzen die Bürger bei ihrer Meinungsbildung zu politischen Fragen kognitive Abkürzungen, um fehlende Information oder einen Mangel an Zeit und Motivation auszugleichen (Kinder 2006: 204 f.;

Sniderman 1993: 220 f.). Die Erkenntnis nicht vollständiger Information und Motivation hatte zur Folge, dass sich das Forschungsinteresse zunehmend auf die Fragen richtete, welche kognitiven Heuristiken zur Anwendung kommen und wie diese systematisiert werden können<sup>22</sup>.

Eagly und Chaiken (1993: 327) verweisen auf eine Fülle denkbarer Regeln, Schemata und verschiedener kognitiver Heuristiken, die einer Meinungs- oder Einstellungsäußerung zugrunde liegen können. Um denkbare Heuristiken für diese Arbeit identifizieren zu können, soll auf die Systematisierung von Tversky und Kahneman (1974) zurückgegriffen werden. Sie unterscheiden zwischen *Verfügbarkeits-*, *Repräsentativitäts-* und *Ankerheuristiken*. Nutzt ein Individuum eine *Verfügbarkeitsheuristik*, dann greift es auf Informationen zurück, die in seinem Gedächtnis besonders leicht zugänglich sind (Tversky/Kahneman 1974: 1127). Dies ist immer dann gegeben, wenn bestimmte Informationen erst vor kurzer Zeit oder besonders häufig verarbeitet wurden oder von besonders vertrauenswürdigen Quellen stammen (Wagner 2012: 93). Verfügbarkeitsheuristiken führen auf diese Weise zu systematischen Verzerrungen bei der Meinungsbildung, da die leicht verfügbaren Informationen nicht zwangsläufig deckungsgleich sind mit der Realität (Tversky/Kahneman 1974: 1127). Beispielsweise wird ein Bürger auf die Frage, ob in einem Land faire Löhne bezahlt werden, auf die Bewertung des eigenen Gehalts und der Gehälter in seinem persönlichen Umfeld zurückgreifen, wenn er nur wenige Informationen zu diesem Thema besitzt.

Eine weitere Kategorie kognitiver Heuristiken ist die *Repräsentativitätsheuristik*. Befragt zu einem bestimmten Thema, greift ein Individuum auf Informationen zu ähnlichen Themen oder Objekten zurück. In der Beurteilung eines relativ unbekanntem Sachverhalts kommen Erfahrungen, Bilder oder Vorurteile zum Tragen, die sich auf einen äquivalenten Sachverhalt beziehen. Die Verbindung zwischen dem eigentlichen Thema und seinem Stellvertreter beruht auf ähnlichen Eigenschaften und Kategorien oder gar auf Stereotypen (Wagner 2012: 94). Wird ein Individuum beispielsweise aufgefordert, einen bestimmten Politiker der Partei A zu bewerten, wird es nach der Repräsentativitätsheuristik vorhandene Stereotypen über diese Partei nutzen oder die Meinung über einen anderen, aber bekannteren Politiker der Partei A heranziehen.

---

<sup>22</sup> Eine Ausnahme bildet Kriesi (2005), der im Rahmen von direktdemokratischen Abstimmungen die systematische Methode der Informationsverarbeitung der heuristischen gegenüberstellt. Da Volksabstimmungen in der Schweiz auf eine konkrete politische Frage bezogen sind, ist die Annahme einer argumentbasierten Entscheidungsfindung plausibel.

Bei der *Anpassungsheuristik* geht man davon aus, dass ein Individuum sich bei der Beurteilung eines Themas an einem ihm bekannten Startpunkt orientiert. Die Informationen über den Startpunkt sind die Basis für einen Vergleich mit dem eigentlich gefragten Thema. Eine Einschätzung entsteht also in Bezug auf ein bekannteres Objekt, das als „Meinungsanker“ genutzt wird. Dabei entsteht eine Tendenz, die Beurteilung eines Objekts in Richtung des Startpunkts zu verzerren (Kinder 2006: 205; Simmons/LeBoeuf/Nelson 2010; Tversky/Kahneman 1974: 1128 f.; Wagner 2012: 94). Fragt man in einem Experiment beispielsweise, wie lange die Phase der Schwangerschaft eines Elefanten andauert, könnte der Befragte die menschliche Schwangerschaft als Startpunkt nehmen, um eine Schätzung abzugeben. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der Schätzwert in Richtung des Ankers verzerrt ist (Epley/Gilovich 2006: 313).

Bevor die theoretischen Grundlagen zur Informationsverarbeitung und Meinungsbildung auf die Frage der EU-Unterstützung übertragen werden, soll eine kurze Zusammenfassung erfolgen. Zallers allgemeines Modell der Meinungsbildung bildete zunächst den Rahmen für das Verständnis der Meinungs- und Einstellungsbildung. Dieses umfasst zahlreiche kognitive Schritte von der Informationsaufnahme und -speicherung über das Zusammenspiel zwischen vorhandenen und neuen Informationen bis zur letztlichen Meinungsäußerung zu einer bestimmten Frage. Mit Eagly und Chaikens Unterscheidung zwischen der systematischen und heuristischen Methode konnten zwei verschiedene Typen der Informationsverarbeitung und Meinungsäußerung näher spezifiziert werden, die nach Zallers Verfügbarkeits- und Antwortaxiom beide denkbar sind. Ausgehend von der Annahme, dass für die Meinungsbildung zu politischen Fragen vor allem die heuristische Methode realistisch ist, wurde abschließend die Systematisierung kognitiver Heuristiken durch Tversky und Kahneman eingeführt.

Der abschließende Teilschritt in diesem Abschnitt ist die Verbindung der zuvor diskutierten Besonderheiten des Einstellungsobjekts EU mit den kognitionspsychologischen Modellen. Auf diese Weise soll die Bedeutung kognitiver Heuristiken für die Meinungs- und Einstellungsbildung zur EU deutlich werden. Die Annahme, dass für politische Themen eine systematische Informationsverarbeitung eher unrealistisch ist, scheint bezogen auf die EU angesichts der Komplexität und der relativ großen Distanz zur Alltagswirklichkeit der Bürger besonders plausibel, wie zu Beginn dieses Abschnitts diskutiert wurde. Daher wurden in zahlreichen Beiträgen der EU-Unterstützungsforschung eine Fülle verschiedener

kognitiver Heuristiken diskutiert<sup>23</sup>. Auch Fuchs (2003) trägt diesem Zusammenhang in seinem ersten Unterstützungsmodell für die EU Rechnung. Sein Ansatz ist der Einschluss von Einstellungen gegenüber der nationalstaatlichen Ebene, da diese eindeutiger aufgebaut und relevanter für das Alltagsleben der Bürger ist (Fuchs 2003: 36). Wie zuvor dargestellt, sind die systemische und die demokratische Performanz Determinanten für die Unterstützung der EU. Fuchs unterstellt, dass die Determinanten wiederum durch Einstellungen zum nationalstaatlichen Regime beeinflusst werden (Fuchs 2003: 37). Die Bürger besitzen zu wenige Informationen und eine zu geringe Motivation, um zu einem eigenständigen systematischen Urteil über die Leistungsfähigkeit der EU zu kommen. Daher greifen sie auf entsprechende Informationen und Werturteile zur nationalen Ebene zurück, da diese mit einer höheren Wahrscheinlichkeit vorhanden sind und damit einen Ausweg aus dem Mangel an Informationen zur EU bieten. Nationalstaatliche Einstellungen dienen also als kognitive Heuristik für Einstellungen zur EU (Fuchs 2003: 37).

Wagner (2012: 99 f.) übernimmt für ihr EU-Unterstützungsmodell diese Grundannahme von Fuchs, spezifiziert diese jedoch in Bezug auf die Forschung zu kognitiven Heuristiken. Während Fuchs (2003: 34) allgemein von generalisierten nationalstaatlichen Einstellungen ausgeht, ordnet Wagner (2012: 100) jeder EU-Einstellung ein entsprechendes Gegenstück auf nationaler Ebene zu. Gefragt nach der systemischen Performanz der EU, wird der durchschnittliche Bürger dazu neigen, sein Wissen über die systemische Performanz des eigenen Nationalstaates zu nutzen, um auf die entsprechende Frage zur EU zu antworten. Äquivalent dazu wird die demokratische Performanzbewertung zur EU direkt von der Einschätzung zur nationalen demokratischen Performanz beeinflusst (Wagner 2012: 100). Gemäß der Systematisierung von Tversky und Kahneman (1974) handelt es sich hier also um eine Repräsentativitätsheuristik: Eine spezifische Einstellung zur EU wird mithilfe der äquivalenten Einstellung zum Nationalstaat gebildet<sup>24</sup>.

---

<sup>23</sup> Hierzu zählen unter anderem die Orientierung an den inhaltlichen Positionen zur EU der favorisierten nationalen Partei (siehe Ray 2003; Steenbergen/Edwards/Vries 2007; Steenbergen/Jones 2002), die Auswirkungen von Konsens oder Dissens der nationalen politischen Eliten zur EU (siehe Hooghe/Marks 2005) sowie – ähnlich der Annahmen in der vorliegenden Arbeit – Heuristiken über Einstellungen zu nationalen Institutionen (siehe Anderson 1998; Wagner 2012). Eine relativ neue Aufarbeitung der Literatur zu kognitiven Heuristiken im Zusammenhang mit EU Einstellungen liefern Maier/Adam/Maier 2012.

<sup>24</sup> Im Falle der egozentrischen systemischen Performanz, die in 2.3.2 eingeführt wurde, lässt sich ein vergleichbarer Zusammenhang nicht herstellen. Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass ein Bürger einen guten Kenntnisstand über seine persönliche Situation hat und daher nicht auf eine kognitive Heuristik zur Meinungsbildung zurückgreifen muss. Zum anderen erscheint es wenig plausibel, die persönliche Situation als Heuristik zur Einschätzung der gesellschaftsbezogenen Performanz der EU heranzuziehen, da repräsentativere Information wahrscheinlich zur Verfügung stehen.

Wagner (2012: 100) postuliert diesen heuristischen Zusammenhang jedoch nur für die Determinanten, nicht für die EU-Unterstützung selbst. Unterstützung habe einen allgemeineren Gehalt als Performanzeinstellungen, die sich auf spezifische Zusammenhänge beziehen. Es sei daher unwahrscheinlich, dass ein durchschnittlicher Bürger eine Performanzeinstellung gegenüber dem Nationalstaat als adäquate repräsentative Heuristik für eine Frage nach der EU-Unterstützung empfinde. Wagner postuliert folglich eine Wirkungskette: Spezifische Performanzeinstellungen zur EU werden mithilfe der äquivalenten Einstellung zum Nationalstaat gebildet. Die Performanzeinstellungen der EU determinieren EU-Unterstützung. Ein eigenständiger Effekt nationaler Einstellungen wird unwahrscheinlicher, je stärker die Heuristik genutzt wird. Nationalstaatliche Einstellungen können zwar einen direkten Effekt auf EU-Unterstützung haben, sind aber dann nicht als Heuristik zu interpretieren. So ist vorstellbar, dass bei positiver Beurteilung der Performanz des Nationalstaats auch die EU in einem positiveren Licht gesehen wird. Genauso ist denkbar, dass bestimmte politische Entscheidungen auf der EU-Ebene als ursächlich für positive Entwicklungen im eigenen Land wahrgenommen werden (Wagner 2012: 100).

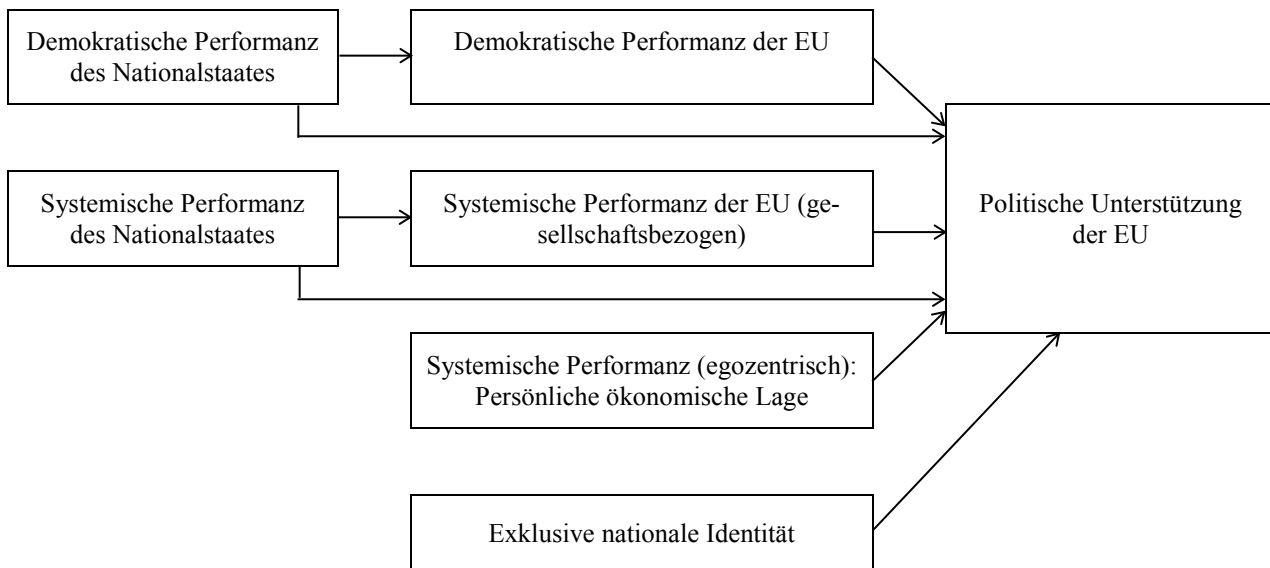
Das Konzept der Identität bleibt ebenfalls unberührt von der Frage der kognitiven Heuristiken: Die soziale Identität wird im Gegensatz zu den Performanzeinstellungen als eine affektive Einstellung verstanden. Sie basiert weniger auf konkreten Informationen, sondern auf Gefühlen und Emotionen (Wagner 2012: 99). Daher spielt hier Informations- oder Motivationsmangel als Voraussetzung für die Nutzung von Heuristiken keine Rolle.

In diesem Abschnitt sollten vor dem Hintergrund der Besonderheiten des Einstellungsobjekts EU grundlegende Prozesse der Meinungs- und Einstellungsbildung erörtert werden. Auf Basis der Theorie zur Meinungsbildung von Zaller und dem Konzept der kognitiven Heuristiken wurde anschließend diskutiert, inwieweit die einzelnen Determinanten des EU-Unterstützungsmodells von Fuchs (2003) anzupassen sind. Den Annahmen von Tversky/Kahneman (1974) und Wagner (2012) folgend wird angenommen, dass die systemische und die demokratische Performanz der EU jeweils von der äquivalenten Einstellung zum Nationalstaat determiniert werden. Diese Repräsentativitätsheuristik wird hingegen für die Frage der sozialen Identität nicht angenommen. Während sich die Argumentation in diesem Abschnitt vorrangig auf den Forschungsstand zur EU-Unterstützung vor der Schuldenkrise stützt, wird an späterer Stelle (3.4) die Rolle der kognitiven Heuristiken vor dem Hintergrund der europäischen Schuldenkrise erneut zu diskutieren sein.

### 2.3.5 Ein integriertes Modell der EU-Unterstützung

In diesem abschließenden Teil werden die Erkenntnisse der vorherigen Abschnitte zusammengeführt, um das finale theoretische Modell der EU-Unterstützung dieser Arbeit aufzustellen (Abbildung 2). Die Grundstruktur des theoretischen Modells folgt den Beiträgen von Dieter Fuchs (2002, 2003). Zunächst wurden die institutionellen Besonderheiten des politischen Regimes der EU im Vergleich zu einem nationalstaatlichen System erläutert. Insbesondere die starke Vermischung nationaler und europäischer Akteure auf EU-Ebene und die verglichen mit nationalstaatlichen Systemen geringe Legitimation verhindern eine vollständige Anwendung von Dieter Fuchs' Ebenenmodell des demokratischen Systems auf die EU (2.3.1).

Abbildung 2: Theoretisches Modell der EU-Unterstützung



Quelle: Eigene Darstellung

Fuchs' erstes Modell zur EU-Unterstützung (2003) ist der Startpunkt für die Modellbildung dieser Arbeit. Die abhängige Variable des theoretischen Modells ist die politische Unterstützung der EU. Diese wird direkt beeinflusst von mehreren Performanzeinstellungen, die aus dem nationalen Ebenenmodell übertragen wurden. Die **systemische Performanz der EU** wird vor allem als Wahrnehmung der ökonomischen Leistungsfähigkeit der EU verstanden. Diese Einstellung kann sich sowohl auf die gesamte Gesellschaft (gesellschaftsbezogen) als auch auf die eigene Situation (egozentrisch) beziehen, also der **Bewertung der persönlichen ökonomischen Lage**. Die Zufriedenheit mit den Politikergebnissen – im Falle der EU vorrangig der Wirtschaftspolitik – ist eine direkte Determinante der Unterstützung der EU. Die zweite Performanzeinstellung ist die **demokratische Performanz**

**der EU.** Sie drückt die Zufriedenheit mit der demokratischen Wirklichkeit der EU aus und unterstellt, dass die Bürger gewisse normative Erwartungen an die demokratische Qualität der EU besitzen, die sie als Maßstab zur Beurteilung anlegen (2.3.2).

Neben den Determinanten, die aus dem nationalen Ebenenmodell übernommen wurden, ergänzt Fuchs zwei weitere Konstrukte: Selbstbeschreibung als Europäer und Generalisierung nationalstaatlicher Einstellungen. Diese Konstrukte besitzen eine spezifische Relevanz für die Untersuchung der EU-Ebene wie in den Abschnitten 2.3.3 und 2.3.4 ausgeführt wurde. Vor dem Hintergrund des Forschungsstandes zur EU-Unterstützung ergeben sich einige Modifikationen im Vergleich zu Fuchs' Ursprungsmodell. Die Selbstbeschreibung als Europäer ist zu verstehen als die Identifikation eines Bürgers mit der politischen Gemeinschaft der EU. In der Unterstützungsforschung wird in diesem Zusammenhang häufig das Konzept der sozialen Identität aus der Sozialpsychologie herangezogen. Bürger können sich demnach mit mehreren Gruppen identifizieren, zu denen sie sich zugehörig fühlen. Die Relevanz der sozialen Identität für die EU-Unterstützung liegt im Legitimationsdefizit der EU begründet. Besitzt ein Bürger eine europäische Identität, ist er grundsätzlich eher dazu bereit, die EU auch unabhängig von konkreten Politikergebnissen zu unterstützen. Eine gemeinsame europäische Identität ist auch Voraussetzung für Solidarität mit anderen Mitgliedern der in-group „EU“. In der neueren EU-Unterstützungsforschung wird insbesondere das Verhältnis von nationaler und europäischer Identität diskutiert. Hierbei ist strittig, ob nationale und europäische Identität sich gegenseitig ausschließen oder grundsätzlich miteinander kompatibel sind. Es wurde festgestellt, dass die Verwendung verschiedener Definitionen von Identität und eine große Varianz der verwendeten Operationalisierungen zu sehr heterogenen empirischen Befunden geführt haben. Aus diesem Grunde wird das Konzept der kollektiven politischen Identität im Unterstützungsmodell dieser Arbeit auf den gemeinsamen Befund mehrerer Beiträge der Unterstützungsforschung fokussiert: Hiernach ist die **exklusive nationale Identität** entscheidend für die Unterstützung der EU. Lässt die Ausprägung der nationalen Identität keine Identifikation mit einer anderen oder größeren Gruppe zu oder wird die EU gar als Bedrohung empfunden, wird eine Unterstützung der EU unwahrscheinlicher.

Die zweite Anpassung des Unterstützungsmodells betrifft Einstellungen gegenüber dem Nationalstaat (2.3.4). Die EU ist verglichen mit dem Nationalstaat ein besonderes Einstellungsobjekt. Die Komplexität der institutionellen Struktur der EU und die Distanz europäischer Politik zum alltäglichen Leben der Bürger haben zur Folge, dass der durchschnittli-

che Bürger weniger Informationen zur EU als zur Politik auf nationaler Ebene besitzt und auch weniger motiviert ist, sich mit der europäischen Ebene zu beschäftigen. Aufgrund dieser Besonderheiten des Einstellungsobjekts EU wurden die kognitiven Prozesse der Einstellungsbildung und -veränderung genauer diskutiert. Die Grundannahmen in Zallers Modell der Meinungsbildung und eine Differenzierung zwischen systematischer und heuristischer Informationsverarbeitung führten zu der Annahme, dass Einstellungen zur EU mithilfe von **kognitiven Heuristiken** gebildet werden. Wagner (2012) entwickelte in ihrem Unterstützungsmodell diesen Aspekt weiter, den schon Fuchs mit der Generalisierung nationalstaatlicher Einstellungen eingeführt hatte. Es wird davon ausgegangen, dass die Bürger die spezifischen Einstellungen zur EU mithilfe von Informationen bilden, die sie aus äquivalenten Einstellungen zu ihrem nationalstaatlichen Regime ableiten. Die systemische Performanz der EU wird gemäß einer Repräsentativitätsheuristik durch die **systemische Performanz des Nationalstaats** determiniert. Äquivalent dazu wird die demokratische Performanz der EU direkt durch die **demokratische Performanz des Nationalstaats** beeinflusst<sup>25</sup>.

Im nächsten Kapitel sollen die europäischen Schuldenkrise und ihre politischen und ökonomischen Auswirkungen detailliert diskutiert werden. Dabei wird insbesondere ins Auge gefasst, in welcher Weise die Schuldenkrise und das politische Krisenmanagement für die Bürger in den einzelnen Ländern des Euro-Währungsraums relevant sind. Damit wird das Ziel verfolgt, die Annahmen des EU-Unterstützungsmodells anschließend erneut vor dem Hintergrund der Schuldenkrise zu diskutieren.

### 3. Die Schuldenkrise in der EU

Das Ereignis der Schuldenkrise und seine Auswirkungen auf die wirtschaftliche und politische Lage in der EU sowie deren Konsequenzen für die Einstellungen der Bürger stehen im Mittelpunkt dieses Kapitels. Bevor Konsequenzen der Schuldenkrise für die Einstellungen der Bürger abgeleitet werden können, sollen zunächst die ökonomischen Hintergründe der Schuldenkrise und das politische Krisenmanagement systematisiert werden. Hierzu wird in vier Schritten vorgegangen: (1) Zunächst soll auf ökonomische Fundamentaldaten

---

<sup>25</sup> Wagner (2012: 116 f.) führt zusätzlich Einstellungen des Institutionenvertrauens ein und ergänzt diese ebenfalls mit einer Repräsentativitätsheuristik der nationalen Ebene. Auf diese Ergänzung des Fuchs-Modells wird in dieser Arbeit verzichtet, da davon ausgegangen wird, dass grundsätzliches Vertrauen in EU-Institutionen eine enge Verwandtschaft mit EU-Unterstützung aufweist. Dem Anschein möglicher Tautologien im theoretischen Modell soll so vorgebeugt werden.

und volkswirtschaftliche Analysen zurückgegriffen werden, um die Ursachen und die Entwicklung der Krise verständlich zu machen. (2) Anschließend wird dargestellt, wie die europäische Politik auf die Schuldenkrise reagiert hat. Dabei wird diskutiert, welche inhaltlichen und institutionellen Probleme im Krisenmanagement für die Akteure auf europäischer und nationaler Ebene bestehen. (3) Nach der Darstellung der volkswirtschaftlichen Hintergründe und des politischen Krisenmanagements wird die Schuldenkrise aus der Perspektive der Bürger diskutiert. Dazu wird auf die Besonderheiten des öffentlichen Diskurses in den Medien hingewiesen. Anschließend werden drei inhaltliche Problemfelder identifiziert, die für die Bürger im Zusammenhang mit der Schuldenkrise relevant sind: Die persönliche Krisenbetroffenheit, die Veränderung politischer Prozesse in der Krise sowie die Solidarität zwischen den Bürgern in der Eurozone. (4) Die in der öffentlichen Debatte identifizierten Problemfelder werden abschließend mit den Einstellungskonstrukten aus dem theoretischen Modell verknüpft. Diese Herleitung der Konsequenzen der Schuldenkrise für die Einstellungen der Bürger dient als Vorlage für die empirische Analyse. Differenziert nach Krisenländern und Unterstützerländern werden allgemeine Erwartungen an die Entwicklung der Einstellungen der Bürger diskutiert, um eine länderspezifische Hypothesenbildung an späterer Stelle vorzubereiten.

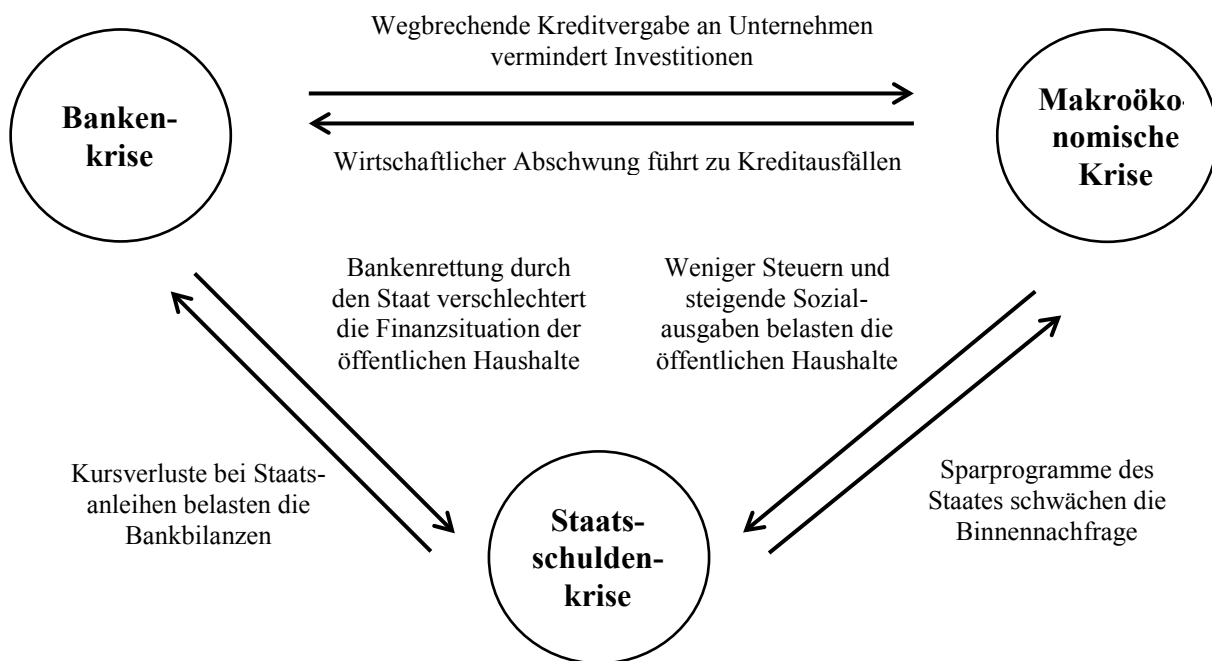
### 3.1 Die Ökonomie der Krise

Um die Schuldenkrise charakterisieren zu können, ist es notwendig, die verwendeten Krisenbegriffe genauer voneinander abzugrenzen, da eine Fülle von Begriffen in den Medien und akademischen Publikationen verwendet wird, die teilweise synonym verwendet werden, sich häufig jedoch auf unterschiedliche wirtschaftliche Phänomene beziehen. Bezogen auf die europäische Schuldenkrise seit dem Jahr 2010 gilt zudem, dass die Ursachen und das Ausmaß der Krise in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten erheblich voneinander abweichen. Um eine für diese Arbeit adäquate Perspektive auf die ökonomische Dimension der Krise in Europa zu gewinnen, soll zunächst die grundsätzliche **Problematik einer dreifachen wirtschaftlichen Krise** erläutert werden, die sich hinter den Schlagworten „Eurokrise“ und „Schuldenkrise“ verbirgt. Anschließend folgt die Beschreibung des zeitlichen Verlaufs sowie der länderspezifischen Ursachen.

Im dritten Jahr der Krise in der Eurozone zeichnen die volkswirtschaftlichen Analysen der Krisenursachen ein differenzierteres Bild als es Teile der politischen und akademischen

Debatte seit 2010 vermuten lassen (Armingeon/Baccaro 2012: 255; Illing/Jauch/Zabel 2012: 3). Shambaugh (2012) zufolge lässt sich die Krise nur teilweise auf die Entwicklung der Staatsschulden einzelner EU-Mitgliedsstaaten zurückführen. Vielmehr handelt es sich um ein Zusammenwirken von **Staatsschuldenkrise**, **Bankenkrise** und **makroökonomischer Krise**. Es werden also drei verschiedene Krisenherde identifiziert, die eng miteinander verbunden und je nach Land unterschiedlich stark ausgeprägt sind<sup>26</sup>.

**Abbildung 3: Das Trilemma der dreifachen ökonomischen Krise**



Quelle: Eigene Darstellung nach SVR (2012) und Shambaugh (2012)

Abbildung 3 beschreibt die Eurokrise als dreifache Krise und zeigt die fundamentalen Zusammenhänge der einzelnen Teilprobleme. Die einzelnen Volkswirtschaften der EU sind zwar nicht gleichermaßen von allen drei Krisenherden betroffen, die Zusammenhänge treffen jedoch auf den gesamten Euroraum zu (SVR 2012: 65). Der europäische Bankenmarkt ist seit der von den USA ausgehenden Finanzkrise im Jahr 2007 erheblich belastet. Hierbei ist anzumerken, dass die dreifache Krise im Euroraum zeitlich und substanziell von der

<sup>26</sup> Im folgenden Verlauf wird weiterhin von der europäischen Schuldenkrise gesprochen, da dieser Begriff in der öffentlichen und der akademischen Debatte am häufigsten verwendet wird. In der Systematik nach Shambaugh (2012) gehört zu dieser Krise der Krisenherd der „Staatsschuldenkrise“, welcher sich ausschließlich auf die Finanzierungsprobleme öffentlicher Haushalte bezieht.

weltweiten Finanzkrise zu unterscheiden ist<sup>27</sup>. Das Engagement vieler europäischer Bankinstitute am US-amerikanischen Hypothekenmarkt hat sich negativ auf die Bilanzrisiken ausgewirkt (Köhler/Weber 2013: 17). Zahlreiche europäische Staaten waren daher zwischen 2008 und 2010 gezwungen, Garantien und Bürgschaften bereitzustellen, um die Insolvenz von Bankinstituten zu vermeiden. Bankenrettende Maßnahmen durch den Staat belasten die öffentlichen Haushalte (Shambaugh 2012: 27 f.). Gleichzeitig hemmt die **Bankenkrise** die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft, da weniger Kredite durch die Banken bereitgestellt werden (SVR 2012: 64). Ohne Investitionen von Unternehmen greift die Bankenkrise auf die Realwirtschaft über. Bleiben Investitionen und damit Aufträge für Unternehmen aus, hat dies ein geringeres Wirtschaftswachstum zur Folge. Befindet sich eine Volkswirtschaft im Abschwung, werden wiederum auch Kreditausfälle wahrscheinlicher. So verstärken sich Banken- und **makroökonomische Krise** gegenseitig (Shambaugh 2012: 33).

Die Ausweitung der Staatsschulden in den einzelnen europäischen Ländern ist nicht nur durch die Bankenrettung bedingt. Eine geringere Wirtschaftsleistung geht normalerweise mit sinkenden Steuereinnahmen, höherer Arbeitslosigkeit und steigenden Sozialausgaben einher (SVR 2012: 70). Die kurzfristigen Effekte einer makroökonomischen Krise werden zusätzlich verstärkt durch längerfristige Probleme der Wettbewerbsfähigkeit in einigen europäischen Volkswirtschaften. Die Staatsschulden haben sich folglich über mehrere Jahre aufbauen können und sind durch die Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise gepaart mit der makroökonomischen Eintrübung in einen kritischen Bereich gestiegen (Armingeon/Baccaro 2012: 259; SVR 2011: 91, 2012: 64).

Die **Staatsschuldenkrise** verstärkt wiederum die Bankenkrise: Hohe Defizite der öffentlichen Haushalte führen zu Kursverlusten ihrer Staatsanleihen. Diese werden wiederum von Bankinstituten gehalten (Shambaugh 2012: 24 f.). Wird das Risiko eines staatlichen Zahlungsausfalls höher bewertet, wird die Refinanzierung der öffentlichen Schulden aufgrund steigender Zinsen teurer. Dadurch steigt der Druck, die staatlichen Defizite zu verringern. Hier zeigt sich die Wirkung der Staatsschuldenkrise auf die Realwirtschaft: Um das Vertrauen der Finanzmärkte zu erhöhen und so geringere Zinsen bezahlen zu müssen, besteht

---

<sup>27</sup> Die Finanzkrise war hauptsächlich eine Bankenkrise und ein verstärkender Faktor für die dreifache wirtschaftliche Krise in Europa. Dennoch sollte die Finanzkrise separat betrachtet werden, da die hier zu diskutierende Schuldenkrise auf ökonomische Probleme in den Krisenländern zurückzuführen ist, die zwar erst durch die Finanzkrise verstärkt und damit sichtbar wurden, jedoch nicht in ihr begründet liegen. Eine ausführliche Chronologie der weltweiten Finanzkrise und deren Folgen für die Realwirtschaft bieten Köhler und Weber (2013).

der Anreiz, fiskalpolitische Sparmaßnahmen zu beschließen. Die Binnennachfrage in einer Volkswirtschaft leidet unter derartigen Konsolidierungsprogrammen (Shambaugh 2012: 29).

Ohne eine zeitliche oder länderspezifische Zuordnung vorzunehmen, zeigt die Systematisierung der Eurokrise in drei wechselseitig zusammenhängende Krisenherde, dass das politische Krisenmanagement an mehreren Fronten gefordert war und ist. Es wird deutlich, dass Zielkonflikte nicht zu vermeiden sind. Vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Charakters der dreifachen Krise soll nun auf die länderspezifische Entwicklung eingegangen werden.

Den Kern der Staatsschuldenkrise bildet die Frage nach den Kosten der Finanzierung von Staatsschulden. Die Zinsen, die ein Staat für die Aufnahme neuer Kredite bezahlen muss, spiegeln das Vertrauen der Finanzmärkte in die Bonität des jeweiligen Staates wider. Steigende Rendite für Käufer von Staatsanleihen geht also mit einem höheren Ausfallrisiko einher. Grundsätzlich gelten Staatsanleihen als eine der sichersten Geldanlage (SVR 2011: 81). Von der Einführung des Euro im Jahr 2002 bis zur Mitte des Jahres 2008 variierten die Zinssätze für Anleihen der Euroländer<sup>28</sup> nur marginal (siehe Abbildung 4). Die Kosten der Finanzierung von Staatsschulden waren also relativ niedrig. Mit der amerikanischen Immobilienkrise und der resultierenden Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 änderte sich auf den Finanzmärkten ein grundsätzlicher Maßstab: Seither werden Ausfallrisiken aufgrund der enormen weltweiten Verluste auf Finanzmärkten und der realen Weltwirtschaft wesentlich strenger bewertet. Dies hatte im folgenden Verlauf Auswirkungen auf den Markt der Staatsanleihen (siehe Abbildung 4 sowie Hagen/Schuknecht/Wolswijk 2011).

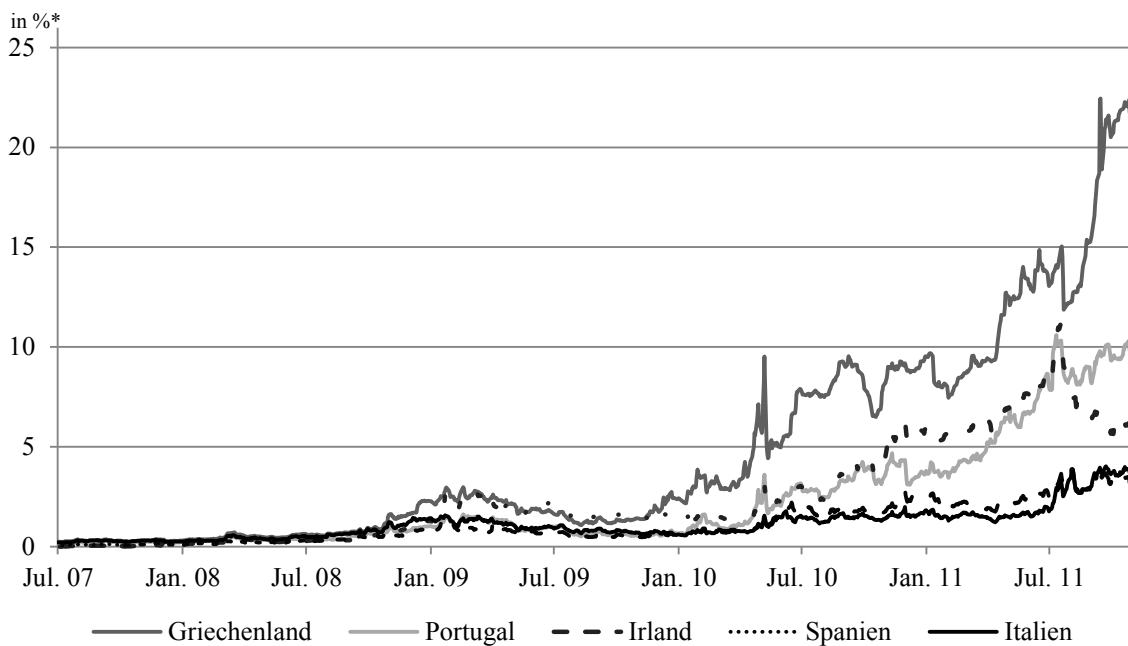
Die Schuldenkrise lässt sich bis zum Ende des Untersuchungszeitraums<sup>29</sup> in zwei Phasen einteilen: Zu ihrem Beginn war die Schuldenkrise ausschließlich auf Griechenland beschränkt. Dies änderte sich ab dem Jahresende 2010, als in kurzen Abständen Irland, Italien, Portugal und Spanien aufgrund einer Reihe von Ansteckungseffekten sowie eigener ökonomischer Probleme ebenfalls von der Krise erfasst wurden (SVR 2011: 79).

---

<sup>28</sup> Mit dem Begriff „Euroländer“ werden fortan alle Staaten gemeint, die Mitglieder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sind und den Euro als gemeinsames Zahlungsmittel eingeführt haben.

<sup>29</sup> Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit endet mit dem Herbst 2011. Damit ist die Verfügbarkeit aller volkswirtschaftlichen Kenndaten sowie der Umfragedaten vollständig gewährleistet. Siehe dazu Kapitel 4.1.

**Abbildung 4: Risikoaufschläge von Staatsanleihen ausgewählter Euroländer, Jul 2007 - Nov 2011**



\* Differenz der Rendite für Staatsanleihen des jeweiligen Landes mit zehnjähriger Laufzeit gegenüber deutschen Staatsanleihen. Eigene Darstellung nach SVR 2012. Quelle: Thomson Financial Datastream

Griechenland hatte in den ersten Jahren nach der Euro-Einführung eine positive Wirtschaftsentwicklung. Dies änderte sich mit der europaweiten Eintrübung der Konjunktur in 2009 durch die makroökonomischen Folgen der Finanzkrise (siehe Tabelle 1 und 2). Darüber hinaus löste im Oktober 2009 eine Bekanntgabe der neu gewählten griechischen Regierung einen Schock auf den Finanzmärkten aus: Die Vorgängerregierungen hatten über Jahre hinweg Statistiken über die griechische Staatsverschuldung gefälscht, auch die Defizitprognose für 2010 musste mehr als verdoppelt werden. Schon vor der Einführung des Euros wurden Statistiken verändert, um Aufnahmekriterien zu erfüllen (Armingeon/Baccaro 2012: 257; Bechtel/Hainmueller/Margalit 2012: 3; Lane 2012: 56). Die Ereignisse in Griechenland trugen dazu bei, dass auch die Ausfallrisiken anderer Staatsanleihen der Eurozone mit einem strengeren Maßstab beurteilt wurden (Arghyrou/Kontonikas 2012: 675 f.). Auf den Finanzmärkten hatte die Mitgliedschaft in der Eurozone ihren Nimbus der Stabilität verloren (Gibson/Hall/Tavlas 2012: 503 f.).

Die weltweite Finanzkrise und die Schuldenkrise in Griechenland sorgten dafür, dass auch Staatsanleihen im Euroraum von der größeren Risikoaversion auf den Finanzmärkten erfasst wurden. Während in Griechenland schon vor der weltweiten Finanzkrise jahrelang hohe Defizitquoten erzielt wurden, geriet Irlands Bonität erst wegen der nötig gewordenen Bankenrettung ins Visier der Finanzmärkte (Scharpf 2011: 21 f.). Aufgrund dieser Maß-

nahmen erhöhte sich der irische Staatsschuldenstand in 2009 und 2010 um mehr als das Doppelte<sup>30</sup>. In Folge dieser hohen Defizite stiegen die Zinssätze für irische Staatsanleihen bis Ende 2010 ebenfalls stark an. Portugal folgte zu Beginn des Jahres 2011 in den Kreis der Krisenländer. Trotz leichter Erholung der Konjunktur in 2010 betrug die Neuverschuldung knapp 10 Prozent des BIP. Die Platzierung von neuen Staatsanleihen war infolgedessen auch in Portugal mit steigenden Risikoaufschlägen verbunden, sodass die Refinanzierung der öffentlichen Hand teurer wurde.

**Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Marktpreisen ausgewählter Länder, Veränderung zum Vorjahr in Prozent**

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>EU-27</b>	3,3	3,2	0,3	-4,3	2,1	1,5
<b>Euroraum (17 Länder)</b>	3,2	2,9	0,4	-4,4	2,0	1,4
<b>Deutschland</b>	3,7	3,3	1,1	-5,1	4,2	3,0
<b>Frankreich</b>	2,5	2,3	-0,1	-3,1	1,7	1,7
<b>Irland</b>	5,4	5,4	-2,1	-5,5	-0,8	1,4
<b>Portugal</b>	1,4	2,4	0,0	-2,9	1,9	-1,6
<b>Griechenland</b>	5,5	3,5	-0,2	-3,1	-4,9	-7,1
<b>Italien</b>	2,2	1,7	-1,2	-5,5	1,8	0,4
<b>Spanien</b>	4,1	3,5	0,9	-3,7	-0,3	0,4

Eigene Darstellung. Datenquelle: Eurostat

Im Verlauf der Jahre 2010 und 2011 wurde die Schuldenkrise einzelner Länder zu einer Vertrauenskrise für den gesamten Euroraum. Es wuchs die Sorge, dass mit Spanien und Italien auch größere Volkswirtschaften von den krisenhaften Entwicklungen erfasst werden. Es wurde bezweifelt, dass mögliche Staatsinsolvenzen der beiden Länder von den Finanzmärkten verkraftet werden könnten (SVR 2011: 81). Obwohl Italien und Spanien weniger stark von der makroökonomischen Krise betroffen waren, wurde deren Bonität ab dem Sommer 2011 kritischer bewertet. Spaniens Schuldenstand war vor der Krise (2007: 36,2 Prozent des BIPs) relativ niedrig. Dennoch waren die Aussichten auf konjunkturelle Erholung gering, da sich das Wachstum in den Jahren zuvor vor allem auf den Immobilienboom gestützt hatte. Der Immobilienmarkt war nach Jahren der Überhitzung im Zuge der Finanzkrise jedoch eingebrochen (Scharpf 2011: 21). Ein Schock für die Realwirtschaft, aber auch für spanische Banken, die die heimischen Verluste mit Immobiliengeschäften verkraften mussten.

<sup>30</sup> Datentabellen zu Schuldenstand und Staatsdefizit sind im Anhang zu finden (Tabellen 8 und 9).

Eine gegenläufige Entwicklung konnte außerhalb der GIPSI-Staaten<sup>31</sup> festgestellt werden. So konnten die meisten Euroländer nach der starken Rezession 2009 in den beiden folgenden Jahren wieder positive Wachstumszahlen melden (siehe Tabelle 1). Bis Ende 2011 erreichte die jährliche Wirtschaftsleistung von beispielsweise Belgien, Frankreich und Deutschland wieder das Niveau vor der Finanzkrise. Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 2007 bis 2011 kann im gesamten Euroraum nur Deutschland eine positive Bilanz verzeichnen (siehe Tabelle 2). Die Entwicklung der Realwirtschaft zeigte sich in den meisten Euroländern bis Ende 2011 relativ unbeeindruckt von der Vertrauenskrise im Euroraum und der Sorge vor Staatspleiten größerer Volkswirtschaften wie Spanien und Italien.

**Tabelle 2: Arbeitslosenquote ausgewählter Länder in Prozent (Jahresdurchschnitt)**

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>EU-27</b>	8,3	7,2	7,1	9,0	9,7	9,6
<b>Euroraum (17 Länder)</b>	8,4	7,6	7,6	9,6	10,1	10,2
<b>Deutschland</b>	10,3	8,7	7,5	7,8	7,1	5,9
<b>Irland</b>	4,5	4,7	6,4	12,0	13,9	14,7
<b>Griechenland</b>	8,9	8,3	7,7	9,5	12,6	17,7
<b>Spanien</b>	8,5	8,3	11,3	18,0	20,1	21,7
<b>Frankreich</b>	9,2	8,4	7,8	9,5	9,7	9,6
<b>Italien</b>	6,8	6,1	6,7	7,8	8,4	8,4
<b>Portugal</b>	8,6	8,9	8,5	10,6	12,0	12,9

Eigene Darstellung. Datenquelle: Eurostat

Es wurde deutlich, dass die bis Ende 2011 betroffenen GIPSI-Staaten aufgrund unterschiedlicher Ursachen von der Schuldenkrise erfasst wurden: Konjunktureller Abschwung im Zuge der weltweiten Finanzkrise, Bankenrettung durch die öffentliche Hand oder Vertrauensverlust angesichts zunehmender Ansteckungsgefahren. In Anbetracht der Vielfalt der Krisenursachen zeigt sich, dass vor allem Griechenland aufgrund langjähriger, exzessiver Staatsverschuldung in die Schuldenkrise geraten ist, während Irland, Italien, Portugal und Spanien erst in Folge anderer Probleme betroffen waren (Armingeon/Baccaro 2012: 259; Illing/Jauch/Zabel 2012: 1). Die Resultate sind für alle Krisenländer vergleichbar: Steigende Refinanzierungskosten für die öffentliche Hand durch höhere Zinsen auf Staatsanleihen, starre Finanzmärkte und eine ungewisse Wachstumsperspektive mit hoher Ar-

<sup>31</sup> Diese Bezeichnung sammelt die akut von der Schuldenkrise betroffenen Staaten Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien (Shambaugh 2012: 2).

beitslosigkeit. Bis Ende 2011 waren damit fünf EU-Staaten im Trilemma der dreifachen Krise von Staatsschulden-, Banken- und Wachstumskrise angekommen. In ganz Europa wuchs die Sorge, dass weitere Volkswirtschaften von der Krisenentwicklung erfasst würden. Bis Ende 2011 konzentrierte sich die negative Entwicklung der Realwirtschaft aber vor allem auf die GIPSI-Staaten. Die Systematisierung der ökonomischen Dimension der Schuldenkrise ist Ausgangslage für die Diskussion des politischen Krisenmanagements, die im folgenden Abschnitt erfolgt.

### 3.2 Das politische Krisenmanagement

Mit der Einführung des gemeinsamen Währungsraums innerhalb der EU wurde der Handlungsbereich der Geldpolitik<sup>32</sup> von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen. Nationale Regierungen und Notenbanken hatten nicht mehr die Mittel der Geldmengensteuerung und der Veränderung des Wechselkurses der eigenen Währung zur Verfügung, um Wirtschaftspolitik zu betreiben. Während durch den europäischen Binnenmarkt bereits die Regulierung der Wirtschaftspolitik supranational geregelt wurde, verblieb den Euroländern einzig die Fiskalpolitik<sup>33</sup>, um Einfluss auf die Konjunktur nehmen zu können.

Die Einschränkung der nationalen Handlungsfähigkeit bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik führte zu zwei Problemen, die sowohl bei den Ursachen der Schuldenkrise als auch beim akuten Krisenmanagement seit 2010 offenbar werden. Bezogen auf die Ursachen der Krise lässt sich festhalten, dass die Euroländer trotz großer struktureller Unterschiede in den jeweiligen Volkswirtschaften einem einheitlichen Leitzins und naturgemäß einem einheitlichem Wechselkurs ausgesetzt waren (Fischer 2001: 10). Dies führte zu einer Überhitzung einiger südeuropäischer Volkswirtschaften, da Investitionen der Privatwirtschaft einfach und die Schuldenaufnahme nationaler Regierungen vergleichsweise günstig waren. Der Weg in die dreifache ökonomische Krise wurde so durch die Struktur der Eurozone eher befördert als verhindert<sup>34</sup>. Ökonomisch gebotene Strukturreformen zur Angleichung

---

<sup>32</sup> Geldpolitik meint alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen einer Notenbank. Zum Beispiel die Steuerung der in einer Volkswirtschaft vorhandenen Geldmenge oder die Festlegung eines Leitzinses.

<sup>33</sup> Fiskalpolitik meint alle wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates, die sich gegenüber der Wirtschaft und den Bürgern in Steuern und Staatsausgaben äußern.

<sup>34</sup> Hierbei soll auf die Theorie optimaler Währungsraume verwiesen werden (orig. *optimum currency area*). Die OCA-Theorie geht auf Robert A. Mundell (1961) zurück und postuliert dass innerhalb eines Währungsraums Freizügigkeit, Produktdiversifikation, Preis- und Lohnflexibilität, fiskalische Umverteilung und offener Handel nötig sind, um auf asymmetrische Schocks (starke Beeinträchtigungen nationaler Volkswirtschaften) zu reagieren beziehungsweise sie zu verhindern, da nicht das Mittel der nationalen Geldpolitik zur Verfügung steht um länderspezifisch in Krisensituationen zu handeln.

der Produktivität im Euroraum wurden angesichts der günstigen Wirtschaftsentwicklung in den Jahren vor der Krise nicht durchgeführt (SVR 2012: 72 f.).

Bezogen auf das akute Krisenmanagement wird ein vergleichbares Problem deutlich: In der Finanzkrise wurde Handlungsbedarf hinsichtlich der Kontrolle und Reformierbarkeit der Finanzmärkte festgestellt, doch steht die Überwachung des Bankensektors in nationaler Verantwortung gegenüber zunehmend international agierenden Finanzunternehmen (Pisani-Ferry 2012: 6). Ähnlich verhält es sich bei der Frage der Staatsschulden: Die (Re)Finanzierung der Staatsschulden obliegt ebenfalls der nationalen Politik, da trotz gemeinsamer Währung keine gemeinsamen europäischen Staatsanleihen ausgegeben werden können (Pisani-Ferry 2012: 4 ff.). Der makroökonomischen Krise lässt sich auf nationaler Ebene nur mit fiskalischen Mitteln begegnen, was, wie weiter oben dargestellt, automatisch mit Zielkonflikten bei der Steuerung der Staatsschulden verbunden ist. Um wirtschaftliche Gleichgewichte im Währungsraum herzustellen, sind die Euroländer also auf politische Entscheidungen der einzelnen Staaten angewiesen, die in erster Linie dem eigenen Wahlvolk verantwortlich sind und nicht dem Wohl des gesamten Währungsraum.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Struktur der Währungsunion die Krise mitverursacht hat, da die Kompetenzverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene keine Anreize für eine für einen Währungsraum gebotene Angleichung der nationalen Volkswirtschaften geschaffen hat. Hinsichtlich der Fähigkeit auf die drei Krisenherden der Schuldenkrise politisch reagieren zu können, wurde deutlich, dass die nationale Politik entweder zu wenig Reichweite besitzt oder Zielkonflikte entstehen, die eine rein nationale Lösung erschweren. Vor diesem Hintergrund sind die politischen Entscheidungsträger zweifach gefordert: Zum einen müssen sie akut auf die einzelnen Krisenherde reagieren, zum anderen sind sie gezwungen, über institutionelle Reformen unter dem Entscheidungsdruck einer Krisensituation nachzudenken.

Akuter Handlungsbedarf für die Politik entstand Ende April 2010, als Griechenland nach Monaten steigender Zinsen der Staatsanleihen offiziell die Hilfe von EU und IWF ersuchte, um sich weiter refinanzieren zu können. Die Euroländer und der IWF erklärten am 2. Mai 2010, der griechischen Regierung über bilaterale Kredite 110 Mrd. Euro bereitzustellen. Dieser Entschluss erfolgte formell außerhalb der EU-Institutionen, weil derartige Hilfsmaßnahmen in den EU-Verträgen nicht vorgesehen waren (De Grauwe 2010: 3). Da in der darauffolgenden Woche keine Entspannung auf den Märkten einkehrte und die Sorge wuchs, dass auch andere Euroländer Liquiditätsprobleme bekommen könnten, waren

die Regierungschefs im Europäischen Rat erneut unter Handlungsdruck. Am 9. Mai 2010 wurde die Einführung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) beschlossen. Über diese Zweckgesellschaft stellten EU-Kommission und die Euroländer Garantien von bis zu 440 Mrd. Euro bereit, die im Falle eines Staatsbankrotts an die Gläubiger der Krisenländer ausbezahlt würden. Die politischen Entscheidungsträger verfolgten mit der Schaffung der EFSF das Ziel, die Bonität der Krisenländer zu stärken und damit die Zinsen für Staatsanleihen wieder sinken zu lassen. Im November 2010 erhielt Irland ein Rettungspaket mit Garantien aus der EFSF und Krediten über EU-Kommission und IWF. Im Mai 2011 folgte Portugal als drittes Land, das Krisenhilfen in Anspruch genommen hat (SVR 2011. 86 ff.).

Trotz der Schaffung europäischer Rettungsinstitutionen als Garantie für die Stabilität in der gesamten Eurozone und trotz länderspezifischer Rettungspakete für Griechenland, Irland, und Portugal ist kein nachhaltiges Vertrauen der Finanzmärkte zurückgekehrt. Da einzelne Gipfelbeschlüsse im Europäischen Rat meist nur kurzfristige Wirkung zeigten, wurden die Rettungsmaßnahmen bis Ende 2011 kontinuierlich ausgebaut, um weitreichende Probleme durch unkontrollierte Staatsinsolvenzen zu vermeiden (Beckert/Streeck 2012: 8 f.). Ohne im Einzelnen auf die Gipfelbeschlüsse einzugehen<sup>35</sup>, ist festzustellen, dass diese über die Zeit eine qualitative Veränderung durchlaufen haben: Von einzelfallbehafteten, temporären Maßnahmen wie dem ersten Rettungspaket für Griechenland zu Entscheidungen mit dauerhaftem Charakter und immer größer werdenden Garantiesummen. So wurde der maximale Umfang der EFSF auf bis zu eine Billion Euro ausgeweitet. Darüber hinaus wurde im Mai 2011 die Einführung einer neuen Institution innerhalb des Euroraums beschlossen (SVR 2012: 98 ff.): Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist seit September 2012 dauerhaft für die Krisenbewältigung in der Eurozone zuständig. Zusätzlich gilt der völkerrechtlich verbindliche Fiskalpakt: Dieser regelt eine stärkere wirtschaftliche Koordination, um Ungleichgewichte zwischen den Euroländern zu minimieren und strenge Regeln zur Schuldenaufnahme in den nationalen Verfassungen zu verankern. Mit diesen Maßnahmen waren bis Ende 2011 erste Reformschritte auf den Weg gebracht worden, die eine stärkere fiskalpolitische Koordination in der Eurozone institutionalisieren. Spanien und Italien mussten bis Ende 2011 keine Rettungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Dennoch war die Befürchtung, auch größere Volkswirtschaften retten zu müssen, Motivation für den Ausbau der jeweiligen Reformbeschlüsse.

---

<sup>35</sup> Eine Chronologie des politischen Krisenmanagements bietet Tabelle 10 im Anhang.

Bedingung für die Rettungsmaßnahmen waren stets umfangreiche Anpassungsprogramme, die die nationalen Regierungen in Verhandlung mit EU, EZB und IWF vereinbart hatten. Die Regierungen Griechenlands, Irlands und Portugals mussten diese im Gegenzug für die Bereitstellung von Garantien und Krediten akzeptieren. Die Auszahlung von Kredittranchen im Verlaufe der vereinbarten Programme wurde fortwährend von der Umsetzung der verabredeten Konsolidierungsprogramme abhängig gemacht. Diese umfassten Sofortmaßnahmen wie Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen, jedoch auch mittel- und langfristige Reformen der Sozialsysteme sowie Entlassungen im öffentlichen Dienst. Der Umfang der Sparmaßnahmen und ihrer Auswirkungen auf die Bevölkerung lässt sich am „Financial Pain Index“ der Financial Times ablesen. So musste ein durchschnittlicher Haushalt in Griechenland allein in 2011 eine Minderung des Einkommens um 13,7 Prozent hinnehmen, in Irland waren es 6,7 Prozent (Gainsbury/Whiffin/Birkett 2011). Zwar erzielten die Programme kurzfristige Erfolge bei der Defizitreduzierung (siehe Tabelle 9 im Anhang). Neben den direkten negativen Effekten auf die Arbeitslosigkeit verschärften die Programme durch ihren restriktiven Charakter die makroökonomische Krise in den GIPSI-Staaten jedoch deutlich (siehe Tabelle 1). Auch Spanien und Italien entschlossen sich in Eigenregie zu vergleichbaren Anpassungsprogrammen, um dem Druck der Märkte entgegenzuwirken.

In diesem Abschnitt wurden zunächst die allgemeinen Probleme des politischen Krisenmanagements vor dem Hintergrund der dreifachen ökonomischen Krise im Euroraum erläutert. Dabei wurde deutlich, dass ein effektives Krisenmanagement innerhalb des gemeinsamen Währungsraums auf europäischer Ebene notwendig ist. Anschließend wurde das tatsächliche Krisenmanagement der Jahre 2010 und 2011 dargestellt. Wurden zunächst kurzfristige und temporäre Rettungsmaßnahmen durchgeführt, entstanden unter enormen Druck der Finanzmärkte im weiteren Verlauf zunehmend umfangreiche und dauerhaft angelegte Institutionen zur Reformierung des gemeinsamen Währungsraums. In den betroffenen GIPSI-Staaten waren kurzfristige Finanzierungshilfen stets mit umfangreichen Anpassungsprogrammen verbunden, die zwar übergangsweise für sinkende Zinsen auf Staatsanleihen sorgten, aber die Arbeitslosigkeit erhöht und die konjunkturelle Lage weiter eingetrübt haben.

### **3.3 Die Schuldenkrise aus der Perspektive der Bürger**

Nachdem die europäische Schuldenkrise sowohl in ihrem ökonomischen Charakter als auch hinsichtlich des politischen Krisenmanagements systematisiert wurde, sollen nun die potenziellen Folgen dieser Hintergründe für die Einstellungen der Bürger in den Euroländern abgeleitet werden. In Anlehnung an Zallers Modell zur Meinungsbildung wird davon ausgegangen, dass Botschaften in der über die Medien vermittelten öffentlichen Debatten eine entscheidende Rolle für potenzielle Veränderungen der Einstellungen der Bürger spielen (siehe 2.3.4). Daher soll zunächst auf die Besonderheiten der öffentlichen Debatten in den Euroländern verwiesen werden. Daran schließt sich die kritische Diskussion dreier Problemfelder der Schuldenkrise aus der Perspektive der Bürger an, die seit Ausbruch der Krise 2010 diskutiert wurden: Die persönliche ökonomische Betroffenheit durch die Krise, Folgen für die nationale und europäische Demokratie in der Krise sowie die Solidarität mit den europäischen Mitbürgern.

Die Schuldenkrise war in den Jahren 2010 und 2011 europaweit eines der meistdiskutierten Themen in den Medien (Sorge 2011). Allein in der ersten Jahreshälfte 2011 war die ökonomische Entwicklung in Krisenländern wie Griechenland und Portugal Thema in knapp 60 Prozent aller Fernsehnachrichtensendungen in zehn durch Media Tenor International (2011) untersuchten Ländern. Auch wenn bisher kaum systematisch vergleichbare Medieninhaltsanalysen zur Berichterstattung zur Schuldenkrise über einen längeren Zeitraum vorliegen, lassen sich einige exemplarische Eindrücke zusammenfassen: Die Öffentlichkeit wurde über die Medien intensiv mit Szenarien konfrontiert, die das Ende des Euro-Währungsraums diskutieren. Die Berichterstattung war dabei nicht selten von Katastrophenrhetorik oder Kriegsvokabular geprägt (Sorge 2011). Gerade Boulevardzeitungen wie die deutsche BILD-Zeitung oder die griechische Demokratia konstruieren die Schuldenkrise als einen Konflikt zwischen Ländern innerhalb des Euroraums. Dabei wird die Sinnhaftigkeit teurer Rettungspakete in Zweifel gezogen, indem kritisiert wird, dass deutsches Steuergeld für grundsätzliche Schwächen oder Versäumnisse südeuropäischer Länder eingesetzt wird (Bechtel/Hainmueller/Margalit 2012: 1).

Die Berichte in den GIPSI-Staaten konzentrieren sich vornehmlich auf die nationalen Konsolidierungsprogramme und deren Auswirkungen auf gesellschaftliche Gruppen oder einzelne Bürger sowie auf das europäische Krisenmanagement; die Diskussion der ökonomischen Ursachen der Krisen steht eher im Hintergrund (Kavanagh 2012). Die Schuldenkrise als europäisches Thema wird innerhalb nationaler Öffentlichkeiten immer auch aus der

nationalen Perspektive dargestellt<sup>36</sup>. Während in Ländern wie Frankreich und Deutschland, die bis Ende 2011 kaum von der Schuldenkrise betroffen waren, die zahlreichen Vorschläge zu Rettungsmaßnahmen für die Stabilität des Euroraums diskutiert wurden, stehen in den Krisenländern die Sparprogramme im Mittelpunkt der Debatte. Da diese zur Bedingung für Garantien und Kredite gemacht wurden, wurde in den GIPSI-Staaten auch Kritik an größeren Volkswirtschaften wie Deutschland laut, die eine hervorgehobene Rolle in den Verhandlungen gespielt haben. Angesichts des Ausmaßes der Sparprogramme in den GIPSI-Staaten kam es seit 2010 zu mehreren Streiks, Demonstrationen und sogar Krawallen. Dabei richteten sich die Proteste nicht nur gegen die eigenen Regierungen, sondern teilweise auch gegen die deutsche Rolle im politischen Krisenmanagement. Bilder brennender Deutschland-Flaggen und Darstellungen der deutschen Bundeskanzlerin in Uniformen des dritten Reichs, die vereinzelt bei Demonstrationen in Griechenland festzustellen waren, wurden in ganz Europa verbreitet (Daily Mail 2012). Diese exponierten Bilder aus Demonstrationen können zwar nicht stellvertretend für das allgemeine Meinungsklima in Griechenland oder anderen GIPSI-Staaten herangezogen werden, doch zeigen sie die Extrempunkte einer zunehmend aufgeheizten Debatte innerhalb Europas.

Die Schuldenkrise und die damit verbundene politische und ökonomische Entwicklung waren 2010 und 2011 sehr präsent in der öffentlichen Debatte. Es ist daher davon auszugehen, dass die in der Medienberichterstattung diskutierten Fragen die Meinungen und Einstellungen der Bürger nicht unberührt gelassen haben. Darüber hinaus sind zahlreiche Bürger in den Krisenländern direkt von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise betroffen. Um potenzielle Konsequenzen der Schuldenkrise für die Einstellungen der Bürger zur EU abzuleiten, sollen nun drei Problemfelder diskutiert werden, die seit Ausbruch der Krise 2010 im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten standen: Die **persönliche ökonomische Betroffenheit** durch die Krise, Folgen für die **nationale und europäische Demokratie in der Krise** sowie die **Solidarität mit den europäischen Mitbürgern**.

Die Schuldenkrise hat die Bürger in den Jahren 2010 und 2011 sehr unterschiedlich getroffen. In den meisten Euroländern waren keine unmittelbaren negativen Folgen für die Bürger zu spüren. Die Konjunktur war zwar in ganz Europa im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2009 stark eingebrochen. Zahlreiche Volkswirtschaften konnten sich jedoch innerhalb von zwei Jahren wieder weitgehend erholen. Auch die finanziellen Mittel für die Rettungspake-

---

<sup>36</sup> Für eine allgemeine Erläuterung dieses Phänomens in der Medienberichterstattung über internationale Ereignisse siehe Clausen (2004).

te, für die die Euroländer in der EFSF garantierten, führten bis Ende 2011 nicht zu Einsparungen in den Staatshaushalten der Gläubigerstaaten.

Ein dazu völlig konträres Bild ergibt sich für die Bürger in den GIPSI-Staaten. Griechenland, Irland und Portugal mussten im Gegenzug für Kredite und Garantien der Euroländer und des IWF umfangreiche Sparprogramme umsetzen. Auch Spanien und Italien setzten vergleichbare Programme um – auch um die offizielle Inanspruchnahme eines Rettungspakets zu vermeiden. Die Programme setzten ausschließlich am Krisenherd der Staatsverschuldung an, um kurzfristige Erfolge bei der Neuverschuldung zu erreichen (Scharpf 2012: 24). Die Bürger der GIPSI-Staaten mussten so innerhalb von zwei Jahren zahlreiche Einzelentscheidungen akzeptieren: Steuererhöhungen, Kürzung von Staatsausgaben, Reduzierung von sozialen Leistungen, Absenkung der Renten sowie die Erhöhung des Rentenalters (Armingeon/Baccaro 2012: 263 ff.; Scharpf 2011: 24 f.). In Griechenland wurde zudem entschieden, zehntausende Stellen im öffentlichen Sektor abzubauen. Die beschlossenen griechischen Sparprogramme hatten bis Ende 2011 einen Umfang von 16 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung angenommen. Neben den direkten Auswirkungen, die besonders für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und Leistungsempfänger der Sozialsysteme spürbar waren, sorgten die Sparprogramme in den GIPSI-Staaten zusätzlich dafür, dass das BIP nicht durch den allgemeinen Erholungstrend in der EU erfasst wurde, sondern stagnierte oder weiter einbrach. Angesichts der zunehmenden Proteste der Bevölkerung und hoher Arbeitslosigkeit warnten Analysten des IWF davor, die sozialen Kosten der Sparprogramme nicht weiter zu erhöhen (Malkoutzis 2011: 2; Pop 2012).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bürger der EU sehr unterschiedlich von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise getroffen wurden. Während die Bürger in den GIPSI-Staaten bis Ende 2011 mit mehreren umfangreichen Sparprogrammen, daraus resultierenden Lohnkürzungen und hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert waren, blieb die Schuldenkrise in den meisten Gläubigerstaaten der EU ohne spürbaren Einfluss auf die wirtschaftliche Lage. Zum Ende des Untersuchungszeitraums 2011 herrschte sowohl in den GIPSI-Staaten als auch im Rest der Euroländer eine große Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Schuldenkrise, auch angesichts der sehr intensiven Medienberichterstattung über Szenarien, die das Auseinanderbrechen des Euros oder sogar der EU thematisierten.

Ein zweites Problemfeld in der öffentlichen Debatte war die Veränderung der politischen Prozesse auf nationaler und europäischer Ebene, die sich im Zuge des politischen Krisenmanagements gezeigt haben. Denn nicht nur über die Inhalte des Krisenmanagements wur-

de intensiv diskutiert, sondern auch darüber, wie Rettungspakete und Sparprogramme politisch entstanden und legitimiert worden sind. Um bei der (Re-)Finanzierung der Staatsschulden von Garantien und Krediten der anderen Euroländer profitieren zu können, mussten die Regierungen Griechenlands, Irlands und Portugals jeweils Reformprogramme akzeptieren, die von Vertretern der EU-Kommission, des IWF und der EZB entworfen wurden. Die Staats- und Regierungschefs sowie der Ecofin-Rat der Euro-Finanzminister machten die Verabschiedung der Konsolidierungsprogramme zur Bedingung für Garantien aus der EFSF oder bilaterale Kredite. Die nationalen Regierungen der Krisenländer verfügten so über geringe Handlungsspielräume und waren gezwungen, die zuvor erläuterten Maßnahmen auch in den nationalen Parlamenten beschließen zu lassen (Scharpf 2011: 25 ff.).

Für die Bürger der betroffenen Krisenländer wurde diese Alternativlosigkeit auch im Zusammenhang mit nationalen Wahlen deutlich. Nach dem Rücktritt des portugiesischen Ministerpräsidenten Sócrates im März 2011 wegen einer gescheiterten Abstimmung über ein Sparprogramm forderten Vertreter von EU und IWF alle im Wahlkampf antretenden größeren Parteien auf, den Bedingungen des Rettungspaketes für Portugal zuzustimmen. Obwohl die Krisenpolitik das wichtigste Wahlkampfthema war, hatten die Bürger in dieser sie beschäftigenden Frage keine wirkliche Alternative, da die zur Wahl stehenden Kräfte dahingehend kaum zu unterscheiden waren. Derartiger internationaler Druck baute sich ebenfalls im November 2011 in Griechenland auf, als mit Lucas Papademos ein technokratischer Premierminister ins Amt kam, der von einer Regierung der nationalen Einheit getragen wurde, um die mit den internationalen Geldgebern vereinbarten Sparprogramme umzusetzen. Auch in Italien kam unter der Führung des früheren EU-Kommissars Mario Monti eine technokratische Regierung ins Amt, die trotz Verzicht auf formale Hilfen aus der EFSF die Konsolidierung der italienischen Volkswirtschaft auf ihre Agenda setzte (Armingeon/Baccaro 2012: 267). Für die Bürger in den GIPSI-Staaten hatte die Krisenpolitik vermutlich deutliche Auswirkungen auf die Wahrnehmung der nationalen Demokratie. Zum international geforderten Sparkurs bot sich keine Alternative, die über eine nationale Wahl erreichbar gewesen wäre. Ungeachtet von Wahlen und anschließenden Regierungswechseln wurde die Politik der Defizitreduzierung durchgesetzt (Scharpf 2011: 25 ff., 2012: 23 ff.).

Die Parlamente anderer Euroländer waren in den Jahren 2010 und 2011 ebenfalls einer faktischen Alternativlosigkeit ausgesetzt. Zahlreiche Entscheidungen im Krisenmanagement wurden auf Gipfeltreffen des Europäischen Rats gefällt und sollten möglichst kurz-

fristig durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden, um die tatsächliche Wirksamkeit der Beschlüsse gegenüber den Finanzmärkten zu beweisen. Die in vielen Fragen der Finanz- und Haushaltspolitik souveränen nationalen Institutionen mussten Gesetze beschließen, die auf europäischer Ebene ihren Ursprung fanden. Durch die Kurzfristigkeit der Entscheidungen wurde daher mehrfach kritisiert, dass die Erörterung von Alternativen im Rahmen der nationalen Parlamente kaum noch möglich war. Insgesamt zeigt sich, dass die Bedeutung der nationalen Institutionen in der Schuldenkrise abgenommen hat. Zunehmend empfundene Alternativlosigkeit könnte dazu führen, dass die Bürger mit den nationalen Institutionen immer weniger zufrieden sind (Armingeon/Baccaro 2012: 268).

In der Beurteilung des politischen Krisenmanagements wird deutlich, dass die Kritik am Demokratiedefizit der EU in der Schuldenkrise eine ganz neue Relevanz erfährt. Das Krisenmanagement wird durch Institutionen der Exekutive getragen. Kommission und beide Räte bestimmen die Krisenagenda und dominieren sogar die von der nationalen Ebene zu beschließenden Anpassungsprogramme. Das Europäische Parlament spielte erst bei den Initiativen zur Reformierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie beim Fiskalpakt eine Rolle, bei den ersten Rettungspaketen sowie in Bezug auf die EFSF hatte das Parlament keine formellen Kompetenzen (EFSF 2012: 3). Folgt man der Argumentation, dass mit gesteigener politischer Relevanz der EU-Ebene auch eine input-orientierte Legitimation erfolgen müsse, wird die Tragweite des Demokratiedefizits in der Schuldenkrise besonders deutlich<sup>37</sup>. Die Bürger der Krisenländer sehen weder auf nationaler noch europäischer Ebene eine Möglichkeit der politischen Mitbestimmung: zum einen wegen der alternativlosen Dominanz der Sparpolitik auf nationaler Ebene, zum anderen wegen der fehlenden direkten Legitimation auf europäischer Ebene.

Ein drittes Problemfeld in der öffentlichen Debatte ist die Frage der Solidarität zwischen den EU-Bürgern in der Schuldenkrise. Solidarität zwischen den Bürgern der EU beziehungsweise der Euroländer wird im Zuge der Schuldenkrise erstmals umfänglich eingefordert. Die Bereitschaft politische Rettungsmaßnahmen zu unterstützen, die potenziell kostspielig sind, aber für das Wohl der Mitbürger in den Krisenländern als notwendig erachtet werden, wird letztlich durch die Solidarität determiniert. Der Umfang der eingeforderten Solidarität wird im Vergleich mit den regulären Zahlungen der Nationalstaaten an die EU deutlich, beispielsweise für die regionale Wirtschaftsförderung. Selbst Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU musste in 2009 nur 6,4 Milliarden Euro an Nettozahlungen

---

<sup>37</sup> Siehe für die Diskussion über das Verhältnis von Legitimation und europäischer Integration Kapitel 2.3.3.

leisten. Gegenüber den wiederkehrenden Debatten um die Ausweitung der Rettungsschirme in der Schuldenkrise erscheint der bisherige Umfang innereuropäischer Umverteilung eher gering (Heinen 2011). Aus der Perspektive der Bürger in den Krisenländern stellt sich die Frage, inwieweit sie bereit sind, die Solidarität der europäischen Nachbarn anzunehmen. Angesichts der häufig in nationaler Perspektive geführten Debatten zur Schuldenkrise und einer stark geteilten öffentlichen Meinung zu den Rettungspaketen (Bechtel/Hainmueller/Margalit 2012: 2; Shore 2012: 8), ist es zumindest langfristig fraglich, ob die Bürger ausreichend solidarisch sind, um das Krisenmanagement, den Euro als Währung und letztlich auch die EU weiter zu unterstützen.

In diesem Abschnitt wurde die Schuldenkrise aus der Perspektive der Bürger diskutiert. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung und des politischen Krisenmanagements wurden drei Problemfelder identifiziert, die in der öffentlichen Debatte eine Rolle gespielt haben: Die persönliche ökonomische Betroffenheit durch die Krise, Folgen für die nationale und europäische Demokratie sowie die Solidarität mit den europäischen Mitbürgern. Innerhalb des Untersuchungszeitraums bis Ende des Jahres 2011 waren vor allem die Bürger der sogenannten GIPSI-Staaten von den ökonomischen Auswirkungen der Schuldenkrise betroffen, während die Bürger in den restlichen Euroländern keine unmittelbare ökonomischen Folgen zu spüren hatten. Bezogen auf die politischen Prozesse im Krisenmanagement wurde deutlich, dass die Bürger in den Krisenländern einer von den europäischen Nachbarn dominierten Sparpolitik ausgesetzt waren, die sie auch über nationale Wahlen nicht beeinflussen konnten. Die gestiegene Bedeutung der europäischen Ebene in der Bewältigung der Schuldenkrise hat zudem die fehlende unmittelbare Legitimation der in der Krise verantwortlichen EU-Institutionen deutlich gemacht. Das EP ist überdies erst im Zuge der Beratungen über institutionelle Reformen der Eurozone einbezogen worden, nicht aber in der akuten Krisenpolitik bis Mitte des Jahres 2011. Als drittes Problemfeld ist die Solidarität zwischen den EU-Bürgern identifiziert worden. Die Rettungspolitik fordert erstmals die Bereitschaft zur gegenseitigen Solidarität innerhalb der EU heraus. Die stark aus nationaler Perspektive geführten öffentlichen Debatten konterkarieren die notwendige Bereitschaft zur Solidarität in der Krise.

Die diskutierten Problemfelder sind für die Bürger in den verschiedenen Euroländern unterschiedlich relevant. Es wird daher jeweils zwischen Krisen- und Unterstützerländern differenziert. Die sogenannten GIPSI-Staaten wurden der ersten Kategorie zugeordnet, da sie entweder auf Rettungspakete angewiesen waren (Griechenland, Irland, Portugal) oder

umfangreiche Sparprogramme ohne Inanspruchnahme internationaler Hilfen umgesetzt haben (Italien, Spanien). Die weiteren Euroländer haben insbesondere in der Rolle als Gläubiger innerhalb des Krisenmanagements Position bezogen und werden daher als Unterstützerländer bezeichnet. Die Unterscheidung zwischen Bürgern in Krisen- und in Unterstützerländern ist für die Ableitung von allgemeinen Konsequenzen für die Einstellungen zur EU hilfreich, die im nächsten Abschnitt vorgenommen wird.

### **3.4 Konsequenzen für die Einstellungen der Bürger**

In diesem abschließenden Kapitel sollen die diskutierten Problemfelder der öffentlichen Debatten zur Schuldenkrise mit den im theoretischen Modell dieser Arbeit eingeführten Einstellungen verknüpft und allgemeine Annahmen für Bürger in Krisen- und Unterstützerstaaten abgeleitet werden. Dabei wird in zwei Schritten vorgegangen: (1) Zunächst sollen mithilfe des Forschungsstandes zu wirtschaftlichen Krisen allgemeine Befunde zu deren Einfluss auf politische Einstellungen diskutiert werden. (2) Vor dem Hintergrund der europäischen Schuldenkrise und ihrer Folgen erfolgt anschließend eine erneute Diskussion der Annahmen des theoretischen Modells zur EU-Unterstützung.

Die EU wurde mit der Schuldenkrise erstmals von einem Ereignis getroffen, das in seinem wirtschaftlichen Umfang nicht mit dem Verlauf konventioneller Konjunkturzyklen erklärt werden kann. Außerdem hatte die Schuldenkrise eine Diskussion über die institutionelle Zukunft der europäischen Integration zur Folge. Die Annahmen der EU-Unterstützungsforschung, die dem theoretischen Modell zugrunde liegen, konnten daher bisher nicht vor dem Hintergrund schwerer und länderübergreifender Krisenerfahrungen geprüft werden. Daher sollen zusätzlich empirische Befunde zu schweren wirtschaftlichen Krisen in anderen Regionen und Ländern berücksichtigt werden.

Es existieren nur wenige Studien, die politische Einstellungen im Zusammenhang mit schweren wirtschaftlichen Krisen untersuchen. Gerade der Kreis der OECD-Staaten, der für einen Vergleich am nächsten liegt, ist in den letzten 50 Jahren nur sehr selten von wirtschaftlichen Krisen betroffen gewesen, die über mehrere Jahre die Substanz nationaler Volkswirtschaften bedroht haben (Dalton 2004: 127). Doch selbst kurzfristige Phasen der Rezession schlagen sich in der Entwicklung politischer Einstellungen nieder. Gerade in Bezug auf die Unterstützung von politischen Entscheidungsträgern wird ein Zusammenhang mit der ökonomischen Lage deutlich (siehe exemplarisch Clarke/Dutt/Kornberg

1993; Finkel/Muller/Seligson 1989; Stevenson/Wolfers 2011). Dass die ökonomische Bilanz in der Beurteilung einer Regierung eine Rolle spielt und in der Folge auch deren Wiederwahl beeinflussen kann, gehört zu den zentralen Prämissen des „economic voting“ (siehe Lewis-Beck/Stegmaier 2000; Nadeau/Lewis-Beck/Bélanger 2012). Deutliche Zusammenhänge zwischen systemischer Performanzeinstellungen und politischer Unterstützung konnten ausschließlich in Bezug auf die politischen Entscheidungsträger festgestellt werden. Damit ist unter Rückgriff auf Fuchs‘ Ebenenmodell nur die Prozessebene betroffen. In Übereinstimmung mit den Annahmen der Theorien Eastons und Fuchs‘ bleibt die grundsätzliche Unterstützung des Regimes und der demokratischen Prinzipien unberührt, sofern diese vor der Rezession schon auf einem hohen Niveau vorhanden war. Ein Rückgang der Regime- und Demokratieunterstützung ist erst dann zu erwarten, wenn es zu einer Generalisierung der negativen Erfahrungen mit der systemischen Performanz kommt. Dazu müsste eine Wirtschaftskrise aber sehr weitreichend und vor allem andauernd sein (Dalton 2004: 127). Dieser Effekt konnte in der Wirtschafts- und Währungskrise in Argentinien Anfang der 2000er Jahre nachvollzogen werden (Herzog 2011: 67 ff.). Die Unterstützung für die politischen Entscheidungsträger und das demokratische Regime brach in der Krise deutlich ein. Die Bindung an demokratische Werte veränderte sich kaum. In einer weiteren Studie in mehreren lateinamerikanischen Staaten nahm die Unterstützung auf Kulturebene sogar zu (Graham/Sukhtankar 2004: 370). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Auswirkungen von wirtschaftlichen Krisen auf die politische Unterstützung für den nationalstaatlichen Rahmen mehrfach nachgewiesen werden konnten. Das Ausmaß und die Dauer der jeweiligen Krisenereignisse determiniert, inwieweit sich die politische Unterstützung verändert und auf welche Ebene sich diese auswirken.

Die europäische Schuldenkrise unterscheidet sich aus drei Gründen von den erwähnten Untersuchungsfällen: Zunächst sind mehrere Länder innerhalb der EU unterschiedlich stark von der Krise betroffen. Zudem sind die Krisenursachen sowohl in einzelnen Ländern als auch in der institutionellen Struktur der EU zu verorten. Drittens ist die Schuldenkrise selbst keine reine Wirtschaftskrise. Denn sie stellt auch das Krisenmanagement im Mehrebenensystem EU auf die Probe, das in seiner Konstruktion nicht auf die Bewältigung von drohenden Staatsinsolvenzen in einem gemeinsamen Währungsraum vorbereitet war (siehe Kapitel 3.2). Zu dieser politischen Dimension gehört, dass die politischen Rettungsmaßnahmen erstmals konkrete Solidarität zwischen den Bürgern der einzelnen Mitgliedsstaaten nötig gemacht haben. Es ist daher zu erwarten, dass das Niveau der EU-Unterstützung sich im Zuge der Schuldenkrise nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen

Auswirkungen verändert hat, sondern dass auch die Einstellungen zu demokratischer Performanz und Identität ausschlaggebend waren. Die angenommenen Konsequenzen für den Einfluss der einzelnen Determinanten auf die EU-Unterstützung wird im Folgenden nacheinander diskutiert.

Der Einschluss von kognitiven Heuristiken in das EU-Unterstützungsmodell dieser Arbeit impliziert, dass die Bürger aufgrund der Komplexität der EU und ihrer Distanz zur Lebenswirklichkeit nur wenige Informationen zur EU besitzen und auch nur ein relativ geringes Interesse an dieser politischen Ebene haben. Dieser Zusammenhang war bisher auch weitgehend in den Beiträgen zur EU-Unterstützungsforschung vertreten worden. Eine Veränderung dieses Zusammenhangs hat unmittelbare Auswirkungen auf die Relevanz der kognitiven Heuristiken. Fuchs (2011a) wendet in diesem Zusammenhang Zallers Modell der Meinungsbildung für den EU-Kontext an und ergänzt es um zusätzliche Faktoren. Er ergänzt unter anderem *kritische Ereignisse*, die das Potenzial besitzen, den Prozess der Verarbeitung von Informationen zur EU und damit auch die Einstellungen zur EU grundlegend zu verändern (Fuchs 2011a: 48). Die Schuldenkrise und ihre Folgen haben in den öffentlichen Debatten einen großen Raum eingenommen. Erstmals sind die Auswirkungen europäischer Politik für viele Bürger direkt spürbar (Lobo/Lewis-Beck 2012: 522; Scharpf 2012: 25). Es kann davon ausgegangen werden, dass die Schuldenkrise die europäische Politik salienter gemacht hat und sie das Potenzial besitzt, ein relevantes *kritisches Ereignis* für die Einstellungen zur EU zu sein.

Unter dieser Annahme ist fraglich, inwieweit die Performanzeinstellungen zur EU weiterhin über die Heuristik der nationalen Einstellungen gebildet werden. Gemäß den Argumenten Wagners (2012: 100) erhöht eine geringere Bedeutung der kognitiven Heuristik die Wahrscheinlichkeit, dass nationalstaatliche Einstellungen einen unabhängigen, eigenständigen Einfluss auf EU-Unterstützung erhalten. In der Schuldenkrise ist es beispielsweise plausibel anzunehmen, dass die Bürger einen direkten Zusammenhang zwischen der nationalen ökonomischen Lage und der europäischen Schuldenkrise wahrnehmen. Daher wird zu beachten sein, ob die Performanzeinstellungen gegenüber der nationalstaatlichen Ebene in der Krise einen unabhängigen Effekt auf die EU-Unterstützung haben und damit die Bedeutung kognitiver Heuristiken im Zuge der Schuldenkrise abgenommen hat. In der länderspezifischen Hypothesenbildung wird zu differenzieren sein, inwieweit ein Land von der Schuldenkrise wirtschaftlich betroffen war.

Die Diskussion zur persönlichen ökonomischen Betroffenheit durch die Schuldenkrise (siehe Abschnitt 3.3) macht eine weitere potenzielle Konsequenz für die Einstellungen der Bürger deutlich. In der jüngeren EU-Unterstützungsforschung wurde die systemische Performanz hauptsächlich in soziotropischer Perspektive verwandt, das heißt, auf die ökonomische Lage der EU oder der nationalen Ebene bezogen (Hooghe/Marks 2005: 427 f.). In den wenigen Studien zur EU-Unterstützung konnten empirisch kaum Einflüsse der persönlichen ökonomischen Situation festgestellt werden (bspw. Mau 2005; Rohrschneider 2002). Zwar wird die Einstellung im vorliegenden EU-Unterstützungsmodell als Determinante formuliert. Gegen die Verwendung dieser Einstellung lässt sich aber ein theoretisches Argument vorbringen: Vor dem Hintergrund der Überlegungen der Verfügbarkeits- und der Repräsentativitätsheuristik erscheint es unwahrscheinlich, dass die Bürger die eigene ökonomische Lage im Zusammenhang mit der ökonomischen Lage der EU oder sogar der EU-Unterstützung wahrnehmen, da ein Zusammenhang zwischen europäischer Politik und eigener Situation hergestellt werden müsste.

Während mit dieser Erklärung die umstrittene Relevanz der persönlichen ökonomischen Situation für die EU-Unterstützung vor der Schuldenkrise plausibel gemacht werden kann, ist im Zuge der Entwicklung seit 2010 jedoch eine erneute Diskussion notwendig. Erstmals in der Geschichte der EU ist eine ökonomische Krise festzustellen, die große Teile des Kontinents erfasst hat und deren Ursachen zu einem großen Teil der europäischen Ebene zuzuordnen sind. Neben der negativen Entwicklung der Wirtschaftsdaten in vielen EU-Staaten wirken zusätzlich harte, einschneidende Reformmaßnahmen auf die Bürger in den Krisenländern. Daher ist es plausibel, dass zumindest Teile der Bürger in Krisenländern ihre persönliche ökonomische Situation direkt von Ereignissen beeinflusst sehen, die der europäischen Ebene zuzuordnen ist. Unter der Annahme einer gestiegenen Bedeutung der EU für die Alltagswirklichkeit der Bürger, erscheint es mit Blick auf Zallers Verfügbarkeitsaxiom plausibel, dass die systemische Performanz in egozentrischer Perspektive, also in Bezug auf die persönliche ökonomische Situation der Bürger, eine größere Relevanz für die Erklärung von EU-Unterstützung besitzt. Auch in Bezug auf die Bewertung der systemischen Performanz der EU muss bei der länderspezifischen Hypothesenbildung zwischen Krisen- und Unterstützerland differenziert werden, da nur in der ersten Kategorie umfassende Sparprogramme verabschiedet wurden, die klar auf die europäische Schuldenkrise zurückgeführt werden können.

Die exklusive nationale Identität erfährt im Zusammenhang mit der Schuldenkrise eine zusätzliche Relevanz. Erstmals seit Bestehen der EU wird die Solidarität zwischen den Bürgern in kurzer Zeit und erheblichem Ausmaß eingefordert. Eine exklusive nationale Identität steht einer Solidarität, die über die eigene nationale in-group hinausgeht, jedoch im Wege. Die oft in nationaler Perspektive geführten Debatten zur Schuldenkrise in den einzelnen Euroländern könnten zusätzlich dazu beitragen, dass exklusive nationale Identität sowohl in den Krisen- wie auch in den Unterstützerländern eine größere Bedeutung für die Erklärung von EU-Unterstützung einnimmt.

In diesem Kapitel wurden die ökonomische Entwicklung und das politische Krisenmanagement in der Schuldenkrise dargestellt und diskutiert. Daran hat sich die Diskussion möglicher Konsequenzen der Krise aus der Perspektive der Bürger angeschlossen. In der öffentlichen Debatte konnten drei Problemfelder identifiziert werden, die in unterschiedlichem Ausmaß für die Bürger in Krisen- und in Unterstützerländern gelten. Abschließend wurden einige Grundannahmen des theoretischen Unterstützungsmodells dieser Arbeit im Hinblick auf die Schuldenkrise erneut diskutiert. Es wurden drei Konsequenzen der Krise identifiziert: (1) Das Ausmaß der öffentlichen Debatten zur Schuldenkrise in den Euroländern lässt den Schluss zu, dass sich die Salienz der europäischen Politik verändert hat. Bezogen auf die kognitive Heuristik zur nationalstaatlichen Ebene wird zu überprüfen sein, ob die Einstellungen zur EU im Zuge der Krise unabhängiger von den Einstellungen zum Nationalstaat werden. Dies würde auf eine geringere Bedeutung der in dieser Arbeit postulierten kognitiven Heuristik zum Nationalstaat hinweisen. (2) Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die systemische Performanz in Bezug auf die persönliche ökonomische Lage für die Erklärung der EU-Unterstützung während der Krise wichtiger wird, da mit der ökonomischen Entwicklung auf der einen Seite und den Anpassungsmaßnahmen in den Krisenländern auf der anderen Seite ein Zusammenhang zwischen persönlicher ökonomischer Lage und europäischer Politik für Bürger in den Krisenländern plausibel erscheint. (3) Es wird zu prüfen sein, ob die exklusive nationale Identität sowohl in den Krisen- wie auch in den Unterstützerländern eine größere Bedeutung für die Erklärung von EU-Unterstützung einnimmt. Dieser Schluss liegt angesichts der in kurzer Zeit und in großem Ausmaß eingeforderten Solidarität zwischen den Bürgern innerhalb Europas und der häufig von nationalen Gegensätzen geprägten öffentlichen Debatte nahe. Die in diesem Abschnitt abgeleiteten, allgemeinen Konsequenzen für die Einstellungen der Bürger in der Schuldenkrise werden bei der Hypothesenbildung klar für die jeweiligen Länder abzugrenzen sein.

## **4. Empirische Analyse**

In diesem Kapitel wird die theoriegeleitete empirische Analyse durchgeführt. (1) Zunächst wird das Forschungsdesign vorgestellt und begründet. Hierzu gehört die Festlegung der Untersuchungsländer, des Untersuchungszeitraums sowie der Datengrundlage. (2) Im zweiten Abschnitt werden die Annahmen des theoretischen Modells der EU-Unterstützung (Kapitel 2) und die allgemeinen Erwartungen zu den Konsequenzen der Schuldenkrise auf die Einstellungen der Bürger (Kapitel 3) mit dem spezifischen Forschungsdesign verknüpft und Hypothesen abgeleitet. (3) Anschließend erfolgt die Operationalisierung der Einstellungskonstrukte des theoretischen Modells mithilfe der verwendeten Datengrundlage. (4) Zunächst werden die deskriptiven Ergebnisse zu Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung diskutiert, bevor (5) die Regressionsanalysen zur Bestimmung der Determinanten der EU-Unterstützung durchgeführt und interpretiert werden. Das Kapitel schließt (6) mit einer Zusammenfassung aller Ergebnisse der empirischen Analysen.

### **4.1 Forschungsdesign und Datengrundlage**

Für die Fallauswahl der empirischen Analyse wird zunächst von der im vorherigen Kapitel herausgearbeiteten Unterscheidung in Krisen- und Unterstützerländer ausgegangen. In dieser Arbeit sollen jedoch nicht alle Länder aus beiden Gruppen untersucht werden, vielmehr soll jeweils ein Land als Stellvertreter ausgewählt werden. Während die grundsätzlichen Auswirkungen der Schuldenkrise zwar innerhalb der jeweiligen Ländergruppen vergleichbar sind, ergeben sich bei genauerer Betrachtung zwei Probleme, die eine Begrenzung der Länderzahl begründen: Die Schuldenkrise setzte in den einzelnen Ländern nicht zum selben Zeitpunkt, sondern verzögert über einen Zeitraum von anderthalb Jahren ein. Für die jeweiligen Krisenländer sind die in Kapitel 3.1 erläuterten Krisenherde nicht in gleichem Maße gültig. Darüber hinaus ist die Schuldenkrise zum Zeitpunkt der Untersuchung ein relativ junges Phänomen, dessen Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Die Auswahl von jeweils einem Vertreter der Krisen- und Unterstützerländer ermöglicht eine länderspezifische Hypothesenbildung und damit eine größere Präzision hinsichtlich der zu erwartenden Effekte, auch wenn aufgrund dieses Vorgehens die Generalisierbarkeit der Befunde

diskutiert werden muss<sup>38</sup>. Gleichzeitig wird der Umfang der Hypothesen auf ein übersichtliches Maß begrenzt.

Aus der Gruppe der Unterstützerländer wird Deutschland ausgewählt, aus der Gruppe der Krisenländer Griechenland. Die Fallauswahl aus den beiden Ländergruppen erfolgt sowohl aus methodischen als auch aus substanziellen Gründen. Griechenland war als erstes Land im Euroraum von der Schuldenkrise betroffen. Es erscheint sinnvoll, ein Land auszuwählen, das früh von den Auswirkungen der Schuldenkrise getroffen wurde. So ist gewährleistet, dass eine Veränderung der politischen Einstellungen plausibel auf die Wirkungen der Schuldenkrise zurückgeführt werden kann. Gerade im Hinblick auf die Datenverfügbarkeit wäre beispielsweise die Auswahl Italiens zu kritisieren, da zwischen der Erhebung der jüngsten verfügbaren Umfragedaten und akuter Krisenbetroffenheit nur wenige Monate liegen.

Substanziell spricht für die Wahl Griechenlands in erster Linie die starke persönliche Betroffenheit der griechischen Bevölkerung durch das politische Krisenmanagement und die Sparprogramme. In keinem anderen Krisenland sind die Einkommenseinbußen durch die Sparprogramme so groß wie in Griechenland Ende 2011. Hinter Spanien sind die Griechen zudem von der zweithöchsten Arbeitslosigkeit in der EU betroffen (Tabelle 2). Ebenso wurde zuvor deutlich, dass die Auseinandersetzung um die Schuldenkrise und die Sparprogramme in der griechischen Öffentlichkeit besonders intensiv geführt wurde (siehe 3.3). Eine nahezu spiegelbildliche Entwicklung lässt sich im Unterstützerland Deutschland feststellen. Die Erholung der Arbeitslosigkeit und des Wirtschaftswachstums nach dem weltweiten Wirtschaftseinbruch durch die Finanzkrise in 2009 wurde im Vergleich mit den anderen Euroländern deutlich. Überdies trägt die Bundesrepublik in den jeweiligen Rettungspaketen und im EFSF jeweils die größte Garantiesumme (EFSF 2012: 2). Deutschland kommt so eine zentrale Rolle in der Gruppe der Unterstützerländer zu. Im vorherigen Kapitel wurden die eingeforderte Solidaritätsbereitschaft innerhalb des Euroraums und die damit verbundene Bedeutung der europäischen Identität herausgestellt. Angesichts der umfangreichen öffentlichen Debatte zu und dem großen finanziellen Anteil an den Ret-

---

<sup>38</sup> Eine Generalisierbarkeit der Befunde auf alle Länder der jeweiligen Gruppe ist aus den gleichen Gründen nur schwer möglich. Mit dem Vorgehen einer länderspezifischen Auswahl wird die mögliche Präzision erhöht. Solange die Schuldenkrise jedoch ein junges und nicht abgeschlossenes Ereignis ist, von dem die einzelnen Länder unterschiedlich betroffen sind, erscheint dieses Vorgehen angesichts der potenziellen Nachteile eines abstrakteren Forschungsdesigns angemessen.

tungspaketen, ist die Wahl Deutschlands als Vertreter der Gruppe der Unterstützungsländer plausibel<sup>39</sup>.

Die Analyse der politischen Einstellungen des Unterstützungsmodells dieser Arbeit hat zwei Teile. Zunächst sollen in einer deskriptiven Analyse Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung in Griechenland und Deutschland erfolgen. In einem zweiten Schritt werden die Regressionsanalysen zur Bestimmung der Determinanten der EU-Unterstützung für die beiden ausgewählten Länder zu zwei verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt. Für die Analysen werden Umfragedaten benötigt, die zum einen alle im theoretischen Modell vorhandenen Konstrukte abdecken und zum anderen in den Untersuchungsländern zum gleichen Zeitpunkt erhoben werden. Das von der EU-Kommission herausgegebene Eurobarometer (EB) wird diesen Anforderungen gerecht und dient in der empirischen Analyse daher als Datengrundlage. Im Gegensatz zu anderen Umfragerihen wie dem European Social Survey (ESS) oder dem European Values Study (EVS) wird das Eurobarometer halbjährlich in allen EU-Mitgliedsstaaten erhoben. Während in den einzelnen Umfragewellen wechselnde Themenschwerpunkte gewählt werden, sind immer auch standardisierte Trendfragen enthalten. Nahezu alle Konstrukte des theoretischen Modells werden in diesen Trendfragen gemessen. Da das Eurobarometer zweimal pro Jahr erhoben wird, sind insbesondere in der deskriptiven Analyse kurzfristige Veränderungen der individuellen politischen Einstellungen nachvollziehbar. Dennoch handelt es sich um Querschnittsdaten, da bei jeder Erhebungswelle unterschiedliche Bürger befragt werden. So können Veränderungen in der Verteilung der politischen Einstellungen nicht auf das einzelne Individuum zurückgeführt werden. Das Eurobarometer bietet durch seine häufige, internationale Durchführung und den standardisierten Teil zahlreiche Ansatzpunkte für die empirische Forschung. Die meisten der in dieser Arbeit zitierten Beiträge zur EU-Unterstützungsforschung stützen sich auf Umfragen des EB.

Trotz der offenkundigen Vorteile werden gerade wegen seines international vergleichenden Ansatzes einige methodische Probleme kritisiert. Im Zusammenhang mit internationalen Vergleichsstudien wird insbesondere das Problem der Äquivalenz diskutiert (Karmasin/Pitters 2008): So muss zum einen gewährleistet sein, dass die Fragebögen in der jeweiligen Sprache auch jeweils die gleiche Bedeutung haben. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass innerhalb der EU kulturelle Unterschiede existieren und gerade die Erfah-

---

<sup>39</sup> Die herausragende Rolle der beiden Länder spricht ebenso gegen eine Generalisierbarkeit der länderspezifischen empirischen Analyse.

rungen mit Demokratie und europäischer Integration abhängig sind von den Zeitpunkten der Demokratisierung und des EU-Beitritts der jeweiligen Länder. Weiterhin wird kritisiert, dass die EU-Kommission als Auftraggeber des Eurobarometers ein Eigeninteresse an positiven Einstellungen zur europäischen Integration habe und dadurch bei Konstruktion der Umfragen vereinzelt die Anforderungen neutraler Umfrageforschung nicht einhalte (Höpner/Jurczyk 2012: 344 f.). In der Operationalisierung dieser Arbeit wird diese Kritik berücksichtigt.

Der Untersuchungszeitraum der deskriptiven Analyse erstreckt sich von Oktober 2007 bis November 2011. Niveau und Entwicklung der zu untersuchenden Einstellungen werden aus ausgewählten Datensätzen des Eurobarometers gewonnen. Um eine möglichst hohe Äquivalenz bei den erhobenen Umfrageitems zu gewährleisten, werden nicht alle Erhebungen berücksichtigt. Jedoch wird pro Jahr mindestens ein Messzeitpunkt in die Analyse eingehen<sup>40</sup>. Regressionsanalysen zu den Determinanten der EU-Unterstützung werden in zwei Zeitpunkten durchgeführt. Der erste Messzeitpunkt liegt im November 2007 (EB 68.1). Die Volkswirtschaften der EU waren zu diesem Zeitpunkt am Höhepunkt einer positiven Wachstumsphase angekommen, gleichzeitig waren keine Anzeichen einer Finanzmarkt- oder Schuldenkrise in Europa zu spüren. Bis zum zweiten Messzeitpunkt im November 2011 (EB 76.3) haben die weltweite Finanzkrise in den Jahren 2008/2009 sowie die sich daran anschließende Schuldenkrise die wirtschaftliche und politische Lage in Europa verändert. Die wirtschaftliche Entwicklung und das politische Krisenmanagement in der EU sowie die daraus resultierenden Auswirkungen für die Bürger wurden ausführlich in Kapitel 3 diskutiert. Das Eurobarometer 76.3 ist die erste Erhebungswelle nach Ausbruch der Schuldenkrise, in der alle relevanten Einstellungskonstrukte enthalten sind. Die Regressionsanalyse der Determinanten der EU-Unterstützung während der Schuldenkrise wird folglich mit Umfragedaten durchgeführt, die eineinhalb Jahre nach dem ersten Hilfspaket für Griechenland erhoben wurden. Somit ist gewährleistet, dass potenzielle Veränderungen der Determinanten der EU-Unterstützung plausibel mit den Auswirkungen der Schuldenkrise im Zusammenhang stehen könnten.

In diesem Abschnitt wurde das Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit erläutert. Auf Basis des theoretischen Modells und der Erkenntnisse zur europäischen Schuldenkrise werden in der empirischen Analyse politische Einstellungen von Bürgern aus dem Unter-

---

<sup>40</sup> Datengrundlage für die deskriptiven Analysen sind folgende Umfragen: EB 68.1 (Herbst 2007); EB 69.2 (Frühjahr 2008); EB 70.1 (Herbst 2008); EB 71.3 (Frühjahr 2009); EB 72.4 (Herbst 2009); EB 73.4 (Frühjahr 2010); EB 74.2 (Herbst 2010); EB 75.3 (Frühjahr 2011); EB 76.3 (November 2011).

stützerland Deutschland und dem Krisenland Griechenland untersucht. Dabei wird auf Eurobarometer-Umfragedaten aus dem Zeitraum 2007 bis 2011 zurückgegriffen. Die Auswahl der Untersuchungsfälle und -zeiträume erfolgte aus substanziellen und methodischen Erwägungen. Im folgenden Abschnitt schließt sich die länderspezifische Hypothesenbildung an.

## **4.2 Hypothesen**

Nun werden die forschungsleitenden Hypothesen aus den theoretischen und empirischen Erkenntnissen der vorangehenden Kapitel abgeleitet. Aus den Überlegungen zum Forschungsdesign ergibt sich, dass zunächst Erwartungen für Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung aufgestellt werden. In einem zweiten Schritt werden die Hypothesen zur Bestimmung der Determinanten der EU-Unterstützung aufgestellt.

### **4.2.1 Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung**

Wie schon in Kapitel 2 dargestellt, wurde in der EU-Unterstützungsforschung diskutiert, dass die Veränderung der EU von einem intergouvernementalen Integrationsprojekt zu einem supranationalen Regime seit dem Maastrichter Vertrag auch die Unterstützung durch die Bürger beeinflusst hat. Während bis Maastricht weitgehend davon ausgegangen wurde, dass die ökonomischen Vorteile der europäischen Integration eine ausreichende Grundlage für die politische Unterstützung der Bürger bildeten und auch aus geringem Interesse diese nicht infrage gestellt wurden, wird dieser als „permissive consensus“ benannte Zusammenhang spätestens seit Anfang der 1990er Jahre immer häufiger angezweifelt (Kaina 2009: 15 f.). Nationale Volksabstimmungen, die die Verabschiedung von weiteren EU-Reformverträgen verzögerten oder im Falle des europäischen Verfassungsvertrags sogar verhinderten, führten zur Europaskepsis-These, nach der die Bürger die EU und die europäische Integration immer weniger unterstützen. Während die These vor allem durch die Reihe der gescheiterten Volksabstimmungen empirische Unterstützung erhalten hat, zeigt die Entwicklung typischer Unterstützungsfragen im Eurobarometer bis zum Beginn des Untersuchungszeitraums dieser Arbeit keinen weitreichenden Einbruch der EU-Unterstützung (Fuchs/Schneider 2011: 61 ff.; Knelangen 2012).

Die in Kapitel 3 eingeführte Differenzierung zwischen Krisen- und Unterstützerländern wird in der Spezifizierung der Hypothesen für die jeweiligen Stellvertreter Griechenland beziehungsweise Deutschland fortgesetzt. Im Fall des Krisenlandes Griechenland kann erwartet werden, dass das Niveau der EU-Unterstützung in der Untersuchungsperiode gesunken ist. Der starke Einbruch des BIPs und die Verdopplung der Arbeitslosigkeit in der griechischen Bevölkerung lassen erwarten, dass die Bürger die systemische Performanz ihres Landes wesentlich geringer einschätzen. Es ist zu erwarten, dass die Griechen die systemische Performanz der EU ebenfalls schlechter bewerten, da zum einen im Sinne der Repräsentativitätsheuristik die Einstellungen gegenüber der nationalstaatlichen Ebene eine negative Entwicklung vorgeben und zum anderen in der gesamten EU eine kontinuierliche Abnahme der Beschäftigung im Untersuchungszeitraum festzustellen war. Es kann überdies angenommen werden, dass die griechischen Bürger die demokratische Performanz ihres Landes im Laufe der Zeit immer schlechter einschätzen. Die Bekanntgabe der neuen Staatsregierung nach der Wahl 2009, dass über viele Jahre die Statistiken zur Staatsverschuldung gefälscht waren, hat vermutlich zu einem Vertrauensverlust der Bürger in die politischen Entscheidungsträger geführt. Zudem wurden trotz mehrfacher Regierungswechsel die Sparprogramme in ihrer Grundausrichtung fortgesetzt. Diese Alternativlosigkeit spiegelte sich in den Wahlkämpfen wider und hat vermutlich ebenfalls zu einer schlechteren Bewertung der demokratischen Performanz im eigenen Land beigetragen. Für die demokratische Performanz der EU ist ein vergleichbarer Trend denkbar: Es ist anzunehmen, dass viele Bürger die Verantwortung für die Höhe und die innergesellschaftliche Verteilung der Sparmaßnahmen der europäischen Ebene zuschreiben. Das politische Krisenmanagement war zudem lange ausschließlich Sache der exekutiven EU-Institutionen, sodass für die Bürger keine transparente parlamentarische Debatte sichtbar werden konnte. Außerdem wird erwartet, dass die negative Entwicklung der nationalen demokratischen Performanz sich über die kognitive Heuristik ebenfalls auf die Einschätzung der EU auswirkt.

Dass die öffentlichen Debatten zur Schuldenkrise in großen Teilen nicht nur in europäischer, sondern vor allem aus nationaler Perspektive geführt wurden, lässt auch eine Relevanz der exklusiven nationalen Identität erwarten. Dass bei Demonstrationen und in Boulevardzeitungen gegen Spitzenpolitiker aus den Unterstützerländern protestiert wurde, ist ein weiteres Zeichen dafür, dass sich die Ablehnung und der Ärger der Sparmaßnahmen in einem Klima der Unsicherheit gegen Partner innerhalb der EU gerichtet haben. Dies grenzt Vertreter anderer EU-Mitgliedsstaaten deutlich von der nationalen „in-group“ ab. Zusam-

menfassend lässt sich sagen, dass alle im Unterstützungsmodell dieser Arbeit postulierten Determinanten einen negativen Trend der EU-Unterstützung in Griechenland erwarten lassen. Daher lässt sich folgende Hypothese formulieren:

**H1: Das Niveau der EU-Unterstützung in der griechischen Bevölkerung ist im Zuge der Schuldenkrise bis zum Ende des Untersuchungszeitraums gesunken.**

Im Falle des Unterstützerlandes Deutschland wird ebenfalls erwartet, dass die EU-Unterstützung im Zuge der Schuldenkrise abgenommen hat, auch wenn die Determinanten der Unterstützung ein ambivalenteres Bild erwarten lassen als im Falle Griechenlands. Die Entwicklung des BIPs und der Arbeitslosigkeit deuten darauf, dass die Deutschen die systemische Performanz des eigenen Landes potenziell positiver bewerten als zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Zwar haben sich die wirtschaftlichen Kenndaten in Deutschland bis 2007 positiv entwickelt, doch die weltweite Rezession durch die Finanzkrise stürzte 2009 auch die deutsche Volkswirtschaft in die Krise. Der insgesamt positive Trend der systemischen Performanz wird vor allem mit der schnellen Erholung in den Jahren 2010 und 2011 begründet. Gemäß der theoretischen Annahmen kann die Einschätzung der systemischen Performanz der EU sowohl über originäre Eindrücke zur europäischen Lage als auch über die Heuristik der nationalen Ebene entstehen. Während der nationale Trend eine positive Entwicklung der EU-Performanz indiziert, sprechen die steigende Arbeitslosigkeit in der EU und die Unsicherheit über die potenziellen Folgen der Schuldenkrise für die Wirtschaftslage in der EU hingegen dafür, dass die Bürger die systemische Performanz der EU schlechter bewerten.

Auch hinsichtlich der Einstellungen zur demokratischen Performanz sind geteilte Erwartungen zu formulieren. Bezogen auf die nationalstaatliche Ebene ist denkbar, dass die Bürger in Zeiten der Dominanz wirtschaftspolitischer Themen den Akteuren und Institutionen der nationalen Politik angesichts der positiven Bilanz bei Beschäftigung und Wirtschaftswachstum gerade im Vergleich zu den europäischen Nachbarn eine effektive Problemlösungskompetenz zutrauen. Im Umgang mit der Schuldenkrise wählten viele politische Akteure eine vorsichtige bis skeptische Grundhaltung gegenüber umfangreichen Rettungsmaßnahmen, was angesichts der inhaltlichen Komplexität der Schuldenkrise von der deutschen Bevölkerung vermutlich eher positiv bewertet wurde (Steinmann 2012). Gleichwohl wurde die Beteiligung des Bundestages an der Überwachung des Krisenmanagements und an den neuen Institutionen EFSF und ESM erst schrittweise erweitert. Daran hatte das Bundesverfassungsgericht einen großen Anteil, das die Auffassung vertrat, dass die natio-

nale Kontrolle der europäischen Rettungspolitik nicht nur durch die nationale Exekutive, sondern auch durch das Parlament erfolgen müsse (Calliess 2012). Hinsichtlich der Entwicklung der demokratischen Performanz der EU sind eher negative Erwartungen zu formulieren. Die Schuldenkrise war Thema zahlreicher Gipfeltreffen in den Jahren 2010 und 2011, die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Schuldenkrise ist ungeachtet des politischen Handelns nicht geringer geworden. Dieser Eindruck könnte angesichts der Veränderung des politischen Krisenmanagements zu immer umfangreicheren und dauerhaften Beschlüssen entstehen. Darüber hinaus wurden die Beratungen abseits der Öffentlichkeit geführt, auch wurde das EP erst spät am europäischen Krisenmanagement beteiligt. Grundsatzentscheidungen wurden bis zum Ende des Untersuchungszeitraums ausschließlich in den exekutiven EU-Organen getroffen (siehe 3.2).

Hinsichtlich der exklusiven nationalen Identität ist eine eindeutige Erwartung möglich: Die Solidarität in einer Gemeinschaft wie der EU beziehungsweise dem Euroraum wird durch das politische Krisenmanagement eingefordert, da wahrnehmbare Mengen von Steuergeld für Krisenländer bereitgestellt wurden. Auch wenn es sich dabei zum größten Teil um Garantien und Bürgschaften handelte, die nur im Falle des Zahlungsausfalls der Krisenländer zum Tragen kommen würden, ist in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich geworden, dass gegenseitige Hilfe innerhalb der EU sehr teuer geworden ist. Angesichts der stark in nationaler Perspektive geführten öffentlichen Debatte ist zu erwarten, dass die exklusive nationale Identität in der deutschen Bevölkerung durch die Erfahrungen der Schuldenkrise eher zugenommen hat. Dennoch ist zu bezweifeln, ob sich schon innerhalb des Untersuchungszeitraums Veränderungen beim Niveau der exklusiven nationalen Identität ergeben, weil Einstellungen zur Identität eher längerfristig veränderbar sind, da sie auch über die Sozialisation gebildet werden (Kaina 2009: 58). Auch empirisch haben sich Einstellungen zur nationalen beziehungsweise europäischen Identität im Niveau eher als stabil erwiesen (Isernia et al. 2012: 125 ff.). Die erwartete Entwicklung der Determinanten der EU-Unterstützung ermöglicht zwar keine derart eindeutige Prognose wie im Falle Griechenlands, dennoch sprechen mit Ausnahme der Performanzeinstellungen zum Nationalstaat alle Erwartungen für die Spezifizierung der folgenden Hypothese:

**H2: Das Niveau der EU-Unterstützung in der deutschen Bevölkerung ist im Zuge der Schuldenkrise bis zum Ende des Untersuchungszeitraums gesunken.**

Im Vergleich der Entwicklungen in Deutschland und Griechenland lässt sich feststellen, dass gerade für das Niveau der EU-Unterstützung in Griechenland eindeutige Erwartungen

formuliert werden konnten. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes im November 2011 war gerade die griechische Bevölkerung im Alltagsleben von den Auswirkungen der Schuldenkrise betroffen. In Deutschland war das Thema Schuldenkrise zwar ein präsenteres politisches Thema, aber keine für die meisten Menschen existenzielle Frage. Daher wird folgende abschließende Hypothese zum Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung spezifiziert:

**H3: Das Niveau der EU-Unterstützung ist im Zuge der Schuldenkrise in der griechischen Bevölkerung stärker gesunken als in der deutschen Bevölkerung.**

#### **4.2.2 Determinanten der EU-Unterstützung**

Die für die Regressionsanalyse relevanten Hypothesen werden in diesem Abschnitt spezifiziert. Zunächst soll der Zusammenhang zwischen den Einstellungen der systemischen Performanz und der EU-Unterstützung untersucht werden. Hier wird gemäß der Annahmen des theoretischen Modells davon ausgegangen, dass vor allem die ökonomische Leistungsfähigkeit relevant ist. Grundsätzlich wird erwartet, dass Einstellungen zur systemischen Performanz einen positiven Effekt auf die EU-Unterstützung haben. Je besser die Bürger die ökonomische Lage in der EU beziehungsweise ihre persönliche ökonomische Situation einschätzen, desto positiver ist im Schnitt ihre EU-Unterstützung.

**H4.1: Je positiver die systemische Performanz der EU bewertet wird, desto positiver ist die EU-Unterstützung.**

**H4.2: Je positiver die persönliche ökonomische Lage bewertet wird, desto positiver ist die EU-Unterstützung.**

Für die griechische Bevölkerung soll überprüft werden, ob die Einstellungen zur systemischen Performanz stärker zur Erklärung der EU-Unterstützung beitragen als vor der Schuldenkrise. Die ökonomische Dimension der Schuldenkrise ist insbesondere in den öffentlichen Debatten in den Krisenländern diskutiert worden. Auch für Griechenland ist anzunehmen, dass im Zusammenhang mit der EU gerade Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung im Zuge der Schuldenkrise stärker diskutiert werden. Daher wird angenommen, dass der Effekt der gesellschaftsbezogenen systemischen Performanz der EU größer wird. Angesichts der umfangreichen Lohnkürzungen und der hohen Arbeitslosigkeit in Folge der von der EU zur Bedingung für Krisenhilfe gemachten Sparmaßnahmen ist darüber hinaus

denkbar, dass viele griechische Bürger ihre Krisenbetroffenheit direkt der europäischen Ebene anlasten. Dies könnte dazu führen, dass die Distanz zwischen der Lebenswirklichkeit der griechischen Bürger zur EU deutlich geringer ist als noch vor der Schuldenkrise. Es wird daher erwartet, dass die egozentrische systemische Performanz, also die Bewertung der persönlichen ökonomischen Situation, insbesondere in Griechenland 2011 an Relevanz gewinnt.

Im Kapitel 3 wurde dargestellt, dass die ökonomische Entwicklung in Deutschland während des Untersuchungszeitraums in der Bilanz positiv ist. Dies wurde insbesondere an der schnellen Erholung der deutschen Volkswirtschaft nach der durch die weltweite Finanzkrise bedingten Rezession in 2009 deutlich. Im Gegensatz zur griechischen Bevölkerung wird daher davon ausgegangen, dass die Effekte der Einstellungen zur systemischen Performanz im Zuge der Schuldenkrise nicht größer geworden sind. Während die gesellschaftsbezogene Performanzbewertung der EU durchaus von der Krise beeinflusst sein kann, ist aufgrund der in Deutschland nicht anzunehmenden persönlichen Krisenbetroffenheit keine kriseninduzierte Verstärkung der Bewertung der persönlichen ökonomischen Lage zu erwarten. Aus diesen Überlegungen werden folgende Hypothesen abgeleitet:

**H4.3: Der Effekt der systemischen Performanz der EU auf die EU-Unterstützung ist in Griechenland während der Schuldenkrise größer als im Jahr 2007.**

**H4.4: Der Effekt der Bewertung der persönlichen ökonomischen Lage auf die EU-Unterstützung ist in Griechenland während der Schuldenkrise größer als im Jahr 2007.**

**H4.5: Der Effekt der systemischen Performanz der EU auf die EU-Unterstützung ist in Deutschland während der Schuldenkrise nicht größer als im Jahr 2007.**

**H4.6: Der Effekt der Bewertung der persönlichen ökonomischen Lage auf die EU-Unterstützung ist in Deutschland während der Schuldenkrise nicht größer als im Jahr 2007.**

Die demokratische Performanz ist der zweite Faktor, der im Zusammenhang mit der EU-Unterstützung untersucht wird. Die Bewertung der demokratischen Prozesse und Institutionen ist in der Schuldenkrise besonders relevant, da darin deutlich wird, ob die Art und

Weise, wie die Politik mit der Krisensituation umgeht, den Ansprüchen der Bürger zur demokratischen Qualität genügt. Gemäß der theoretischen Annahmen dienen die normativen Erwartungen an eine Demokratie als Bewertungsmaßstab für die Bildung von Einstellungen zur demokratischen Performanz. Es liegt nahe, anzunehmen, dass das Demokratiedefizit der EU im Zuge der Schuldenkrise deutlicher zu Tage getreten ist, weil die politischen Prozesse und Institutionen durch das Krisenmanagement häufiger über die Medien wahrgenommen werden konnten. Neben der wirtschaftlichen Dimension hat sich für die griechische Bevölkerung zudem eine faktische Alternativlosigkeit im politischen Krisenmanagement gezeigt: Zum einen über die von der europäischen Ebene zur Bedingung gemachten Sparmaßnahmen, zum anderen in den nationalen Wahlkämpfen, die keine substantielle Alternative angeboten haben (siehe 3.2). Es ist daher zu erwarten, dass für die griechische Bevölkerung neben der Betroffenheit durch die ökonomischen Folgen der Krise auch die Bewertung der demokratischen Performanz seine Relevanz behält.

Für die deutsche Bevölkerung wird angenommen, dass die demokratische Performanz der EU während der Schuldenkrise einen stärkeren Effekt aufweist als im Ausgangsjahr. Da die deutsche Volkswirtschaft bis zum Ende des Untersuchungszeitraums kaum negative Folgen der Schuldenkrise verkraften musste, liegt es nahe, anzunehmen, dass für die deutsche Bevölkerung vor allem die politische Bewältigung der Schuldenkrise relevant ist. Da Deutschland in der Krise die Rolle eines Unterstützerlandes annimmt, kann man davon ausgehen, dass die demokratischen Entscheidungsprozesse, die zu konkreten Unterstützungsleistungen führen, stärker im Interesse der Öffentlichkeit stehen als ökonomische Erwägungen. In den öffentlichen Debatten zur Schuldenkrise wurden in Deutschland insbesondere auch Fragen der Gestaltung und Umsetzung der Rettungspakete diskutiert. Dabei spielte auch die Frage, inwieweit die Entstehung der Maßnahmen auf europäischer Ebene transparent gemacht wurde und die demokratische Legitimation der Rettungspolitik, eine große Rolle. Daher werden die Erwartungen zur demokratischen Performanz wie folgt formuliert:

**H5.1: Je positiver die demokratische Performanz der EU bewertet wird, desto positiver ist die EU-Unterstützung.**

**H5.2: Der Effekt der demokratischen Performanz der EU auf die EU-Unterstützung ist in Griechenland während der Schuldenkrise nicht kleiner als im Jahr 2007.**

**H5.3: Der Effekt der demokratischen Performanz der EU auf die EU-Unterstützung ist in Deutschland während der Schuldenkrise größer als im Jahr 2007.**

Die Untersuchung des Konzepts der europäischen Identität erscheint in der Schuldenkrise besonders lohnenswert. Die Notwendigkeit einer bewussten Identifikation mit der EU ist ein in der EU-Unterstützungsforschung seit langem diskutiertes Thema (siehe 2.3.3). Die EU-Unterstützung hängt insbesondere in Krisensituation von der grundsätzlichen Überzeugung ab, dass die europäische Integration ungeachtet kurzfristig negativ bewerteter Politikergebnisse erstrebenswert ist. Dazu würde auch eine vorhandene europäische Identität beitragen. Die Schuldenkrise kann als erste existenzielle Bewährungsprobe dieser These angesehen werden, da durch die Hilfsmaßnahmen erstmals Solidarität in spürbarem Umfang von den Bürgern eingefordert wird. Ohne eine gemeinsame Identität der EU-Bürger ist die Bereitschaft zu umfangreicher und längerfristiger Solidarität unwahrscheinlich (siehe 3.3). Im theoretischen Modell wurde das Konzept der europäischen Identität in Form der exklusiven nationalen Identität aufgenommen, um den gemeinsamen Nenner verschiedener Identitätskonzepte im Zusammenhang mit der EU abbilden zu können (siehe 2.3.3). Es wird daher angenommen, dass eine exklusive nationale Identität in Zeiten der Krise einen stärkeren Einfluss auf die EU-Unterstützung hat. Für die Bürger Griechenlands und Deutschlands werden folgende Hypothesen formuliert:

**H6.1: Eine exklusive nationale Identität führt im Schnitt zu einer negativeren EU-Unterstützung.**

**H6.2: Der Effekt einer exklusiven nationalen Identität auf die EU-Unterstützung in Griechenland ist während der Schuldenkrise stärker als im Jahr 2007.**

**H6.3: Der Effekt einer exklusiven nationalen Identität auf die EU-Unterstützung in Deutschland ist während der Schuldenkrise stärker als im Jahr 2007.**

Neben den direkten Zusammenhängen der performanz- und identitätsbasierten Einstellungen wurden im theoretischen Modell kognitive Heuristiken postuliert. Aufgrund der Komplexität und Entfernung zur Alltagswirklichkeit der europäischen Politik wird davon ausgegangen, dass die Performanzbewertungen der EU durch die jeweiligen Einstellungen zur nationalstaatlichen Ebene gebildet werden. Während diese Annahmen vor dem Hinter-

grund des Forschungsstandes vor allem für die Zeit vor der Schuldenkrise plausibel erscheinen (siehe 2.3.4), ist zu überprüfen, ob die Bedeutung der kognitiven Heuristik der nationalstaatlichen Ebene im Zuge der Schuldenkrise abgenommen hat. Dies ist aus zwei Gründen denkbar: Erstens ist die Salienz der EU-Ebene im Zuge der Krise gestiegen, so dass mehr Informationen für die Einstellungsbildung zur Verfügung stehen. Zweitens ist denkbar, dass stärker zwischen dem eigenen nationalen Umfeld und der Situation der europäischen Nachbarn unterschieden wird. In diesem Fall wären die Erfahrungen mit der nationalstaatlichen Ebene weniger repräsentativ für die Einstellungsbildung zur europäischen Ebene. Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende Hypothesen formulieren:

**H7.1: Die Performanzeinstellungen zur EU werden durch die jeweiligen Einstellungen zur nationalstaatlichen Ebene determiniert.**

**H7.2: Im Zuge der Schuldenkrise werden die Performanzeinstellungen zur EU weniger stark durch die jeweiligen Einstellungen zur nationalstaatlichen Ebene determiniert als im Ausgangsjahr.**

### 4.3 Operationalisierung

In diesem Abschnitt werden den theoretischen Konstrukten des Modells der EU-Unterstützung empirische Indikatoren zugeordnet (siehe Tabelle 3). Die Bevölkerungsumfragen des Eurobarometers enthalten zwar zahlreiche wiederkehrende Trendfragen, dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass in jeder Erhebungswelle alle wünschenswerten Indikatoren enthalten sind. Da in der empirischen Analyse mehrere Zeitpunkte in einem Zeitraum von fünf Jahren einbezogen werden, soll die Operationalisierung sicherstellen, dass alle Konstrukte möglichst reliabel und äquivalent gemessen werden. Zunächst wird die Messung der abhängigen Variablen der EU-Unterstützung diskutiert. Anschließend erfolgt die Operationalisierung der unabhängigen Variablen. Zu jedem theoretischen Konstrukt werden der jeweils verwendete Indikator, mögliche Alternativen sowie Schwächen der Operationalisierung kritisch diskutiert.

Die abhängige Variable der EU-Unterstützung lässt sich im Eurobarometer durch vier verschiedene Indikatoren operationalisieren. Viele Studien zur EU-Unterstützung greifen hierbei auf die Fragen zur Evaluation der EU-Mitgliedschaft und zum Image der EU zurück (Hooghe/Marks 2005: 428 f.; Wagner 2012: 168). Vereinzelt wird auch auf das all-

gemeine Vertrauen in die EU oder den Nutzen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land zurückgegriffen (Lubbers/Scheepers 2010; McLaren 2002). In beiden für die Regressionsanalyse ausgewählten Erhebungen sind lediglich die Fragen nach dem Image und dem Vertrauen in die EU enthalten. Die Einstellung des Vertrauens bezieht sich zwar auf die EU als Ganzes und hat damit ein abstraktes Bezugsobjekt, jedoch ist umstritten, ob diese als Indikator für Unterstützung oder eher als eine generalisierte Performanzeinstellung verstanden werden soll (Fuchs 2011a: 32, Wagner 2012: 169; Weßels 2009: 168). Die Bewertung des Images der EU richtet sich ebenfalls auf das ganze Regime: „*Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?*“. Die Fragestellung bezieht sich auf allgemeine Erfahrungen mit der EU und kann so instrumentelle und affektive Orientierungen gleichermaßen ansprechen. Bivariate Analysen ergeben zwar einen Zusammenhang beider Indikatoren<sup>41</sup>, dennoch wird darauf verzichtet, EU-Unterstützung mit zwei Indikatoren zu messen. Für eine Indexbildung müsste aufgrund der unterschiedlichen Skalierung festgelegt werden, wie die einzelnen Antwortkategorien numerisch zueinander stehen. Ein weiterer Vorteil des Image-Indikators ist die fünfstufige Skalierung, was die Annahme einer quasi-metrischen Skalierung möglich macht (Wittenberg 1998: 77). Zudem spricht auch die umstrittene Verwendung von Vertrauensindikatoren in der Unterstützungsforschung für die Operationalisierung der EU-Unterstützung anhand des EU-Images. Ein potenzielles Problem ergibt sich angesichts der Existenz einer Mittelkategorie in der fünfstufigen Skalierung. Im Vergleich zu anderen im EB erhobenen Fragen weist der EU-Image-Indikator durchweg sehr wenige fehlende Werte auf. Wagner (2012: 174 f.) vermutet, dass dies mit der Existenz der Mittelkategorie zusammenhängt, da Befragte ohne eine ausgeprägte Meinung dazu tendieren könnten, mit der „weder/noch“-Antwort eine klare Festlegung zu vermeiden.

Nichtsdestotrotz kann angenommen werden, dass die Mittelkategorie auch als ebensolche verstanden wird, sodass die Befragten tatsächlich ein neutrales oder ambivalentes Bild von der EU besitzen. Insgesamt überwiegen die Vorteile des EU-Image-Indikators im Hinblick auf inhaltliche Fokussierung, Datenverfügbarkeit und Skalierung. Die abhängige Variable der EU-Unterstützung wird daher mit der Frage nach dem EU-Image operationalisiert.

---

<sup>41</sup> Bivariate Analysen der Indikatoren für EU-Unterstützung sind im Anhang zu finden (Tabelle 11).

**Tabelle 3: Operationalisierung der theoretischen Konstrukte**

<b>Theoretisches Konstrukt</b>	<b>Empirischer Indikator</b>	<b>Fragestellung und verwendete Kodierung</b>
EU-Unterstützung	Image der EU	Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor? [0] sehr negatives Bild [1] ziemlich negatives Bild [2] weder positiv noch negativ [3] ziemlich positives Bild [4] sehr positives Bild
Systemische Performanz der EU / des Nationalstaats (gesellschaftsbezogene Perspektive)	Einschätzung der ökonomischen Lage in der EU bzw. im eigenen Land	Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in der europäischen / NATIONALEN Wirtschaft? [0] sehr schlecht [1] ziemlich schlecht [2] ziemlich gut [3] sehr gut
Systemische Performanz/ persönliche ökonomische Lage (egozentrische Perspektive)	Einschätzung der persönlichen beruflichen Situation in den nächsten 12 Monaten	Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um ihre persönliche berufliche Situation geht? [0] schlechter [1] gleich [2] besser
Demokratische Performanz der EU / des Nationalstaats	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU bzw. im eigenen Land	Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in LAND bzw. in der EU funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? [0] überhaupt nicht zufrieden [1] nicht sehr zufrieden [2] ziemlich zufrieden [3] sehr zufrieden
Exklusive nationale Identität	Verlust der kulturellen Identität	Was bedeutet die EU für Sie persönlich? ( <i>Im Original mehrere Antwortvorgaben, Rekodierung als Dummy</i> ) [0] keine Nennung [1] Verlust der kulturellen Identität
	Verbundenheit mit der eigenen Nation / mit der EU [Verwendung nur für Herbst 2007]	Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seinem Land oder der Europäischen Union. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit LAND bzw. der EU. [0] Verbundenheit mit der EU vorhanden [1] keine Verbundenheit mit der EU bei gleichzeitiger Verbundenheit mit dem eigenen Land <i>Konstruktion einer Dummyvariablen auf Basis zweier Indikatoren</i>
Soziodemographischer Status	Alter	Alter in Jahren wurde standardisiert (z-Transformation).
	Bildung	Mediansplit der Bildungsjahre [0] kürzere Bildungsdauer [1] längere Bildungsdauer
	Geschlecht	[0] männlich [1] weiblich

Quelle: Eurobarometer Fragebogen in deutscher Sprache (EB 68.1/76.3)

In einem zweiten Schritt erfolgt nun die Operationalisierung der Determinanten der EU-Unterstützung aus dem theoretischen Modell dieser Arbeit. Bei der systemischen Performanz wurde differenziert zwischen Einstellungen, die sich auf die gesamte Gesellschaft, und solchen, die sich auf die persönliche Situation beziehen. Es geht dabei um die Beurteilung allgemeiner Leistungen des politischen Systems, wie beispielsweise der inneren und äußeren Sicherheit, der Wirtschaftsentwicklung oder der Sozialpolitik (siehe 2.3.2). In der Diskussion des Forschungsstandes zur EU-Unterstützung wurde deutlich, dass in diesem Untersuchungskontext vor allem die ökonomische Performanz relevant ist. Dies wurde mit der hervorgehobenen Rolle der EU im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik begründet. Das Eurobarometer enthält gerade hinsichtlich der ökonomischen Lage mehrere Indikatoren, die regelmäßig erhoben werden. Einschätzungen zu den Leistungen der EU oder des Nationalstaats in anderen Politikbereichen sind dagegen gerade in den letzten Jahren seltener abgefragt worden. Somit wird die systemische Performanz gemäß der Annahmen im theoretischen Teil sowie aufgrund der Datenverfügbarkeit ausschließlich über die ökonomischen Leistungen operationalisiert.

Die gesellschaftsbezogene systemische Performanz der EU wird mit der Bewertung der ökonomischen Lage in der EU operationalisiert. Der Indikator repräsentiert folglich die subjektive Einschätzung der zum Zeitpunkt der Befragung gegenwärtigen Situation. Zu allen Messzeitpunkten ist der Indikator vierstufig skaliert und identisch formuliert. Um die Relevanz kognitiver Heuristiken zu untersuchen, ist es ebenfalls notwendig, eine Performanzbewertung der nationalen Ebene einzuschließen. Da im theoretischen Teil mit Repräsentativität argumentiert wurde, bietet es sich an, die im Eurobarometer äquivalente Fragestellung zur nationalstaatlichen Ebene zu verwenden. Somit wird die gesellschaftsbezogene systemische Performanz des Nationalstaats mit der Bewertung der ökonomischen Lage des eigenen Landes operationalisiert. Die Skalierung und Fragestellung ist somit zu allen Messzeitpunkten und unabhängig vom Bezug auf EU oder Nationalstaat äquivalent konstruiert. Eine Schwäche des Indikators ist die indirekte Messung der systemischen Performanz, da die Fragestellung keine Verbindung zwischen Wirtschaftslage und dem jeweiligen politischen System herstellt (Fuchs 2003: 45). Die alternative Frage nach der Rolle der EU beziehungsweise des eigenen Landes in der Wirtschaftsentwicklung wurde jedoch nicht zu allen Messzeitpunkten erhoben.

Da die gesellschaftsbezogene systemische Performanz mit Indikatoren in retrospektiver Perspektive operationalisiert wurde, sollte diese auch für die egozentrische Performanzein-

stellung gewählt werden. Bedauerlicherweise steht ein retrospektiver Indikator nicht zur Verfügung. Stattdessen wird auf die Einschätzung der persönlichen beruflichen Situation in den kommenden 12 Monaten zurückgegriffen. Die Befragten werden aufgefordert, einzuschätzen, ob sich diese nach ihrer Ansicht verbessern, verschlechtern oder nicht verändern wird. Die Wahl dieses Indikators erscheint gerade im Hinblick auf potenzielle Veränderungen durch Krisensituationen gerechtfertigt, da zum einen die Lage zum Zeitpunkt der Befragung eine Rolle spielt, aber der Befragte zum anderen berücksichtigen kann, ob und wie die Krise seine berufliche Situation in der näheren Zukunft noch beeinflussen wird.

Die Einstellungskonstrukte der demokratischen Performanz werden auf Grundlage der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie – jeweils in Bezug auf die EU und den Nationalstaat – operationalisiert. In der Fragestellung wird deutlich, dass nicht nach der Demokratie im Allgemeinen gefragt wird: „*Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in LAND funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?*“. Der Indikator erfüllt daher die Anforderungen des theoretischen Modells: Zum einen wird auf die tatsächliche Funktionsweise Bezug genommen und nicht auf die grundsätzliche Struktur des demokratischen Regimes, zum anderen wird nicht nach kurzfristigen Erfahrungen, sondern nach einem allgemeinen Gesamteindruck gefragt. Damit wird nach generalisierten Erfahrungen gefragt, was Fuchs‘ theoretischem Verständnis der Wirkung von demokratischen Performanz auf die EU entspricht (2.3.2). Die ausschließliche Operationalisierung der demokratischen Performanz über die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist dennoch nicht optimal, da denkbar ist, dass zahlreiche Befragte eine generelle Bewertung der demokratischen Performanz auch über Fragen der Demokratie hinaus vornehmen (Chu et al. 2008: 79). Neben der Bewertung der Funktionsweise der Demokratie im Allgemeinen ist als alternative Operationalisierung auch die Bewertung spezifischer Leistungen eines demokratischen Regimes denkbar, so zum Beispiel die Einschätzung der Korruption, Responsivität oder der Rechtsstaatlichkeit<sup>42</sup>. Da in den Eurobarometer-Umfragen hierzu gerade in den jüngeren Erhebungswellen keine Indikatoren enthalten sind, die sowohl für die nationalstaatliche als auch die europäische Ebene existieren, wird allerdings auf solche spezifischen Performanzbewertungen verzichtet. Dennoch lässt sich sagen, dass die Operationalisierung der demokratischen Performanz gemäß den theoretischen Annahmen erfolgt und einheitlich für alle Messzeitpunkte formuliert und skaliert ist.

---

<sup>42</sup> Siehe exemplarisch Anderson/Tverdova 2003; Fuchs 2003.

Die exklusive nationale Identität wird aufgrund der Datenverfügbarkeit auf Grundlage von zwei Indikatoren operationalisiert. Eine vorhandene nationale Identität bei gleichzeitiger Ablehnung einer europäischen Identität lässt sich mit dem Eurobarometer über die Fragen nach der Verbundenheit mit der EU und dem eigenen Land messen. Theoretisch wird die politische Identität vor allem als eine affektive Orientierung verstanden (siehe 2.3.3). Die Fragestellung ist explizit auf die gefühlte Verbundenheit gerichtet und ist daher adäquat formuliert (Wagner 2012: 172). Zudem lässt sich durch die separate Messung der nationalen und europäischen Identität das Verhältnis beider Einstellungen bestimmen. Der zweite Indikator, der für eine Operationalisierung geeignet erscheint, bildet die empfundene Bedrohung der kulturellen Identität durch die EU ab. In der Herleitung des Identitätskonzepts wurde deutlich, dass eine Identitätsstruktur sich immer nach außen abgrenzen lässt. Verbindet ein Befragter die EU mit dem Verlust der kulturellen Identität, so wird davon ausgegangen, dass die EU außerhalb der Grenzen der eigenen Identität verortet wird. Damit werden die Bürger in anderen EU-Mitgliedsländern zu empfundenen Mitgliedern einer „out-group“. Für die Messung des Konstrukts der exklusiven nationalen Identität erscheint dieser Indikator aufgrund der dichotomen Skalierung, die eine Abgrenzung voraussetzt, geeignet. Der Indikator „Verlust der kulturellen Identität“ gehört zu den regelmäßig erhobenen Trendfragen und wird daher für Aussagen zu Niveau und Entwicklung der exklusiven nationalen Identität verwendet. Da dieser Indikator nicht in den Erhebungswellen des Jahres 2007 enthalten war, wird in dieser Regressionsanalyse ersatzweise der Verbundenheits-Indikator verwendet<sup>43</sup>. Um die Exklusivität der nationalen Identität bestimmen zu können und die Skalierung beider Indikatoren anzugleichen, werden die Verbundenheitssysteme ebenfalls dichotom rekodiert. Für jeden Untersuchungszeitpunkt kann die exklusive nationale Identität folglich mit einer Dummyvariablen operationalisiert werden.

In der Regressionsanalyse zur Bestimmung der Determinanten der EU-Unterstützung werden weitere unabhängige Variablen miteinbezogen, die nicht Teil des theoretischen Modells sind. Hierbei handelt es sich um potenzielle Einflüsse des soziodemographischen Status, die als Kontrollvariablen dienen sollen. Der Einschluss dieser Faktoren soll vermeiden, dass die im Vordergrund des Forschungsinteresses stehenden Einstellungen durch individuelle Merkmale einer Person verzerrt werden (Arzheimer 2008: 256). Zunächst wird das Alter der befragten Bürger kontrolliert, um Verzerrungen durch Kohorteneffekte zu ver-

---

<sup>43</sup> Damit wird das Konstrukt der exklusiven nationalen Identität in der Regressionsanalyse zur Bestimmung der Determinanten nicht einheitlich operationalisiert. Aus Gründen der Datenlage müssen vergleichende Aussagen folglich unter Vorbehalt stehen.

meiden. Hierbei wird für jeden Messzeitpunkt und jedes Untersuchungsland eine separate Zentrierung und Standardisierung der Altersvariablen durchgeführt. Darüber hinaus sind das Geschlecht und das Bildungsniveau eine Kontrollvariable. Mit der Kontrolle des Bildungsniveaus sollen Verzerrungen aufgrund des Wissenstandes zur EU ausgeschlossen werden (McLaren 2002: 552). Im Eurobarometer sind die Bildungsjahre einer befragten Person enthalten, sofern die Phase der Ausbildung schon abgeschlossen ist. Für die in Ausbildung befindlichen Personen wurde das Alter abzüglich der ersten sechs Lebensjahre als Näherungswert für die Bildungsjahre angenommen.

#### **4.4 Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung**

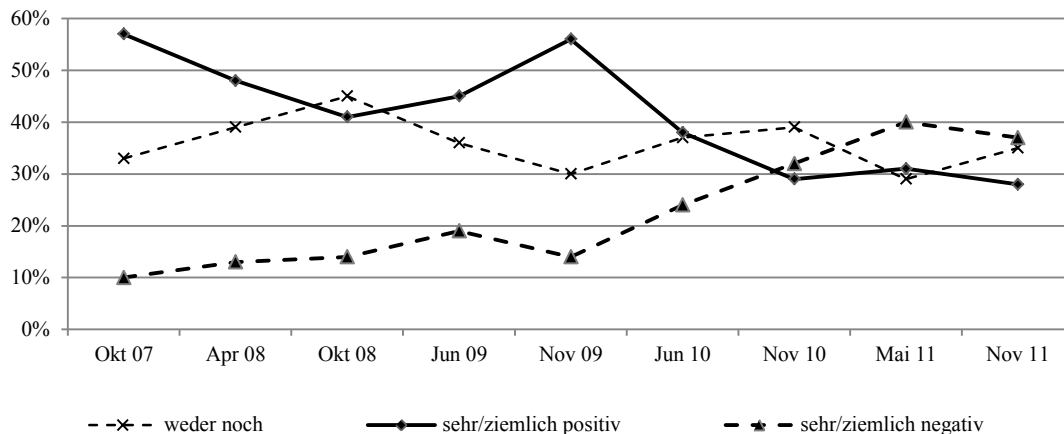
Die Abbildungen 5-9 zeigen Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung und ihrer Determinanten in Griechenland und Deutschland innerhalb des Untersuchungszeitraumes von 2007 bis 2011. Die Befunde für die jeweiligen Untersuchungsländer werden zunächst einzeln und anschließend vergleichend diskutiert. In Griechenland wird die EU im Oktober 2007 von einer absoluten Mehrheit der befragten Bürger unterstützt: 57 Prozent bescheinigen der EU ein ziemlich positives beziehungsweise sehr positives Image. Die Befragungen bis zum Juni 2009 ergeben einen Rückgang der EU-Unterstützung, da sich sowohl für die neutrale Antwortkategorie als auch für die negative Bewertung des EU-Images mehr Befragte entscheiden. Jedoch ergibt sich im November 2009 wieder eine mit dem Ausgangsniveau vergleichbare Verteilung. Nach dieser Messung setzt sich bis zum jüngsten Untersuchungszeitpunkt November 2011 ein deutlicher negativer Trend durch: Während die neutrale Antwortkategorie relativ stabil bei 35 Prozent liegt, bewerten immer mehr Griechen die EU negativ. Im November 2011 hat die EU-Unterstützung vorläufig ihren Tiefpunkt erreicht. Nur 28 Prozent bewerten die EU positiv, 35 Prozent wollen oder können keine klare Bewertung abgeben und 37 Prozent bewerten die EU negativ.

Auch in der Entwicklung des Mittelwerts des Indikators zeigt sich der Rückgang der Unterstützung nach November 2009 (Abbildung 7). Der Zeitraum bis zur nächsten Umfrage welle im Juni 2010 umfasst den Beginn der öffentlichen Debatten zur Schuldenkrise. Zunächst wurde nach und nach der Umfang der Staatsschuldenkrise in Griechenland bekannt. In der ersten Jahreshälfte 2010 setzte zudem die Diskussion auf europäischer Ebene ein. Die Beantragung, Verhandlung und Verabschiedung der ersten Rettungsmaßnahmen und Sparprogramme fallen genau in diesen Zeitraum (siehe 3.2). Es liegt der Schluss nahe, dass

diese Entwicklungen als negativer Schock im Zusammenhang mit der EU-Unterstützung in Griechenland stehen.

Ein Zusammenhang des Einbruchs zum Juni 2010 mit dem Beginn der Schuldenkrise wird auch angesichts der Entwicklung der Determinanten der Unterstützung deutlich (siehe Abbildung 7). Mit Ausnahme der systemischen Performanz der EU zeigen alle Performanzeinstellungen deutliche Einbrüche nach der Befragung im November 2009. Die Griechen bewerten die Leistungsfähigkeit ihres nationalen politischen Systems sowohl in ökonomischen wie in demokratischen Fragen zunehmend schlechter. Auch die zukünftige Entwicklung der persönlichen Jobsituation schätzen die Griechen seit 2010 deutlich schlechter ein. Die Entwicklung der Determinanten und der EU-Unterstützung können auf Basis der deskriptiven Resultate zwar nicht in kausale Zusammenhänge gesetzt werden, auffällig ist jedoch die starke parallele Entwicklung aller untersuchten Einstellungen mit Ausnahme des Identitätsindikators. Aufgrund des langfristigeren Charakters der Identitätseinstellung war eine kriseninduzierte Veränderung jedoch auch nicht erwarten worden.

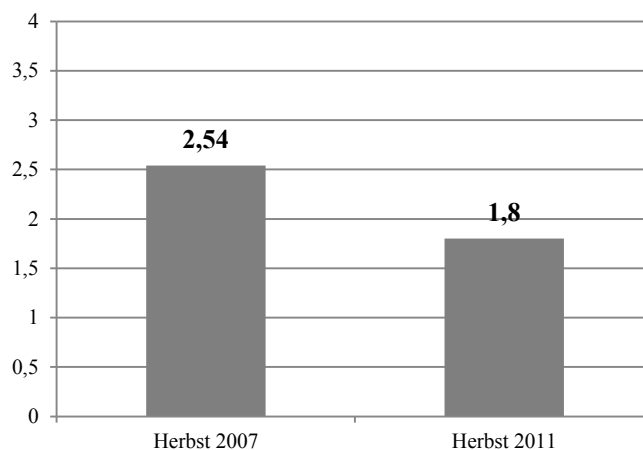
**Abbildung 5: Entwicklung der EU-Unterstützung in Griechenland, 2007-2011**



Datenquelle: Eurobarometer 2007-2011, Stichprobengröße für Griechenland jeweils zirka 1000.

Vollständige Daten im Anhang (Tabelle 12). Die Trendgrafik zeigt die relativen Häufigkeiten der Antwortkategorien des EU-Image-Items. Zur Übersichtlichkeit wurden die Positiv- und die Negativ-Kategorien jeweils zusammengefasst.

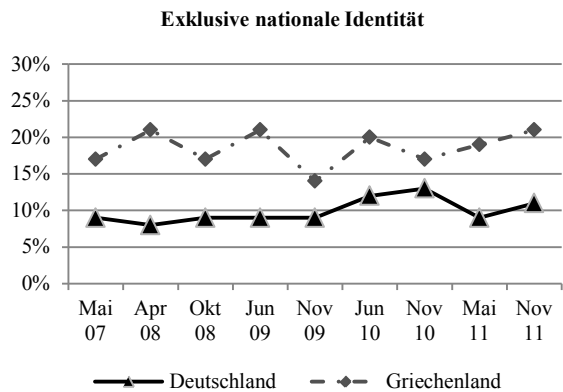
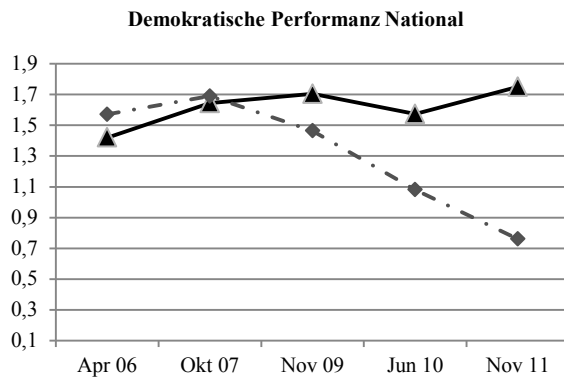
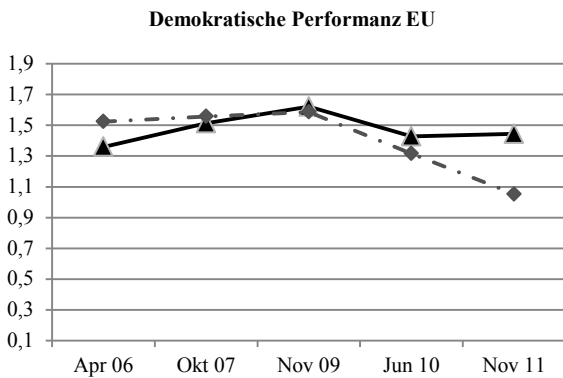
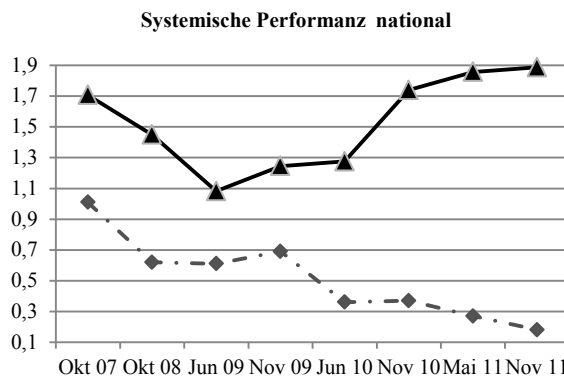
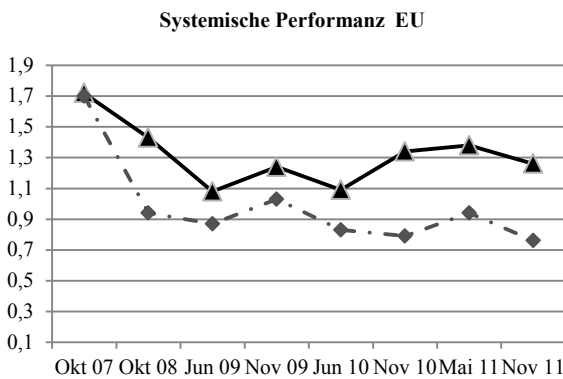
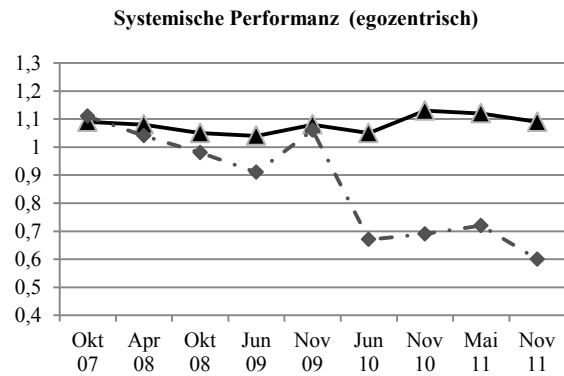
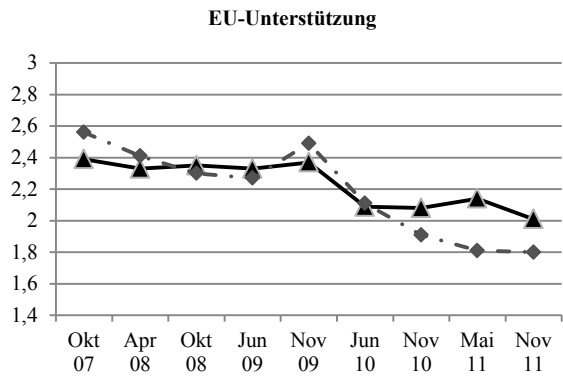
**Abbildung 6: Mittelwertvergleich EU-Unterstützung in Griechenland, 2007 & 2011**



Das Balkendiagramm zeigt das arithmetische Mittel der EU-Unterstützung in Griechenland. Die Mittelwerte in 2007 und 2011 sind höchst signifikant voneinander verschieden ( $H_0: \text{Diff}_{2007-2011} = 0$ ;  $t = 17,58$ ; Satterthwaites Freiheitsgrade: 1939,19).

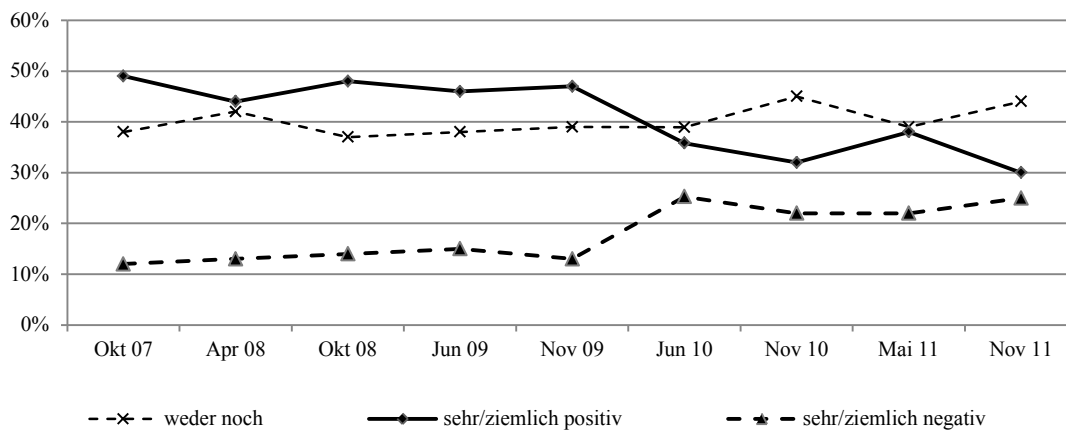
Das Niveau der EU-Unterstützung in der griechischen Bevölkerung ist im Zuge der Schuldenkrise bis zum Ende des Untersuchungszeitraums gesunken. Während bis Ende 2009 zwar Schwankungen festzustellen sind, wird erst nach der Herbstbefragung 2009 eine substanzielle Veränderung des Niveaus der EU-Unterstützung deutlich. Der mit Beginn der Schuldenkrise einsetzende Einbruch und die bis November 2011 fortgesetzte negative Entwicklung der Unterstützung sind entscheidend für den Rückgang im gesamten Untersuchungszeitraum. Der Mittelwert des Indikators verringert sich höchstsignifikant von 2,54 auf 1,8 (Signifikanzniveau 0,1 Prozent, siehe Abbildung 6). Aufgrund der dargestellten Befunde kann die Hypothese **H1** bestätigt werden.

Abbildung 7: Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung und ihrer Determinanten, 2007-2011, in Mittelwerten



Datenquelle: Eurobarometer 2006-2011. Jeweils arith. Mittel für deutsche und griechische Bevölkerung. Stichprobengröße jeweils zirka 1000 (GR) und 1500 (DE). Es werden alle verfügbaren Messzeitpunkte dargestellt. Für die demokratische Performanz wurde die Erhebung im Frühjahr 2006 ergänzt. Die Interpretation der Y-Achsen ergibt sich aus der für die Regressionsanalyse maßgebenden Skalierung ausgehend von 0 als niedrigstem und negativstem Wert (siehe Tabelle 3). Ausnahme bildet das Identitätsitem, angegeben ist der Anteil der Befragten, die eine exklusive nationale Identität angeben, Rest zu 100 % geben keine exklusive nationale Identität an. Die Skalen sind für die jeweiligen Einstellungskonstrukte identisch. Vollständige Daten im Anhang (Tabellen 12-19).

**Abbildung 8: Entwicklung der EU-Unterstützung in Deutschland, 2007-2011**



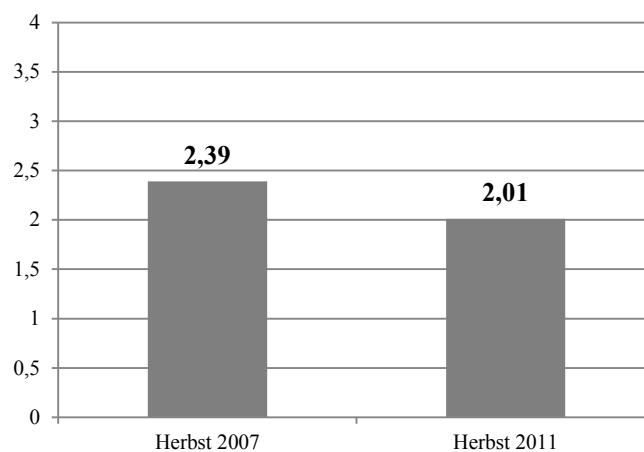
Datenquelle: Eurobarometer 2007-2011, Stichprobengröße für Deutschland jeweils zirka 1500. Vollständige Daten im Anhang (Tabelle 13). Die Trendgrafik zeigt die relativen Häufigkeiten der Antwortkategorien des EU-Image-Items. Zur Übersichtlichkeit wurden die Positiv- und Negativ-Kategorien jeweils zusammengefasst.

Im Oktober 2007 unterstützten nahezu 50 Prozent der Deutschen die EU, während nur 12 Prozent ein negatives Bild von der EU besaßen. In den folgenden zwei Jahren bis zur Befragung im November 2009 sind die Verteilungen zur EU-Unterstützung sehr stabil, sowohl in der relativen Häufigkeiten der Antworten als auch im Mittelwert. Der Beginn der Schuldenkrise fällt auch für die deutsche Bevölkerung mit einem Einbruch der EU-Unterstützung zusammen. Im Juni 2010 bewerten nur noch 36 Prozent die EU positiv, 25 Prozent bewerten sie negativ. Bis November 2011 folgen zwar keine weiteren Einbrüche in ähnlicher Größenordnung, jedoch geben nur noch 30 Prozent der Befragten ein positives EU-Image an.

Die Entwicklung der Determinanten der EU-Unterstützung in Deutschland geben keine eindeutigen Hinweise auf einen Zusammenhang mit der Entwicklung der EU-Unterstützung. Die Deutschen erwarten über den gesamten Untersuchungszeitraum kaum eine Veränderung ihrer persönlichen ökonomischen Lage. Die systemische Performanz der EU wird vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise in 2008 und 2009 schlechter bewertet als noch 2007. Die gleiche Aussage lässt sich für die systemische Performanz des nationalen politischen Systems treffen. Mit Beginn der Schuldenkrise in 2010 ergeben sich nur geringe Schwankungen für die systemische Performanz der EU. Die positive Konjunkturentwicklung in Deutschland macht sich aber in der Bewertung der nationalen Ebene bemerkbar. Sowohl die demokratische als auch die systemische Performanzbewertung liegen im November 2011 auf einem höheren Niveau als zu Beginn des Untersuchungszeit-

raumes. Die Erhebungen in 2010 zeigen eine größere Häufigkeit der exklusiven nationalen Identität (12 Prozent im Juni, 13 Prozent im November), in 2011 wird jedoch wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Die demokratische Performanz der EU wird mit Einsetzen der Schuldenkrise hingegen schlechter bewertet. In 2010 und 2011 geben jeweils 51 Prozent der Deutschen an, dass sie eher unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sind.

**Abbildung 9: Mittelwertvergleich EU-Unterstützung in Deutschland, 2007 & 2011**



Das Balkendiagramm zeigt das arithmetische Mittel der EU-Unterstützung. Die Mittelwerte in 2007 und 2011 sind höchst signifikant voneinander verschieden ( $H_0: \text{Diff}_{2007-2011} = 0$ ;  $t = 12,08$ ; Satterthwaites Freiheitsgrade: 3013,91).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Niveau der EU-Unterstützung in der deutschen Bevölkerung im Zuge der Schuldenkrise bis zum Ende des Untersuchungszeitraums gesunken ist. Ein Mittelwertvergleich ergibt eine höchst signifikante Differenz zwischen der Befragung im Herbst 2007 (2,39) und im Herbst 2011 (2,01). Angesichts der Stabilität des Unterstützungsindikators von 2007 bis 2009 kann auch im Fall der deutschen Bevölkerung angenommen werden, dass die negative Entwicklung der EU-Unterstützung nach Beginn der Schuldenkrise Anfang 2010 für den gesamten Rückgang im Untersuchungszeitraum 2007-2011 maßgeblich verantwortlich ist. Hypothese **H2** kann folglich ebenfalls als bestätigt angesehen werden.

Abschließend sollen die Befunde für die jeweiligen Länder in Beziehung gesetzt werden. Von 2007 bis 2010 entwickelte sich die EU-Unterstützung relativ stabil, wenn auch mit einer größeren Volatilität in Griechenland. Der Verlauf der Mittelwerte zeigt, dass im Zuge der Schuldenkrise die Unterstützung in beiden Ländern sinkt, in Griechenland jedoch deutlich stärker. Die systemische Performanz der EU und der nationalen Ebene entwickeln sich

bis November 2009 gleichlaufend, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Diese Entwicklung war im Rahmen der Erwartungen, da beide Länder in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gleichermaßen von den Auswirkungen der Finanzkrise getroffen waren. Im Zuge der Schuldenkrise spiegelt sich der deutliche Unterschied in der wirtschaftlichen Entwicklung auch in einem gegenläufigen Trend der Performanzbewertungen wider. Ebenfalls im Hinblick auf die unterschiedliche Entwicklung der demokratischen Performanzeinstellungen wird deutlich, dass die Schuldenkrise ganz unterschiedliche Auswirkungen auf die Bürger in Deutschland und Griechenland hatte. Die unterschiedliche Entwicklung im Vergleich zwischen Deutschland und Griechenland wird ebenso im Hinblick auf die EU-Performanzen deutlich, wenn auch in geringerem Umfang als bei den nationalstaatlichen Performanzeinstellungen.

Der Vergleich der Differenzen der EU-Unterstützung von 2007 bis 2011 für beide Länder zeigt, dass der Rückgang der EU-Unterstützung in Griechenland größer ist (2007: 2,54 → 2011: 1,8) als in Deutschland (2,39 → 2,01). Der Differenzvergleich ist dabei höchstsignifikant<sup>44</sup>, sodass Hypothese **H3** bestätigt werden kann. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Schuldenkrise sowohl in Deutschland als auch in Griechenland beträchtliche negative Auswirkungen auf das Niveau der EU-Unterstützung hatte. Der Rückgang der EU-Unterstützung ist im Krisenland Griechenland deutlich größer als im Unterstützerland Deutschland. Dass die beiden Untersuchungsländer ganz unterschiedlich von der Schuldenkrise getroffen wurden, zeigt sich auch in der Entwicklung der Performanzbewertungen der nationalen Ebene. Während die deutsche Bevölkerung die demokratische und systemische Leistungsfähigkeit seit Beginn der Schuldenkrise zunehmend positiv bewertet, sind die Griechen immer unzufriedener mit der Leistungsfähigkeit ihres politischen Systems. Während hinsichtlich der Entwicklung der EU-Unterstützung deutliche Unterschiede zwischen deutscher und griechischer Bevölkerung bestehen, wird im folgenden Abschnitt zu klären sein, inwieweit sich auch die Effekte der Determinanten der Unterstützung im Krisenland Griechenland und im Unterstützerland Deutschland unterscheiden.

---

<sup>44</sup> Das 99,9%-Konfidenzintervall der Differenz der arithmetischen Mittel der EU-Unterstützung in 2007 und 2011 in Griechenland beträgt [0,607; 0,886]. Für die deutsche Bevölkerung beträgt es [0,282; 0,494]. Da keine Überschneidung der Intervalle vorliegt, ist der Rückgang in Griechenland höchstsignifikant stärker als in Deutschland.

## 4.5 Determinanten der EU-Unterstützung

Im folgenden Abschnitt sollen in mehreren Regressionsanalysen die Determinanten der EU-Unterstützung identifiziert werden. Dabei wird zu klären sein, ob die im theoretischen Modell postulierten Zusammenhänge in den empirischen Befunden nachvollzogen werden können. Hierbei stehen insbesondere zwei Analyseziele im Vordergrund: Zunächst soll überprüft werden, ob die als unabhängige Variablen eingebrachten Einstellungskonstrukte grundsätzlich erwartungsgemäße Effekte auf die EU-Unterstützung aufweisen. Das zweite Analyseziel richtet sich auf mögliche Veränderungen in der Erklärung von EU-Unterstützung in Folge der Schuldenkrise. Zur Beantwortung der Analyseziele wurde im Forschungsdesign festgelegt, dass separate Regressionsanalysen für die deutsche Bevölkerung als Vertreterin der Unterstützterländer und für die griechische Bevölkerung als Vertreterin der Krisenländer durchgeführt werden. Eine weitere Differenzierung betrifft den Zeitpunkt der Stichprobe: Das Eurobarometer 68.1 aus dem Herbst 2007 ist deutlich vor der Schuldenkrise erhoben worden, das Eurobarometer 76.3 aus dem Herbst 2011 ist die jüngste verfügbare Erhebung.

Das Kapitel gliedert sich in mehrere Teilschritte, um die Interpretation übersichtlich und möglichst eindeutig zu machen: (1) Zunächst sollen einige methodische Vorbemerkungen gemacht werden, um die Wahl der Regressionsmethode zu erläutern und damit zusammenhängende Anforderungen und Probleme zu diskutieren. (2) Anschließend werden Regressionsmodelle dargestellt und interpretiert, die zunächst nur Einstellungen mit Bezug zur EU einschließen. (3) Daraufhin werden die Einstellungen zur nationalstaatlichen Ebene hinzugefügt, um den Einfluss der im theoretischen Modell postulierten kognitiven Repräsentativitätsheuristik zu untersuchen. Damit wird ermöglicht den zusätzlichen Erklärungsbeitrag der direkten Effekte der Einstellungen zum Nationalstaat im Vergleich der Regressionsmodelle festzustellen. Die Bedeutung der kognitiven Heuristiken zum Nationalstaat wird zudem über Korrelationsanalysen untersucht. (4) Abschließend wird die relative Bedeutung der verschiedenen Einstellungskonstrukte mithilfe der Interpretation standardisierter Regressionskoeffizienten diskutiert.

### 4.5.1 Methodische Vorbemerkungen

Die abhängige Variable der EU-Unterstützung ist ordinalskaliert und besitzt fünf Ausprägungen. Daher kann von einer quasi-metrischen Skalierung der abhängigen Variablen ausgegangen werden (Wittenberg 1998: 77). Dies ermöglicht die Wahl der multiplen linearen OLS-Regression als Schätzmethode zur Bestimmung der Determinanten der EU-Unterstützung. Im Vergleich zur ordinal-logistischen Regression erleichtert dies die Interpretation der Regressionskoeffizienten und die Regressionsdiagnostik erheblich (Wittenberg 1998: 77; Kühnel/Krebs 2010). Die allgemeine Regressionsgleichung lautet wie folgt:

$$y = \beta_0 + \beta_1 x_1 + \beta_2 x_2 + \dots + \beta_k x_k + \varepsilon$$

Alle in dieser Arbeit geschätzten Regressionsmodelle wurden auf mögliche Probleme hinsichtlich Heteroskedastizität, Multikollinearität, und nicht normalverteilter Residuen untersucht<sup>45</sup>. Es werden ausschließliche robuste Standardfehler zur Interpretation der Regressionskoeffizienten verwendet. Fehlende Werte bei einzelnen Variablen führten zum Fallausschluss im jeweiligen Regressionsmodell. Für die Stichproben der deutschen Bevölkerung führte das Vorgehen zu einer Reduktion der Fälle von 1500 auf zirka 1200, für die griechische Bevölkerung von 1000 auf zirka 900. Alle über die Regressionsmodelle hinausgehenden Analysen werden so durchgeführt, dass jeweils die gleiche Fallzahl zugrunde liegt. Aufgrund der Empfehlungen von Arzheimer (2009: 186) wurde auf eine Gewichtung der Daten verzichtet.

### 4.5.2 Der Einfluss der EU-spezifischen Einstellungen

In den ersten Regressionsmodellen wird zunächst auf den Einschluss der Performanzbewertungen der nationalstaatlichen Ebene verzichtet, um zunächst ausschließlich die direkten Effekte der Einstellungen, die sich in ihrem Fokus auf die EU richten, auf die EU-Unterstützung zu untersuchen. Im theoretischen Modell wurde davon ausgegangen, dass die Performanzbewertungen der nationalstaatlichen Ebene im Sinne einer Repräsentativi-

---

<sup>45</sup> Zu den Grundlagen der linearen multiplen Regression der damit verbundenen Voraussetzungen siehe Agresti/Finlay 2009: 335 f., Kohler/Kreuter 2012: 247-287 oder Wolf/Best 2010: 615 f. Potenzielle Probleme der Multikollinearität wurden mit der Berechnung der „variance inflation factors“ überprüft (Acock 2012: 268 f.) Bei insgesamt acht geschätzten Regressionsmodellen variierten die durchschnittlichen vif-Werte zwischen 1,03 und 1,38, ohne dass Ausreißer festgestellt wurden. Die Residuen der geschätzten Modelle sind normalverteilt. Die vollständige Darstellung der „variance inflation factors“ und der Q-Q-Plots erfolgt im Anhang.

tätsheuristik direkte Determinanten der jeweiligen Performanzbewertungen zur EU darstellen. Da vor diesem Hintergrund denkbar ist, dass sich die Regressionskoeffizienten unter Kontrolle der Heuristiken verändern, können an dieser Stelle zunächst nur vorläufige Entscheidungen hinsichtlich der Überprüfung der Forschungshypothesen getroffen werden. Modelle 1 und 2 in Tabelle 4 zeigen die Ergebnisse für die Stichproben in Griechenland, Modelle 3 und 4 zeigen die Ergebnisse für Deutschland.

**Tabelle 4: Determinanten der EU-Unterstützung (nur Einstellungen mit EU-Bezug)**

Abhängige Variable:	Griechenland		Deutschland	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
	2007	2011	2007	2011
EU-Unterstützung	b	b	b	b
<b>Systemische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.137*** (0.035)	0.218*** (0.043)	0.262*** (0.040)	0.234*** (0.040)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)				
Persönliche ökonomische Lage (egozentrisch)	0.097 (0.051)	0.225*** (0.047)	0.121** (0.046)	0.097 (0.055)
<b>Demokratische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.443*** (0.033)	0.476*** (0.041)	0.522*** (0.032)	0.472*** (0.036)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)				
<b>Soziale Identität</b>				
Exklusive nationale Identität	-0.539*** (0.071)	-0.586*** (0.074)	-0.326* (0.148)	-0.345*** (0.071)
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter	0.017 (0.025)	0.041 (0.030)	0.007 (0.022)	0.011 (0.026)
Hoher Bildungsabschluss	-0.009 (0.052)	0.113 (0.063)	0.188*** (0.042)	0.136** (0.047)
Geschlecht	-0.134** (0.046)	-0.030 (0.057)	-0.127** (0.042)	0.006 (0.045)
N	944	842	1169	1173
Adj. R <sup>2</sup>	0.359	0.359	0.351	0.260

Signifikanzniveaus: \* p<0.05, \*\* p<0.01, \*\*\* p<0.001.

Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen.

Lineare Regression. Unstandardisierte Koeffizienten. Robuste Standardfehler in Klammern.

Referenzkategorien: Geschlecht männlich, kürzere Ausbildungsdauer nach Mediansplit.

Die systemische Performanz der EU zeigt in den Modellen 1-4 durchgängig positive und höchstsignifikante Effekte auf die EU-Unterstützung. Je besser die Befragten aller Stichproben die wirtschaftliche Lage in der EU einschätzen, desto positiver ist im Schnitt ihre EU-Unterstützung. Damit kann Hypothese **H4.1** vorläufig als bestätigt angesehen werden. Während der grundsätzliche Zusammenhang über die Modelle hinweg besteht, werden Unterschiede bei der Stärke der Effekte deutlich. In Griechenland ist der geschätzte Effekt in 2011 stärker als noch im Ausgangsjahr (Modell 1). Damit kann die Hypothese **H4.3** als vorläufig bestätigt angesehen werden. In der deutschen Bevölkerung ist der geschätzte Effekt dagegen zu beiden Zeitpunkten ähnlich stark ausgeprägt, was für die vorläufige Bestätigung der Hypothese **H4.5** spricht.

Weniger eindeutig ist der Einfluss der persönlichen ökonomischen Lage. Zwar besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Einschätzung der persönlichen ökonomischen Lage und der EU-Unterstützung über alle Stichproben hinweg, jedoch weist der Effekt in Deutschland 2011 und in Griechenland 2007 keine Signifikanz auf. Damit kann die Hypothese **H4.2**, die einen Effekt unabhängig von Zeitpunkt und Untersuchungsland unterstellt, nicht bestätigt werden. Eine Interpretation ist nicht ohne weiteres möglich. An anderer Stelle (3.4) wurde angenommen, dass die Griechen die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen der Schuldenkrise aufgrund der umfangreichen Sparprogramme möglicherweise der europäischen Ebene zuschreiben. Dagegen erscheint eine Wahrnehmung direkter Auswirkungen der europäischen Politik auf die individuelle wirtschaftliche Lage vor der Schuldenkrise wenig plausibel. Diese Erwartung lässt sich in den Ergebnissen der Regressionsanalyse wiederfinden. Im Krisenjahr 2011 zeigt sich für die griechische Bevölkerung ein hoch signifikanter, positiver Effekt der persönlichen ökonomischen Lage (Modell 2). Die Befunde unterstützen die Erwartung der Hypothese **H4.4**. Für die deutsche Bevölkerung weist die egozentrische Performanzbewertung in der Krise keinen signifikanten Effekt aus. Dies lässt sich allenfalls damit erklären, dass weniger die Entwicklung der individuellen Lage, sondern das Schicksal der gesamten EU im Vordergrund steht, da negative wirtschaftliche Auswirkungen der Schuldenkrise in Deutschland nicht zu spüren waren. Aufgrund der fehlenden Signifikanz des geschätzten Effekts in Modell 4 kann kein eindeutiger Befund festgestellt werden. Hypothese **H4.6**, die nicht von einem größeren Effekt der persönlichen ökonomischen Lage in der Schuldenkrise für die deutsche Bevölkerung ausgeht, kann vorläufig nicht bestätigt werden.

Die demokratische Performanz der EU zeigt über alle Modelle hinweg erwartet positive und höchstsignifikante Effekte auf die EU-Unterstützung. Je zufriedener die Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sind, desto positiver ist im Schnitt ihre EU-Unterstützung. Der grundsätzliche Zusammenhang entspricht damit den Erwartungen: die Hypothese **H5.1** wird daher vorläufig bestätigt. Die geschätzte Effektstärke für die griechische Bevölkerung ist in der Schuldenkrise marginal stärker als noch im Ausgangsjahr. Hypothese **H5.2** kann daher vorläufig bestätigt werden. Der Effekt der demokratischen Performanz der EU in der deutschen Bevölkerung wurde in 2011 jedoch kleiner. Dies spricht gegen eine Bestätigung der Hypothese **H5.3**, in der ein größerer Effekt erwartet wurde. Da die Veränderungen der Effektstärke insgesamt nur gering ausfallen, erscheint besonders die Frage interessant, wie sich der Einfluss der demokratischen Performanz unter Einfluss der nationalstaatlichen Einstellungen entwickelt hat.

Die Effekte der exklusiven nationalen Identität auf die EU-Unterstützung erweisen sich in den ersten Regressionsmodellen ebenfalls gemäß der Erwartungen. Besitzt ein Bürger eine exklusive nationale Identität, so fällt die EU-Unterstützung im Schnitt negativer aus. Der negative Zusammenhang zwischen der Identitätsvariablen und der EU-Unterstützung ist signifikant und robust über die Modelle hinweg. Daher kann Hypothese **H6.1** zunächst als bestätigt angesehen werden. Für beide Länder gilt, dass die geschätzte Stärke des Effekts im Zuge der Krise jeweils zugenommen hat. Daher können die Hypothesen **H6.2** und **H6.3** vorerst bestätigt werden, mit denen für beide Länder ein größerer Effekt der Identität im Krisenjahr 2011 angenommen wurde. Ein weiterer auffälliger Befund betrifft den Vergleich zwischen den Ländern: So hat die Existenz einer exklusiven nationalen Identität für die griechische Bevölkerung einen im Schnitt deutlich stärkeren Effekt auf die EU-Unterstützung als für die deutsche Bevölkerung.

Die soziodemografischen Kontrollvariablen spielen in den ersten Modellen nur eine geringe Rolle. Das Alter der Befragten zeigt keine signifikanten Effekte. Für beide Stichproben der deutschen Bevölkerung zeigt sich ein positiver Effekt des Bildungsdummys. So ist die EU-Unterstützung bei höher Gebildeten im Schnitt positiver. In der griechischen Bevölkerung zeigen sich keine signifikanten Effekte. Das Geschlecht der Befragten spielt in beiden Ländergruppen nur 2007 eine Rolle: Frauen unterstützen die EU weniger stark als Männer. Da für das Jahr 2011 keine Hinweise auf vergleichbare Effekte sichtbar geworden sind, kann der Befund gegebenenfalls auf eine Verzerrung der Stichprobe zurückgeführt werden.

Insgesamt konnten nur wenige, schwache Effekte der soziodemografischen Kontrollen auf die EU-Unterstützung festgestellt werden<sup>46</sup>.

Die Güte der Modellanpassung zeigt, dass die unabhängigen Variablen rund 35 Prozent der Varianz der EU-Unterstützung erklären. Einziger Ausreißer stellt Modell 4 dar, für das ein korrigiertes  $R^2$  von nur 0,26 ausgewiesen werden kann. Es ist zu vermuten, dass in der Schuldenkrise weitere nicht berücksichtigte Faktoren in der Erklärung der EU-Unterstützung in Deutschland eine Rolle spielen. Im nächsten Abschnitt soll die Bedeutung der kognitiven Heuristiken im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus wird zu prüfen sein, ob die Befunde der ersten Regressionsmodelle mit ausschließlich EU-spezifischen Einstellungen Bestand haben.

#### 4.5.3 Der Einfluss der kognitiven Heuristiken zur nationalstaatlichen Ebene

In diesem Teil der Untersuchung werden die gesellschaftsbezogenen Performanzeinstellungen zum Nationalstaat miteinbezogen. Hierbei soll in einem ersten Schritt geklärt werden, inwieweit diese die äquivalenten Performanzeinstellungen zur EU determinieren. Daraus schließt sich eine erneute Schätzung der Regressionsmodelle zur EU-Unterstützung an, um die direkten Effekte der Performanzeinstellungen zum Nationalstaat zu kontrollieren.

Tabelle 5 zeigt die bivariaten Zusammenhänge der Performanzeinstellungen jeweils für Griechenland und Deutschland in 2007 und 2011. Es werden sowohl Korrelationskoeffizienten (Pearsons  $r$ ) als auch das für ordinal skalierte Variablen angemessene Zusammenhangsmaß Kendalls tau-b angegeben (Agresti/Finlay 2009: 242).

**Tabelle 5: Bivariater Zusammenhang der Performanzbewertungen zur EU und zum Nationalstaat**

	Land	Griechenland		Deutschland	
		2007	2011	2007	2011
<b>Systemische Performanz</b>	<i>Pearsons R</i>	0.44	0.37	0.66	0.51
	<i>Kendalls tau-b</i>	0.40	0.34	0.63	0.45
<b>Demokratische Performanz</b>	<i>Pearsons R</i>	0.61	0.64	0.68	0.67
	<i>Kendalls tau-b</i>	0.54	0.58	0.62	0.61

Alle Koeffizienten signifikant auf 0,1 Prozent-Niveau. Fallzahlen entsprechen jeweils den Regressionsmodellen 5-8. Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen.

<sup>46</sup> Regressionsmodelle, die ausschließlich die soziodemografischen Kontrollvariablen enthalten, haben über alle Stichproben hinweg maximal ein korrigiertes  $R^2$  von 0,03 erreicht (siehe Anhang, Tabelle 21).

Unabhängig von Land und Zeitpunkt zeigen sich starke positive Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Performanzeinstellungen zur EU und dem eigenen Nationalstaat. Der Zusammenhang der demokratischen Performanz zur EU und zum Nationalstaat ist für beide Länder besonders stark, da für beide Maßzahlen ausschließlich Werte über 0,5 ausgewiesen werden konnten. Im Vergleich zum Ausgangsjahr 2007 verändern sich die Koeffizienten nur unwesentlich. Hinsichtlich der systemischen Performanz lassen sich 2007 in der deutschen Bevölkerung ähnlich starke Zusammenhänge feststellen. In der Schuldenkrise ist der Zusammenhang weiter sehr ausgeprägt, auch wenn er an Stärke verloren hat. In der griechischen Bevölkerung hängt die systemische Performanz der EU weniger stark mit der systemischen Performanz des Nationalstaats zusammen als in der deutschen Bevölkerung. In der Schuldenkrise gilt auch für Griechenland, dass der Zusammenhang schwächer ist als im Ausgangsjahr, aber weiterhin eine beachtliche Stärke ausweist.

Insgesamt sprechen die Ergebnisse der bivariaten Analysen dafür, dass starke Zusammenhänge zwischen den Performanzeinstellungen zur EU und zum Nationalstaat bestehen. Dieser allgemeine Befund wird auch durch multivariate Regressionen bestätigt, in denen um alle diskutierten Einstellungen des theoretischen Modells der EU-Unterstützung kontrolliert wird. Zur Erklärung der Performanzen der EU tragen die äquivalenten Einstellungen der nationalen Ebene in allen geschätzten Modellen mit Abstand am stärksten bei<sup>47</sup>. Veränderungen differenziert nach Land und Zeitpunkt entsprechen den Befunden der bivariaten Analyse. Die theoretischen Überlegungen zur kognitiven Repräsentativitätsheuristik der nationalstaatlichen Ebene werden daher grundsätzlich empirisch unterstützt<sup>48</sup>. Sowohl für die systemische als auch die demokratische Performanz sprechen die Ergebnisse für den in Hypothese **H7.1** formulierten Mechanismus der kognitiven Repräsentativitätsheuristik der nationalstaatlichen Ebene.

In Hypothese **H7.2** wurde angenommen, dass die Bedeutung der kognitiven Heuristiken durch eine erhöhte Salienz der europäischen Ebene im Zuge der Schuldenkrise abgenommen hat. Hinsichtlich der systemischen Performanz entsprechen die Ergebnisse für beide

---

<sup>47</sup> Auf die Darstellung der multivariaten Regressionsmodelle zur Erklärung der Performanzeinstellungen der EU wird an dieser Stelle verzichtet. Die Aussagen zur relativen Stärke der Performanzeinstellung zum Nationalstaat beziehen sich auf einen Vergleich standardisierter Regressionskoeffizienten. Eine ausführliche Datentabelle findet sich im Anhang, Tabellen 22 und 23.

<sup>48</sup> Hierzu ist anzumerken, dass die Richtung des kausalen Zusammenhangs nicht in den empirischen Analysen überprüft werden kann. Dennoch ist plausibel, dass die nationalstaatlichen Einstellungen die äquivalenten Einstellungen zur EU determinieren. Ein umgekehrter Zusammenhang erscheint wenig plausibel, da kein Anlass besteht, an der größeren Distanz der europäischen gegenüber der nationalen Politik zur Lebenswirklichkeit der Menschen zu zweifeln.

Länder den Erwartungen: Der Zusammenhang ist geringer geworden, auch wenn er weiterhin auf beträchtlichem Niveau verbleibt. Diese Veränderung lässt sich hinsichtlich der demokratischen Performanz nicht feststellen. In beiden Ländern ergeben die Kennzahlen nahezu keine Veränderung gegenüber dem Ausgangsjahr 2007. Die Hypothese **H7.2** kann daher nicht bestätigt werden.

**Tabelle 6: Determinanten der EU-Unterstützung (mit kognitiven Heuristiken zum Nationalstaat)**

Abhängige Variable: EU-Unterstützung	Griechenland		Deutschland	
	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
	2007	2011	2007	2011
	b	b	b	b
<b>Systemische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.089* (0.039)	0.196*** (0.046)	0.203*** (0.053)	0.182*** (0.044)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	0.127*** (0.038)	0.122 (0.066)	0.061 (0.048)	0.071 (0.046)
Persönliche ökonomische Lage (egozentrisch)	0.090 (0.051)	0.214*** (0.047)	0.104** (0.046)	0.081 (0.055)
<b>Demokratische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.433*** (0.040)	0.431*** (0.053)	0.412*** (0.041)	0.304*** (0.046)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	-0.001 (0.035)	0.069 (0.052)	0.146*** (0.037)	0.237*** (0.045)
<b>Soziale Identität</b>				
Exklusive nationale Identität	-0.506*** (0.072)	-0.568*** (0.075)	-0.350** (0.146)	-0.300*** (0.070)
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter	0.012 (0.026)	0.041 (0.030)	-0.002 (0.021)	0.003 (0.026)
Hoher Bildungsabschluss	-0.014 (0.052)	0.119 (0.063)	0.167*** (0.042)	0.110** (0.045)
Geschlecht	-0.125** (0.046)	-0.024 (0.057)	-0.111** (0.042)	0.027 (0.045)
N	939	842	1164	1173
Adj. R <sup>2</sup>	0.367	0.362	0.361	0.288

Signifikanzniveaus: \* p<0.05, \*\* p<0.01, \*\*\* p<0.001.

Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen.

Lineare Regression. Unstandardisierte Koeffizienten. Robuste Standardfehler in Klammern.

Referenzkategorien: Geschlecht männlich, kürzere Ausbildungsdauer nach Mediansplit.

Der nächste Untersuchungsschritt ist der Einschluss der Einstellungen zum Nationalstaat in die Regressionsanalyse der Determinanten der EU-Unterstützung. Tabelle 6 zeigt die multivariaten Regressionsmodelle mit allen im theoretischen Modell enthaltenen Einstellungen. Die Güte der Modellanpassung hat sich durch den Einschluss der Performanzeinstellungen zum Nationalstaat in allen Modellen nur geringfügig erhöht. In Modell 8 für die Stichprobe der deutschen Bevölkerung in 2011 hat sich das korrigierte  $R^2$  gegenüber Modell 2 um 2,8 Prozentpunkte erhöht. Die anderen Modelle zeigen eine maximale Steigerung um einen Prozentpunkt gegenüber den ersten Modellen (1-4). Angesichts der deutlichen Ergebnisse der Zusammenhangsanalysen überrascht dieser Befund nicht. Mit dem Einschluss der Performanzeinstellungen zum Nationalstaat in die Regressionsmodelle 5-8 wird um deren direkte Effekte auf die EU-Unterstützung kontrolliert. Dass diese Anpassung nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der erklärten Varianz der EU-Unterstützung führt, liegt angesichts der bisherigen Befunde daran, dass die Einstellungen zum Nationalstaat bereits in den Modellen 1-4 indirekt über die äquivalenten Einstellungen zur EU zur Erklärung der EU-Unterstützung beigetragen haben. Dies ist ein weiteres Zeichen für die Gültigkeit der Heuristik-Hypothese **H7.1**.

Die geringe Veränderung der Güte der Modellanpassung wird auch darin deutlich, dass die Auswertung der Modelle 5-8 nur wenige Unterschiede zu den ersten geschätzten Modellen bereithält. Die systemische Performanz der EU behält in allen Modellen ihren positiven Effekt auf die EU-Unterstützung. Gegenüber den Modellen 1-4 haben sich die geschätzten Effektstärken jeweils nur marginal verringert. Die systemische Performanz zum Nationalstaat hat in der deutschen Bevölkerung zu beiden Zeitpunkten keinen signifikanten direkten Effekt. In der griechischen Bevölkerung zeigt sich 2007 ein positiver direkter Effekt auf die EU-Unterstützung, in der Schuldenkrise verliert dieser dagegen seine Signifikanz. Die Effekte der persönlichen ökonomischen Lage variieren in den Modellen 5-8 kaum gegenüber den Modellen 1-4. Ein positiver signifikanter Effekt auf die EU-Unterstützung wird in der deutschen Bevölkerung nur 2007, in der griechischen Bevölkerung erst im Krisenjahr 2011 geschätzt. Die Hypothesen **H4.1**, **4.3**, **4.4** und **4.5** können damit weiterhin als bestätigt angesehen werden. Die Hypothesen **H4.2** und **H4.6** können weiterhin nicht bestätigt werden.

Die demokratische Performanz der EU behält über alle Modelle hinweg ihren positiven und höchst signifikanten Effekt auf die EU-Unterstützung. Somit kann Hypothese **H5.1** weiterhin als bestätigt angesehen werden. Die geschätzten Effektstärken sind nach Ein-

schluss der Einstellungen zum Nationalstaat gesunken, die Veränderung über die Zeit verhält sich analog zu den Modellen 1-4: Während der geschätzte Effekt in Griechenland im Krisenjahr 2011 gegenüber dem Ausgangsjahr nahezu unverändert ausfällt, ist er für Deutschland geringer. Wie schon im vorherigen Abschnitt wird Hypothese **H5.2** bestätigt, **H5.3** kann nicht bestätigt werden. Die demokratische Performanz zum Nationalstaat hat zu beiden Zeitpunkten in der griechischen Bevölkerung keinen signifikanten Effekt auf die EU-Unterstützung. Für die deutsche Bevölkerung kann hingegen zu beiden Zeitpunkten ein höchst signifikanter Effekt der demokratischen Performanz des Nationalstaats auf die EU-Unterstützung festgestellt werden. Trotz des starken bivariaten Zusammenhangs zur äquivalenten EU-Einstellung wird ein unabhängiger direkter Effekt geschätzt.

Hinsichtlich der exklusiven nationalen Identität weichen die Befunde teilweise von den ersten Schätzungen ab. Zunächst bleibt der grundsätzlich negative Zusammenhang zwischen einer exklusiven nationalen Identität und der EU-Unterstützung über die Modelle 5-8 bestehen, sodass Hypothese **H6.1** weiterhin als bestätigt angesehen werden kann. Während in den ersten Modellschätzungen der geschätzte Effekt der Identitätsvariablen im Zuge der Schuldenkrise angestiegen ist (Modelle 1-4), gilt diese Veränderung im vollständigen Regressionsmodell nur noch für die griechische Bevölkerung (Modelle 5-8). Es ist denkbar, dass die geschätzten Effekte der Identität in der deutschen Bevölkerung verzerrt waren (Modelle 3 und 4). Hypothese **H6.2** wird daher weiterhin bestätigt, Hypothese **H6.3** kann angesichts der neuen Befunde nicht mehr bestätigt werden.

Die Effekte der soziodemographischen Kontrollvariablen in den Modellen 5-8 verändern sich gegenüber den ersten Schätzungen kaum. Die signifikanten Effekte der Bildung in der deutschen Bevölkerung bleiben erhalten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Annahmen zur kognitiven Repräsentativitätsheuristik der Performanzeinstellungen in den empirischen Befunden nachvollzogen werden konnten. In beiden Untersuchungsländern wurden sowohl für die systemische als auch für die demokratische Performanz starke Zusammenhänge zwischen der jeweiligen Einstellung zur EU und dem Nationalstaat festgestellt. Hinweise auf eine etwaige Abschwächung und damit eine stärkere Differenzierung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene konnten allenfalls für die systemische Performanz verzeichnet werden.

Für die Erklärung der EU-Unterstützung hat sich die Modellschätzung in zwei Stufen ausgezahlt. Es wurde deutlich, dass die überwiegende Zahl der geschätzten Effekte nach Einschluss der Einstellungen zum Nationalstaat ihren Einfluss behält. Mit Ausnahme der Entwicklung der geschätzten Effektstärke der Identitätsvariablen für Deutschland erwiesen sich auch die Veränderungen zwischen den Zeitpunkten als robust. Die direkten Effekte der nationalen Performanzbewertungen haben nur wenig zur Verbesserung der Erklärung der EU-Unterstützung beigetragen. Es ist daher anzunehmen, dass ein Großteil des Einflusses dieser Einstellungen weiterhin indirekt über den vermittelten Effekt der Performanzeinstellungen zur EU wirkt<sup>49</sup>.

#### **4.5.4 Die relative Erklärungskraft der Determinanten**

Abschließend soll die relative Bedeutung der Determinanten für die Erklärung der EU-Unterstützung untersucht werden. Dazu werden in Tabelle 7 die vollständigen Regressionsmodelle 5-8 mit standardisierten Regressionskoeffizienten angegeben. Der Vorteil dieser Kennzahlen ist die Vergleichbarkeit der Effekte innerhalb eines Regressionsmodells, da alle Variablen zur Schätzung der Effekte standardisiert werden und deren Skalierung keine Rolle mehr spielt (Agresti/Finlay 2009: 351; Kohler/Kreuter 2012: 267).

Zunächst werden die standardisierten Koeffizienten für die griechische Bevölkerung im Ausgangsjahr 2007 dargestellt (Modell 5). Die demokratische Performanz der EU trägt am meisten zur Erklärung der EU-Unterstützung bei. Den zweitwichtigsten Beitrag liefert die exklusive nationale Identität. Erst an dritter Stelle folgt eine Variable aus der Gruppe der systemischen Performanzeinstellungen. Insgesamt wird deutlich, dass im Ausgangsjahr vor allem die demokratische Performanz und die exklusive nationale Identität zur Erklärung der EU-Unterstützung beitragen. Im Krisenjahr 2011 (Modell 6) ändert sich die relative Bedeutung der Erklärungsfaktoren. Zwar bleibt die demokratische Performanz wichtigster Faktor im Regressionsmodell, die Differenz zu den anderen unabhängigen Variablen innerhalb des Modells 6 ist jedoch geringer. Die exklusive nationale Identität bleibt der zweitwichtigste Faktor zur Erklärung der EU-Unterstützung.

---

<sup>49</sup> Eine differenzierte Betrachtung der direkten und indirekten Effekte der nationalen Performanzeinstellungen wäre mit der Schätzung von Strukturgleichungsmodellen möglich. Diese ermöglichen die simultane Messung von Effekten im Falle mehrstufiger Kausalzusammenhänge. Auf diesen methodischen Ansatz wurde in dieser Arbeit verzichtet angesichts der wesentlich umfangreicheren Anforderungen zur sinnvollen Interpretation im Vergleich zur hier angewandten Kombination von linearen multivariaten Regression und bivariaten Analysen (siehe dazu Wagner 2012: 162).

**Tabelle 7: Determinanten der EU-Unterstützung (standardisierte Regressionskoeffizienten)**

Abhängige Variable: EU-Unterstützung	Griechenland		Deutschland	
	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
	2007	2011	2007	2011
	$\beta$	$\beta$	$\beta$	$\beta$
<b>Systemische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.079* (0.039)	0.143*** (0.046)	0.141*** (0.053)	0.126*** (0.044)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	0.109*** (0.038)	0.052 (0.066)	0.047 (0.048)	0.050 (0.046)
Persönliche ökonomische Lage (egozentrisch)	0.049 (0.051)	0.129*** (0.047)	0.061** (0.046)	0.042 (0.055)
<b>Demokratische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.412*** (0.040)	0.331*** (0.053)	0.356*** (0.041)	0.240*** (0.046)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	-0.001 (0.035)	0.051 (0.052)	0.137*** (0.037)	0.207*** (0.045)
<b>Soziale Identität</b>				
Exklusive nationale Identität	-0.219*** (0.072)	-0.229*** (0.075)	-0.073** (0.146)	-0.112*** (0.070)
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter	0.014 (0.026)	0.038 (0.030)	-0.002 (0.021)	0.003 (0.026)
Hoher Bildungsabschluss	-0.008 (0.052)	0.053 (0.063)	0.094*** (0.042)	0.061** (0.045)
Geschlecht	-0.071** (0.046)	-0.012 (0.057)	-0.063** (0.042)	0.015 (0.045)
N	939	842	1164	1173
Adj. R <sup>2</sup>	0.367	0.362	0.361	0.288

Signifikanzniveaus: \* p<0.05, \*\* p<0.01, \*\*\* p<0.001.

Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen.

Lineare Regression. Standardisierte Koeffizienten. Robuste Standardfehler in Klammern.

Referenzkategorien: Geschlecht männlich, kürzere Ausbildungsdauer nach Mediansplit.

Hinsichtlich der systemischen Performanz ergeben sich im Krisenjahr jedoch deutliche Veränderungen. Während die Einstellung zum Nationalstaat an Relevanz verliert, gewinnen die systemische Performanz der EU und die persönliche ökonomische Lage an Bedeutung. Diese Befunde deuten in Richtung der in den Hypothesen formulierten Erwartungen: Einstellungen zur wirtschaftlichen Lage haben in der Schuldenkrise insgesamt an relativem

Gewicht gewonnen. Insbesondere die persönliche ökonomische Situation fällt auf, da ein deutlicher Effekt im Krisenjahr festzustellen ist, der sich von den Befunden in den Modellen 5-7 abhebt. Die Untersuchung der standardisierten Koeffizienten bestätigt die bisherigen Ergebnisse für die griechische Bevölkerung.

Für die deutsche Bevölkerung liefert ebenfalls die demokratische Performanz der EU den stärksten Erklärungsbeitrag zur EU-Unterstützung (Modell 7). Die demokratische Performanz des Nationalstaats sowie die systemische Performanz der EU folgen nahezu gleichwertig. Die exklusive nationale Identität hat nur einen schwachen Beitrag zur Erklärung der EU-Unterstützung in 2007 geleistet. Genauso verhält es sich hinsichtlich der persönlichen ökonomischen Lage. Sogar der Bildungsdummy trägt mehr zur Erklärung bei als diese beiden Einstellungen. Im Krisenjahr 2011 (Modell 8) ergeben sich in der deutschen Bevölkerung nur wenige Änderungen. Die demokratische Performanz der EU bleibt wichtigster Erklärungsfaktor im Modell. In 2011 trägt die demokratische Performanz des Nationalstaats mehr zur Erklärung der EU-Unterstützung bei als die systemische Performanz der EU. Damit ist ein erster kriseninduzierter Befund, dass die Performanzbewertungen zur Demokratie im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland weiterhin die wichtigeren Erklärungsfaktoren sind. Darüber hinaus bestätigt sich die Erwartung, dass die Relevanz der Identitätsvariablen in 2011 größer ist als noch 2007. In der deutschen Bevölkerung dominieren im Krisenjahr zwar weiterhin die Performanzeinstellungen, die Frage der exklusiven Identität hat im Vergleich mit den anderen Einstellungen im Modell jedoch an Gewicht gewonnen. Die Untersuchung der standardisierten Regressionskoeffizienten haben die bisherigen Befunde weitgehend unterstützt, sodass keine Veränderung hinsichtlich der Bestätigung der Forschungshypothesen nötig wird. Die Ausnahme bildet die größere Bedeutung der exklusiven nationalen Identität: Im Vergleich zu 2007 hat die exklusive nationale Identität einen größeren relativen Erklärungsbeitrag zur EU-Unterstützung in der deutschen Bevölkerung. Für sich alleingenommen spricht dieser Befund zwar für eine Bestätigung der Hypothese **H6.3**, da der geschätzte unstandardisierte Koeffizient in Modell 8 aber schwächer ist als im Ausgangsjahr, wird aufgrund der inkonsistenten Befunde von einer Bestätigung abgesehen.

#### 4.6 Zusammenfassung der Ergebnisse

Der abschließende Teil dieses Kapitels führt die Ergebnisse der empirischen Analysen zu Niveau und Entwicklung der EU-Unterstützung sowie den Determinanten der EU-Unterstützung zusammen. Die deskriptiven Analysen haben deutlich gezeigt, dass das Niveau der EU-Unterstützung im Herbst 2011 in Deutschland und Griechenland niedriger ist als zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Herbst 2007 (Bestätigung Hypothese **H1**, **H2**). Der entscheidende Rückgang der EU-Unterstützung konnte im Zeitverlauf dem ersten Halbjahr 2010 zugeordnet werden. In diesen Zeitraum fällt der Beginn der Schuldenkrise, die sich zunächst in der Staatsschuldenkrise Griechenlands und dem politischen Krisenmanagement auf europäischer Ebene gezeigt hat. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums im Herbst 2011 ist das Niveau der EU-Unterstützung weiter gesunken, der entscheidende Schock ist aber auf die erste Jahreshälfte 2010 zurückzuführen.

Im Ländervergleich wurde deutlich, dass für Deutschland und Griechenland zwar grundsätzlich die gleichen Tendenzen hinsichtlich der Entwicklung der EU-Unterstützung festzustellen sind. Der Rückgang war in Griechenland jedoch deutlich größer (Bestätigung Hypothese **H3**). Damit wurde die Erwartung unterstützt, dass die Griechen aufgrund der direkten Krisenbetroffenheit eine stärkere Veränderung der EU-Unterstützung zeigen als die Deutschen.

Im Hinblick auf Niveau und Entwicklung der Determinanten der EU-Unterstützung zeigten sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen der deutschen und der griechischen Bevölkerung. Die Performanzeinstellungen zum Nationalstaat haben sich in den beiden Ländern gerade nach dem Beginn der Schuldenkrise in 2010 stark gegenläufig entwickelt. Die Performanzeinstellungen zur EU zeigen in beiden Ländern einen negativen Trend, innerhalb der deutschen Bevölkerung ist dieser aber in geringerem Ausmaß festzustellen. In der Diskussion der Schuldenkrise wurde angenommen, dass sich die Krisenbetroffenheit der Gruppen der Unterstützungsländer und der Krisenländer substantiell voneinander unterscheidet. Die deskriptiven Befunde für die beiden Stellvertreter Deutschland und Griechenland unterstützen die Annahme, dass sich auch die Einstellungen der Bürger unterschiedlich entwickelt haben.

In den Regressionsanalysen zur Bestimmung der Determinanten der EU-Unterstützung wurden zwei Analyseziele verfolgt. Zum einen sollten die im theoretischen Modell postulierten grundsätzlichen Wirkungszusammenhänge überprüft werden, zum anderen standen

potenzielle Veränderungen in der Erklärung der EU-Unterstützung durch die Schuldenkrise in den beiden Ländern im Mittelpunkt. Unabhängig von Untersuchungsland und Zeitpunkt haben sich signifikante und theoriekonforme Effekte der gesellschaftsbezogenen systemischen Performanz der EU, der demokratischen Performanz der EU sowie der exklusiven nationalen Identität auf die EU-Unterstützung gezeigt (Bestätigung Hypothesen **H4.1**, **5.1**, **6.1**). Aus den Determinanten des theoretischen Modells haben sich nur für die systemische Performanz mit egozentrischer Perspektive, also der persönlichen ökonomischen Lage, inkonsistente Befunde ergeben. Hypothese **H4.2** kann damit nicht bestätigt werden.

Die Bedeutung der Performanzeinstellungen zum Nationalstaat wurde in Abschnitt 4.5.3 untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass starke Zusammenhänge zwischen den Einstellungen zum Nationalstaat und ihrem jeweiligen Äquivalent zur EU bestehen. Dieser allgemeine Befund gilt unabhängig von Land und Zeitpunkt und unterstützt die Annahme, dass die Bürger die Performanzeinstellungen zur EU über eine Repräsentativitätsheuristik zur nationalen Ebene bilden (Bestätigung der Hypothese **H7.1**). Zwar sind diese kognitiven Prozesse nicht direkt beobachtbar, dennoch sprechen die Befunde für die theoretischen Annahmen. Dass die Stärke der Zusammenhänge zwischen den jeweils äquivalenten Performanzeinstellungen im Zuge der Schuldenkrise geringer ausfällt, konnte nicht eindeutig nachgewiesen werden. Während sich in beiden Ländern für die systemische Performanz weniger starke Zusammenhänge als im Ausgangsjahr 2007 ergeben, hängt die demokratische Performanz der EU zu beiden Zeitpunkten in gleicher Stärke mit der demokratischen Performanz des Nationalstaats zusammen. Eine Folge dieser Ergebnisse zu den kognitiven Heuristiken ist, dass die EU-Unterstützung indirekt durch die Performanzeinstellungen zum Nationalstaat beeinflusst wird. Dies geschieht über den vermittelten Effekt der Performanzeinstellungen zur EU. Diese Aussage wird auch durch den Vergleich der Regressionsmodelle unterstützt. Die Modelle, die um die direkten Effekte der Einstellungen zum Nationalstaat kontrollieren, erklären die Varianz der EU-Unterstützung nur geringfügig besser. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die EU-Unterstützung auch in der Schuldenkrise zu einem großen Teil von Performanzbewertungen beeinflusst wird, die ihren Ursprung in der Beurteilung der nationalen Situation haben. Daher kann Hypothese **H7.2** nicht bestätigt werden.

Abschließend sollen nun die Ergebnisse zu den Unterschieden der Erklärung der EU-Unterstützung zwischen 2007 und 2011 erläutert werden. Für Griechenland wurde festge-

stellt, dass die Einstellungen zur demokratischen Performanz zu beiden Zeitpunkten die wichtigsten Erklärungsfaktoren für die EU-Unterstützung sind. Die geschätzten Effekte der gesellschaftsbezogenen systemischen Performanz der EU und die persönlichen ökonomischen Lage sind 2011 größer geworden im Vergleich zum Ausgangsjahr. Die Hypothesen **H4.3** und **4.4** können daher als bestätigt angesehen werden. Dieser Befund war angesichts der wirtschaftlichen Krisenbetroffenheit der Griechen erwartet worden. Die Bedeutung der Einstellungen der systemischen Performanz hat auch im Vergleich zu anderen Determinanten an Gewicht gewonnen. Dennoch bleibt die demokratische Performanz der EU auch in Griechenland der stärkste Erklärungsfaktor, der geschätzte Effekt der Einstellung ist nahezu gleich groß (Bestätigung Hypothese **H5.2**). Der Effekt der exklusiven nationalen Identität ist etwas größer geworden, die Variable ist zu beiden Zeitpunkten der zweitwichtigste Erklärungsfaktor (Bestätigung Hypothese **H6.2**). Ein bemerkenswerter Befund betrifft die persönliche ökonomische Lage. Der Faktor hat in der griechischen Bevölkerung in der Schuldenkrise einen deutlich größeren geschätzten Effekt als in jeder anderen Stichprobe (Bestätigung Hypothese **H4.4**). Damit konnte ein Hinweis darauf erbracht werden, dass die Griechen in der Schuldenkrise ihre persönliche ökonomische Situation möglicherweise direkt der europäischen Ebene zuschreiben.

Die Befunde für die deutsche Bevölkerung unterscheiden sich davon deutlich. Der geschätzte Effekt der systemischen Performanz der EU ist im Zuge der Schuldenkrise nicht größer geworden (Bestätigung Hypothese **H4.5**). Hinsichtlich des Effekts einer exklusiven nationalen Identität hat sich für Deutschland gezeigt, dass der geschätzte Effekt in 2011 kleiner ist als im Ausgangsjahr. Bei Betrachtung der standardisierten Regressionskoeffizienten wurde dagegen deutlich, dass die Identitätsvariable 2011 im Vergleich zu den anderen Determinanten mehr zur Erklärung der EU-Unterstützung beiträgt als noch im Ausgangsjahr. Für das Unterstützerland Deutschland wurde angenommen, dass die eingeforderte Solidarität mit den europäischen Nachbarn in der Schuldenkrise, die theoretisch stark mit der Frage der europäischen Identität verknüpft wurde, dazu führen könnte, dass die EU-Unterstützung stärker von der Frage der Identitätsstruktur der Individuen abhängt. In der empirischen Analyse haben sich dazu keine eindeutigen Ergebnisse gezeigt: Die Performanzeinstellungen waren insgesamt auch 2011 die stärksten Determinanten. Ein eindeutig stärkerer Effekt der Identitätsvariablen konnte entgegen der Erwartung nicht festgestellt werden, sodass die Hypothese **H6.3** nicht bestätigt werden kann.

## 5. Schlussbetrachtung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit standen die Entwicklung und die Erklärung der EU-Unterstützung im Zuge der europäischen Schuldenkrise in Deutschland und Griechenland. Um die Auswirkungen der Schuldenkrise auf die Einstellungen der Bürger zur EU zu untersuchen, wurde auf die etablierte Forschungstradition der EU-Unterstützung zurückgegriffen. Die Herleitung eines theoretischen Modells der EU-Unterstützung basierte vornehmlich auf den Arbeiten von Dieter Fuchs, der als Determinanten die wahrgenommene systemische und demokratische Performanz der EU, die soziale Identität sowie Einstellungen zum Nationalstaat postulierte. Vor dem Hintergrund des Forschungsstandes der EU-Unterstützung wurden die Einstellungskonstrukte ausführlich begründet und ein integriertes theoretisches Modell aufgestellt.

Um potenzielle Konsequenzen der Schuldenkrise für die im Zusammenhang mit der EU-Unterstützung diskutierten Einstellungen der Bürger greifbar zu machen, wurde im nächsten Schritt versucht, die Auswirkungen der Schuldenkrise zu systematisieren. Erstmals in der Geschichte der europäischen Integration hat sich mit Beginn des Jahres 2010 eine wirtschaftliche Krise ereignet, von der mehrere EU-Mitgliedsstaaten betroffen sind. Dabei hat diese ihren Ursprung in der Konstruktion der gemeinsamen Währungsunion genommen – ein zentrales Projekt der europäischen Integration der letzten 20 Jahre. Es wurde deutlich, dass das politische Krisenmanagement auf der europäischen Ebene koordiniert werden musste, um den Solvenzproblemen einzelner Staaten effektiv begegnen zu können. Die Legitimation der Rettungsmaßnahmen auf der einen und die Umsetzung der Sparmaßnahmen auf der anderen Seite war dagegen Sache der Nationalstaaten, da große Teile der Fiskalpolitik weiterhin im Kompetenzbereich der nationalen Politik liegen.

Die ökonomische und die politische Dimension der Schuldenkrise hatten vielfältige Auswirkungen, von denen die Bürger in den EU-Mitgliedsstaaten nicht gleichermaßen betroffen waren. Als zweckdienlich erwies sich die Differenzierung in Krisen- und Unterstützerländer. Die Bürger in den Krisenländern sind von den wirtschaftlichen Auswirkungen durch umfangreiche Sparprogramme betroffen. Die nationalen Regierungen hatten nur geringe Handlungsspielräume bei der Umsetzung der Sparprogramme, was sich für die Bürger in den Krisenländern in einer Alternativlosigkeit bei nationalen Wahlen abzeichnete. Aus der Perspektive der Bürger in den Unterstützerländern wurde die Schuldenkrise vor allem im Zusammenhang mit den Rettungsmaßnahmen des europäischen Krisenmanagements diskutiert. Finanzielle Solidarität zwischen den Bürgern der einzelnen Mitgliedssta-

ten wurde so erstmals in beträchtlichem Umfang eingefordert. Die Auswirkungen der Schuldenkrise für die Bürger wurden anschließend mit den Einstellungen des theoretischen Modells der EU-Unterstützung verknüpft. Für die Bürger in den Krisen- und den Unterstützerländern wurden jeweils potenzielle Konsequenzen für die einzelnen Einstellungen formuliert.

Für die empirische Analyse wurde aus den beiden Ländergruppen mit Deutschland und Griechenland je ein Stellvertreter gewählt, da diese besonders deutlich von den jeweiligen Auswirkungen der Schuldenkrise betroffen waren. Die exponierte Rolle der beiden Länder spiegelte sich auch in der Intensität der öffentlichen Debatten zur Schuldenkrise wider. Griechenland war zudem das erste Land, das die Hilfe der europäischen Nachbarn in Anspruch nehmen musste. Damit war ein ausreichender Abstand des Beginns der Schuldenkrise zum Erhebungszeitpunkt der jüngsten verfügbaren Umfragedaten gegeben. Die Einstellungen des theoretischen Modells der EU-Unterstützung konnten größtenteils angemessen mit den verfügbaren Indikatoren des Eurobarometers operationalisiert werden. Da das Forschungsdesign die Vergleichbarkeit mehrerer Umfragewellen verlangt, konnten alle theoretischen Konstrukte lediglich mit je einem Indikator operationalisiert werden. Insbesondere für die demokratische Performanz wäre es wünschenswert, spezifischer nach einzelnen Merkmalen demokratischer Qualität zu differenzieren. Eine differenziertere Operationalisierung der demokratischen Performanz könnte in der Zukunft genauere Erkenntnisse zu der Frage liefern, welche Faktoren demokratischer Qualität oder Ziele im Zusammenhang mit der EU besonders wichtig für die Bürger sind.

In den deskriptiven Analysen konnten alle Erwartungen weitgehend bestätigt werden. Das Niveau der EU-Unterstützung ist in beiden Ländern in der Untersuchungsperiode gesunken. In der griechischen Bevölkerung ist der Rückgang zudem deutlich größer als in der deutschen. Der größte Anteil am Rückgang lässt sich auf das erste Halbjahr 2010 zurückführen. Bis zum Ende der Untersuchungsperiode im Herbst 2011 hielt der negative Trend an. Die Entwicklung der EU-Unterstützung gleicht folglich deutlich dem zeitlichen Verlauf der Schuldenkrise, die im Frühjahr 2010 zu einem relevanten Thema in den öffentlichen Debatten wurde und es bis zum Ende des Untersuchungszeitraums geblieben ist.

Die Regressionsanalysen zur Bestimmung der Determinanten der EU-Unterstützung haben die erwarteten Kausalzusammenhänge des theoretischen Modells weitgehend bestätigt. Die systemische und die demokratische Performanz der EU sowie die exklusive nationale Identität zeigten durchweg die erwarteten Effekte auf die EU-Unterstützung. Dabei konnte je-

weils rund ein Drittel der Varianz der EU-Unterstützung erklärt werden. Darin zeigt sich, dass die theoretischen Annahmen der EU-Unterstützungsforschung auch in der Analyse vergleichsweise junger Umfragedaten empirische Bestätigung finden. Die genauere Betrachtung der Veränderungen im Zuge der Schuldenkrise hat deutlich gemacht, dass sich die grundsätzliche Struktur der Erklärung der EU-Unterstützung in beiden Untersuchungs-ländern wenig geändert hat. Die Veränderungen der einzelnen Effektstärken ist größtenteils gering, dennoch konnten einige länderspezifische Hypothesen bestätigt werden. Aufgrund der Rolle als Unterstützerland wurde angenommen, dass das Thema Solidarität in der Bewältigung der Schuldenkrise für die Einstellungen der deutschen Bevölkerung im Vordergrund steht. In der Theorie wurde die Existenz einer europäischen Identität als Voraussetzung für die Bereitschaft zur Solidarität definiert. Eine eindeutige Verstärkung des Effekts der exklusiven nationalen Identität konnte in den durchgeführten Schätzungen nicht festgestellt werden. Tatsächlich bleiben die Performanzeinstellungen auch in der Schuldenkrise wichtigste Erklärungsfaktoren der EU-Unterstützung in der deutschen Bevölkerung.

In Griechenland sind Einstellungen zur systemischen Performanz im Vergleich zum Ausgangsjahr wichtiger geworden. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands und den Auswirkungen der mit EU und IWF vereinbarten Sparprogramme waren stärkere Effekte der Einstellungen zur wirtschaftlichen Lage erwartet worden. Insbesondere fällt auf, dass neben der systemischen Performanz der EU auch die persönliche ökonomische Situation deutlich an Relevanz gewonnen hat. Ein Hinweis darauf, dass die Krisensituation die europäische Politik näher an die Lebenswirklichkeit der griechischen Bürger gebracht hat und diese die Ursachen zumindest in Teilen der europäischen Ebene zuschreiben.

Die Distanz der EU zu ihren Bürgern wurde in dieser Arbeit an mehreren Stellen diskutiert. Zunächst ist sie Unterscheidungsmerkmal von nationalen politischen Systemen, die nach wie vor die wichtigste politische Bezugsgröße der meisten Menschen sind. Gleichwohl wurde diskutiert, dass die schrittweise gewachsenen Kompetenzen der EU seit dem Vertrag von Maastricht dazu führen könnten, dass sich die Distanz der EU zu den Bürgern verringert. Aus diesem Argument wurde in der theoretischen Modellbildung der Bedarf zusätzlicher Legitimationsquellen neben reiner Outputorientierung, also der Zufriedenheit mit der Performanz der EU, begründet. Trotz denkbarer Veränderungen durch die europäische Integration wurde im Forschungsstand deutlich, dass die Distanz der EU zur Lebens-

wirklichkeit der Bürger weiterhin so groß ist, dass diese der europäischen Politik durchschnittlich nur geringes Interesse entgegen bringen und über wenig Wissen zur EU verfügen. Aus diesen Überlegungen leitete sich die Annahme ab, dass Einstellungen zur EU nicht nur systematisch über originäre Erfahrungen gebildet werden, sondern auch kognitive Abkürzungen genutzt werden, die auf leichter verfügbares Wissen zurückgreifen. Innerhalb des theoretischen Modells wurde daher angenommen, dass die Performanzeinstellungen zur EU von den äquivalenten Einstellungen zum Nationalstaat determiniert werden. Mit dieser kognitiven Repräsentativitätsheuristik greifen Bürger auf Erfahrungen zur nächsten vergleichbaren Bezugsgröße, also dem eigenen Nationalstaat, zurück, um Wissenslücken zur EU auszugleichen. In der empirischen Analyse wurde zunächst deutlich, dass äquivalente Performanzeinstellungen zur EU und zum Nationalstaat starke Zusammenhänge aufweisen. Im Zuge der Schuldenkrise hat sich dieser Befund für die demokratische Performanz erneut bestätigt. Für die systemische Performanz konnte festgestellt werden, dass stärker zwischen nationaler und europäischer Situation unterschieden wird, der Zusammenhang beider Einstellung verbleibt aber auf hohem Niveau. Die Erwartung, dass sich die Bedeutung der kognitiven Heuristiken in der Schuldenkrise zugunsten einer systematischeren Einstellungsbildung verringert, wurde daher nicht bestätigt.

In der Regressionsanalyse zeigte der Einschluss der nationalstaatlichen Einstellungen keine bedeutsame Verbesserung der Erklärung der EU-Unterstützung. Das deutet daraufhin, dass diese bereits über die äquivalenten Einstellungen zur EU als vermittelte Effekte eingegangen sind. Das Verhältnis der direkten und indirekten Effekte der Einstellungen zum Nationalstaat konnte mit der gewählten Regressionsmethode nicht eindeutig geklärt werden. Deswegen bieten sich für die zukünftige Forschung mehrstufige Verfahren wie Strukturgleichungsmodelle an, um genauere Ergebnisse zu erhalten. Da die direkte Beobachtung der kognitiven Prozesse in Sekundäranalysen von Umfragedaten nicht möglich ist, werden darüber hinaus genügend Indikatoren benötigt, die man zur Identifizierung von kognitiven Heuristiken heranziehen kann. Weitere Ansätze wären die Aufschlüsselung nach Teilgruppen in der Stichprobe nach Bildungsstand und politischem Interesse, um die Grundannahmen der kognitiven Heuristiken empirisch zu testen, wie es beispielsweise Wagner (2012) für die mittel- und osteuropäischen Staaten durchgeführt hat.

Die Ergebnisse der empirischen Analysen geben Hinweise darauf, dass auch in der Schuldenkrise die nationale Ebene die wichtigste politische Bezugsgröße bleibt und diese weiterhin eine entsprechende Rolle auf die Bildung von Einstellungen zur EU hat. Gerade die

Performanzeinstellungen zum Nationalstaat haben in Deutschland und Griechenland in der Schuldenkrise eine entgegengesetzte Entwicklung genommen. Das eröffnet die Frage, inwieweit die Schuldenkrise nicht nur als europäisches Problem, sondern auch als nationales Problem wahrgenommen wird. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Arbeit zu Beginn des Jahres 2013 sind die Folgen der Schuldenkrise in den GIPSI-Staaten weiterhin zu spüren, auch in der europäischen Politik wird die Schuldenkrise bei weitem nicht als überwunden angesehen. Sollte sich in den Krisenländern innerhalb der nächsten Jahre keine Erholung der wirtschaftlichen Lage einstellen, hat dies zweifelsohne auch Folgen für die Unterstützung der nationalen politischen Systeme. Die Wahrnehmung, dass die nationalen politischen Akteure im Hinblick auf den internationalen Charakter der Schuldenkrise über immer geringere Handlungsspielräume verfügen und die persönliche Situation der Bürger nicht verbessern können, könnte nachhaltige Auswirkungen auf die Einstellungen der Bürger zu ihrem nationalen politischen System haben.

Aber auch bezogen auf die Unterstützung der EU muss konstatiert werden, dass die Zukunft der europäischen Integration entscheidend davon abhängt, ob die politischen Entscheidungsträger die Probleme der Schuldenkrise in absehbarer Zeit lösen können. Die Bewertungen der systemischen und der demokratischen Performanz der EU sind auch im Krisenjahr die wichtigsten Determinanten der Unterstützung. Damit besteht die Chance, dass die Bewältigung der Schuldenkrise für die europäische Politik eine Art Bewährungsprobe politischer Handlungsfähigkeit darstellen könnte, die zukünftige Integrationsperspektiven eröffnen kann. Die öffentlichen Debatten zur Schuldenkrise in den EU-Mitgliedsländern und gerade auch in Griechenland und Deutschland wurden stark in nationaler Perspektive geführt. Dabei wurden auch Ressentiments gegenüber Bürgern und politischen Akteuren anderer Mitgliedsstaaten thematisiert. Dies führte sogar zu Demonstrationen, die sich explizit gegen die Rolle der Unterstützerländer wie Deutschland und Frankreich richteten. Diese Symptome in der Entwicklung der Schuldenkrise sprechen gegen die theoretisch diskutierte Rolle einer europäischen Identität als Ersatzquelle für politische Unterstützung in Krisenzeiten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die Probleme der Schuldenkrise in naher Zukunft zu lösen und dabei den sozialen Frieden innerhalb der EU-Mitgliedsländer zu bewahren.

Szenarien zum weiteren Verlauf der Schuldenkrise, ihrer Auswirkungen auf die Einstellungen der Bürger und zur potenziellen Weiterentwicklung des institutionellen Aufbaus der EU können in der gegenwärtigen Lage eher Momentaufnahmen sein als nachhaltig gesi-

cherte Prognosen. Angesichts der fortwährenden Relevanz der Schuldenkrise und ihrer Folgen eröffnen sich zahlreiche Forschungsperspektiven zur politischen Unterstützung der EU, aber auch der nationalen politischen Systeme. Die Erweiterung des in dieser Arbeit eng begrenzten Forschungsdesigns um eine größere Zahl von Untersuchungszeitpunkten würde möglicherweise zu einer größeren Robustheit der Ergebnisse führen. In den kommenden Jahren wird sich die Auswahl der erhobenen Umfragedaten zu Einstellungen zur EU in der Schuldenkrise vergrößern. Damit fallen einige Einschränkungen aufgrund der Datenverfügbarkeit weg, sodass auch ein Einschluss weiterer Krisenländer einfacher möglich wird. Eine stärkere Generalisierbarkeit der Befunde sollte dabei eines der Forschungsziele sein. So könnte beispielsweise überprüft werden, ob die Auswirkungen der Schuldenkrise in allen betroffenen Ländern vergleichbare Konsequenzen für die politischen Einstellungen der Bürger hatten. Dabei erscheint interessant, ob die vergleichsweise grobe Aufteilung in Krisen- und Unterstützerländer aufrechterhalten werden kann. Ebenso erscheint untersuchungswürdig, wie ausgeprägt die Krisenbetroffenheit in einzelnen Ländern sein muss, um messbare Veränderungen in den Einstellungen der Bürger zu bewirken.

## Literaturverzeichnis

- Abdelal, Rawi/Herrera, Yoshiko M./Johnston, Alastair I./McDermott, Rose (2006): Identity as a Variable, in: *Perspectives on Politics*, 4 (4), 695–711.
- Acock, Alan C. (2012): *A Gentle Introduction to Stata*, überarbeitete 3. Auflage, College Station: Stata Press.
- Agresti, Alan/Finlay, Barbara (2009): *Statistical Methods for the Social Sciences*, 4. Auflage, Upper Saddle River: Pearson Prentice Hall.
- Ajzen, Icek/Fishbein, Martin (1980): *Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Almond, Gabriel A. (1980): The Intellectual History of the Civic Culture Concept, in: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): *The Civic Culture Revisited: An Analytic Study*, Boston: Little Brown, 1–36.
- Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham (1978): *Comparative Politics, System, Process, and Policy*, 2. Auflage, Boston: Little Brown.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture, Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton: Princeton University Press.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.) (1980): *The Civic Culture Revisited, An Analytic Study*, Boston: Little Brown.
- Anderson, Christopher J. (1998): When in Doubt, Use Proxies: Attitudes toward Domestic Politics and Support for European Integration, in: *Comparative Political Studies*, 31 (5), 569–601.
- Anderson, Christopher J./Tverdova, Yuliya V. (2003): Corruption, Political Allegiances, and Attitudes Toward Government in Contemporary Democracies, in: *American Journal of Political Science*, 47 (1), 91–109.
- Anderson, Jeffrey J. (Hrsg.) (1999): *Regional Integration and Democracy, Expanding on the European Experience*, Lanham: Rowman & Littlefield.

- Arghyrou, Michael G./Kontonikas, Alexandros (2012): The EMU Sovereign Debt Crisis: Fundamentals, Expectations and Contagion, in: *Journal of International Financial Markets, Institutions and Money*, 22 (4), 658–677.
- Armingeon, Klaus/Baccaro, Lucio (2012): Political Economy of the Sovereign Debt Crisis: The Limits of Internal Devaluation, in: *Industrial Law Journal*, 41 (3), 254–275.
- Armingeon, Klaus/Guthmann, Kai (2012): Democracy in Crisis? The Declining Support for National Democracy in European Countries 2006-2011, Working Paper, Bern: Universität Bern.
- Arzheimer, Kai (2008): Die Wähler der extremen Rechten 1980 - 2002, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Arzheimer, Kai (2009): Mehr Nutzen als Schaden? Wirkung von Gewichtungungsverfahren, in: Schoen, Harald/Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Vom Interview zur Analyse: Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*, Baden-Baden: Nomos, 361–388.
- Ashmore, Richard D./Jussim, Lee J. (Hrsg.) (1997): *Self and Identity, Fundamental Issues*, New York: Oxford University Press.
- Barnes, Samuel H./Simon, János (Hrsg.) (1998): *The Postcommunist Citizen*, Budapest: Erasmus Foundation and Institute for Political Science of the Hungarian Academy of Sciences.
- Bechtel, Michael M./Hainmueller, Jens/Margalit, Yotam (2012): *Sharing the Pain: What Explains Public Opinion Towards International Financial Bailouts?*, Working Paper 2012-5, Cambridge, MA: Massachusetts Institute of Technology, Political Science Department.
- Beckert, Jens/Streeck, Wolfgang (2012): Die Fiskalkrise und die Einheit Europas, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62 (4), 7–17.
- Berg-Schlosser, Dirk/Rytlewski, Ralf (Hrsg.) (1993): *Political Culture in Germany*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Böhnisch, Lothar (2006): *Politische Soziologie, Eine problemorientierte Einführung*, Opladen: Barbara Budrich.

- Boomgaarden, Hajo G./Schuck, Andreas R. T./Elenbaas, Matthijs/Vreese, Claes H. de (2011): Mapping EU Attitudes: Conceptual and Empirical Dimensions of Euroscepticism and EU Support, in: *European Union Politics*, 12 (2), 241–266.
- Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van/Roller, Edeltraud (Hrsg.) (2003): *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Brewer, Marilyn B. (2001): The Many Faces of Social Identity: Implications for Political Psychology, in: *Political Psychology*, 22 (1), 115–125.
- Brubaker, Rogers/Cooper, Frederick (2000): Beyond "Identity", in: *Theory and Society*, 29 (1), 1–47.
- Bruter, Michael (2005): *Citizens of Europe?, The Emergence of a Mass European Identity*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Calliess, Christian (2012): *Kein Geld ohne Parlament: ESM, Budgetverantwortung und Bundesverfassungsgericht*, Working Paper: Bertelsmann Stiftung.
- Carey, Sean (2002): Undivided Loyalties: Is National Identity an Obstacle to European Integration?, in: *European Union Politics*, 3 (4), 387–413.
- Cerutti, Furio (2008): Why Political Identity and Legitimacy Matter in the European Union, in: Cerutti, Furio/Lucarelli, Sonia (Hrsg.): *The Search for a European Identity: Values, Policies and Legitimacy of the European Union*, London/New York: Routledge, 3–22.
- Cerutti, Furio/Lucarelli, Sonia (Hrsg.) (2008): *The Search for a European Identity, Values, Policies and Legitimacy of the European Union*, London/New York: Routledge.
- Chaiken, Shelly/Liberman, Akiva/Eagly, Alice H. (1989): Heuristic and Systematic Information Processing within and beyond the Persuasion Context, in: Uleman, James S./Bargh, John A. (Hrsg.): *Unintended Thought*, New York: Guilford Press, 212–252.
- Chu, Yun-han/Bratton, Michael/Lagos Cruz-Coke, Marta/Shastri, Sandeep/Tessler, Mark A. (2008): Public Opinion and Democratic Legitimacy, in: *Journal of Democracy*, 19 (2), 74–87.
- Citrin, Jack/Sides, John (2004): More than Nationals: How Identity Choice Matters in the New Europe, in: Herrmann, Richard K./Risse, Thomas/Brewer, Marilyn B. (Hrsg.):

- Transnational Identities: Becoming European in the EU, Lanham: Rowman & Littlefield, 161–185.
- Clarke, Harold D./Dutt, Nitish/Kornberg, Allan (1993): The Political Economy of Attitudes toward Polity and Society in Western European Democracies, in: *The Journal of Politics*, 55 (4), 998–1021.
- Clausen, Lisbeth (2004): Localizing the Global: ‘Domestication’ Processes in International News Production, in: *Media, Culture & Society*, 26 (1), 25–44.
- Daily Mail (2012): Greeks Brand Germany 'Nazis' for Driving Through Painful Cuts and 'Taking Control of Their Economy', London, <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2101614/Greece-debt-crisis-Greeks-brand-Germans-Nazis-taking-control-economy.html> (03.01.2013).
- Dalton, Russell J. (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*, Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) (2007): *Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford, New York: Oxford University Press.
- De Grauwe, Paul (2010): The Greek Crisis and the Future of the Eurozone, *Euro Intelligence Discussion Papers*, Brüssel, [http://www.econ.kuleuven.be/ew/academic/intecon/Degrauwe/PDG-papers/Discussion\\_papers/EuroIntelligence-March-2010.pdf](http://www.econ.kuleuven.be/ew/academic/intecon/Degrauwe/PDG-papers/Discussion_papers/EuroIntelligence-March-2010.pdf) (05.11.2012).
- Duchesne, Sophie/Frogner, André-Paul (2008): National and European Identifications: A Dual Relationship, in: *Comparative European Politics*, 6 (2), 143–168.
- Eagly, Alice H./Chaiken, Shelly (1993): *The Psychology of Attitudes*, Fort Worth: Harcourt Brace Jovanovich College Publishers.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*, New York: Wiley.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, 5 (4), 435–457.
- EFSF (2012): *European Financial Stability Facility - Official FAQ Document*, Luxemburg: EFSF, [http://www.efsf.europa.eu/attachments/faq\\_en.pdf](http://www.efsf.europa.eu/attachments/faq_en.pdf) (02.01.2013).

- Eichenberg, Richard C./Dalton, Russell J. (1993): Europeans and the European Community: The Dynamics of Public Support for European Integration, in: *International Organization*, 47 (4), 507–534.
- Epley, Nicholas/Gilovich, Thomas (2006): The Anchoring-and-Adjustment Heuristic: Why the Adjustments Are Insufficient, in: *Psychological Science*, 17 (4), 311–318.
- Europäische Kommission (2012): Eurobarometer (Standard-Datensätze 2006-2012), TNS Opinion&Social, Köln: GESIS.
- Eurostat (2013): Europäische und regionale Statistiken, Brüssel: Europäische Kommission, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (01.03.2013)
- Esser, Hartmut (2001): *Sinn und Kultur*, Frankfurt am Main: Campus.
- Faas, Thorsten/Arzheimer, Kai/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.) (2010): *Information - Wahrnehmung - Emotion, Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Finifter, Ada W. (Hrsg.) (1993): *Political Science II: the State of the Discipline*, 2. Auflage, Washington, DC: American Political Science Association.
- Finkel, Steven E./Muller, Edward N./Seligson, Mitchell A. (1989): Economic Crisis, Incumbent Performance and Regime Support: A Comparison of Longitudinal Data from West Germany and Costa Rica, in: *British Journal of Political Science*, 19 (3), 329–351.
- Fischer, Stanley (2001): Distinguished Lecture on Economics in Government: Exchange Rate Regimes: Is the Bipolar View Correct?, in: *The Journal of Economic Perspectives*, 15 (2), 3–24.
- Fishbein, Martin/Ajzen, Icek (2010): *Predicting and Changing Behavior, The Reasoned Action Approach*, New York: Psychology Press.
- Fligstein, Neil (2008): *Euroclash, the EU, European Identity, and the Future of Europe*, Oxford, New York: Oxford University Press.
- Follesdal, Andreas/Hix, Simon (2006): Why there is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik, in: *Journal of Common Market Studies*, 44 (3), 533–562.

- Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter (1993): Trends of Political Support in the Federal Republic of Germany, in: Berg-Schlosser, Dirk/Rytlewski, Ralf (Hrsg.): Political Culture in Germany, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 232–268.
- Fuchs, Dieter (1996): Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung, Veröffentlichungsreihe der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel FS III 96-207, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, 81–114.
- Fuchs, Dieter (1998a): Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien, in: Greven, Michael T. (Hrsg.): Demokratie, eine Kultur des Westens?, Opladen: Leske + Budrich, 151–180.
- Fuchs, Dieter (1998b): The Political Culture of Unified Germany, Veröffentlichungsreihe der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel FS III 98-204, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess: Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 27–49.
- Fuchs, Dieter (2003): Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integrations Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa, in: Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen: Leske + Budrich, 29–56.

- Fuchs, Dieter (2007): The Political Culture Paradigm, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford, New York: Oxford University Press, 161–184.
- Fuchs, Dieter (2011a): Cultural Diversity, the Legitimacy of the EU and European Identity: A Theoretical Framework, in: Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU, Cheltenham: Edward Elgar, 27–60.
- Fuchs, Dieter (2011b): European Identity and Support for European Integration, in: Lucarelli, Sonia/Cerutti, Furio/Schmidt, Vivien A. (Hrsg.): Debating Political Identity and Legitimacy in the European Union, New York: Routledge, 55–75.
- Fuchs, Dieter (2011c): Explaining Support for European Integration: An Attitudinal Model, in: Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU, Cheltenham: Edward Elgar, 220–246.
- Fuchs, Dieter/Guinaudeau, Isabelle/Schubert, Sophia (2009): National Identity, European Identity and Euroscepticism, in: Fuchs, Dieter/Magni-Berton, Raul/Roger, Antoine (Hrsg.): Euroscepticism: Images of Europe among Mass Publics and Political Elites, Opladen: Barbara Budrich Publishers, 91–112.
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) (2011): Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU, Cheltenham: Edward Elgar.
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter/Schlenker-Fischer, Andrea (2011): Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU: Summary and Discussion, in: Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU, Cheltenham: Edward Elgar, 247–262.
- Fuchs, Dieter/Magni-Berton, Raul/Roger, Antoine (Hrsg.) (2009): Euroscepticism, Images of Europe among Mass Publics and Political Elites, Opladen: Barbara Budrich Publishers.
- Fuchs, Dieter/Roger, Antoine/Magni-Berton, Raul (2009): European Cleavage, Euroscepticism and Support of the EU: A Conceptual Discussion, in: Fuchs, Dieter/Magni-Berton, Raul/Roger, Antoine (Hrsg.): Euroscepticism: Images of Europe among Mass Publics and Political Elites, Opladen: Barbara Budrich Publishers, 9–32.

- Fuchs, Dieter/Rohrschneider, Robert (2001): Der Einfluss politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler.: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 245–282.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (1998): Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Easton Europe, in: Barnes, Samuel H./Simon, János (Hrsg.): *The Postcommunist Citizen*, Budapest: Erasmus Foundation and Institute for Political Science of the Hungarian Academy of Sciences, 35–78.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (2006): Learned Democracy? The Support of Democracy in Central and Eastern European Countries, in: *International Journal of Sociology*, 36 (3), 70–96.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.) (2002): *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter/Schneider, Christian (2011): Support of the EU and European Identity: Some Descriptive Results, in: Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU*, Cheltenham: Edward Elgar, 61–85.
- Gabel, Matthew (1998): Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories, in: *The Journal of Politics*, 60, 333–354.
- Gabel, Matthew J./Anderson, Christopher J. (2004): The Structure of Citizen Attitudes and the European Political Space, in: Marks, Gary/Steenbergen, Marco R. (Hrsg.): *European Integration and Political Conflict*, Cambridge, MA: Cambridge University Press, 13–31.
- Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (1997): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich.
- Gainsbury, Sally/Whiffin, Andrew/Birkett, Russell (2011): Financial Pain in Europe, *Financial Times*, <http://www.ft.com/cms/s/0/feb598a8-f8e8-11e0-a5f7-00144feab49a.html#axzz2FOvWSzqn> (18.12.2012).

- Gibson, Heather D./Hall, Stephen G./Tavlas, George S. (2012): The Greek Financial Crisis: Growing Imbalances and Sovereign Spreads, in: *Journal of International Money and Finance*, 31 (3), 498–516.
- Graham, Carol/Sukhtankar, Sandip (2004): Does Economic Crisis Reduce Support for Markets and Democracy in Latin America? Some Evidence from Surveys of Public Opinion and Well Being, in: *Journal of Latin American Studies*, 36 (2), 349–377.
- Greven, Michael T. (Hrsg.) (1998): *Demokratie, eine Kultur des Westens?*, Opladen: Leske + Budrich.
- Habermas, Jürgen (1996): Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 185–191.
- Habermas, Jürgen (Hrsg.) (1996): *Die Einbeziehung des Anderen, Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2004): *Der gespaltene Westen*, 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hagen, Jürgen von/Schuknecht, Ludger/Wolswijk, Guido (2011): Government Bond Risk Premiums in the EU revisited: The Impact of the Financial Crisis, in: *European Journal of Political Economy*, 27 (1), 36–43.
- Heinen, Nikolaus (2011): *Nettozahler oder Nettoempfänger: In der EU eine Frage der Perspektive?*, Aktueller Kommentar, Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research, [http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?rwsite=DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD&rwobj=ReDisplay.Start.class&document=PROD000000000273288](http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?rwsite=DBR_INTERNET_DE-PROD&rwobj=ReDisplay.Start.class&document=PROD000000000273288) (12.01.2013).
- Herrmann, Richard K./Brewer, Marilynn B. (2004): Identities and Institutions: Becoming European in the EU, in: Herrmann, Richard K./Risse, Thomas/Brewer, Marilynn B. (Hrsg.): *Transnational Identities: Becoming European in the EU*, Lanham: Rowman & Littlefield, 1–24.
- Herrmann, Richard K./Risse, Thomas/Brewer, Marilynn B. (Hrsg.) (2004): *Transnational Identities, Becoming European in the EU*, Lanham: Rowman & Littlefield.

- Herzog, Olga (2011): Unterstützung der Demokratie in wirtschaftlichen Krisenzeiten. Eine empirische Analyse am Beispiel der Wirtschaftskrise in Argentinien 2001/02, Unveröffentlichte Magisterarbeit, Mainz: Institut für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Hix, Simon/Høyland, Bjørn K. (2011): *The Political System of the European Union*, 3. Auflage, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2004): Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration?, in: *PS: Political Science and Politics*, 37 (3), 415–420.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2005): Calculation, Community, and Cues, Public Opinion on European Integration, in: *European Union Politics*, 6 (4), 419–443.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science*, 39 (1), 1–23.
- Höpner, Martin/Jurczyk, Bojan (2012): Kritik des Eurobarometers, Über die Verwischung der Grenze zwischen seriöser Demoskopie und interessengeleiteter Propaganda, in: *Leviathan*, 40 (3), 326–349.
- Illing, Gerhard/Jauch, Sebastian/Zabel, Michael (2012): *Die Diskussion um die Eurokrise und ihre Folgen*, Working Paper, München: Ludwig-Maximilians-Universität.
- Isernia, Pierangelo/Fiket, Irena/Serricchio, Fabio/Westle, Bettina (2012): *But Still It Does Not Move: Functional and Identity-Based Determinants of European Identity*, in: Sanders, David/Magalhaes, Pedro/Toka, Gabor (Hrsg.): *Citizens and the European Polity*, Oxford: Oxford University Press.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2009): *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) (2003): *Europäische Integration*, 2. Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Kaina, Viktoria (2009): *Wir in Europa, Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Karmasin, Matthias/Pitters, Harald (2008): Methodenprobleme international vergleichender Umfragen am Beispiel des „Eurobarometer“, in: Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef/Wilke, Jürgen (Hrsg.): Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 435-450.
- Karp, Jeffrey A./Banducci, Susan A./Bowler, Shaun (2003): To Know it is to Love it?: Satisfaction with Democracy in the European Union, in: Comparative Political Studies, 36 (3), 271–292.
- Kavanagh, Tom (2012): How Europe's Media Report Euro Crisis, London: BBC, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-20001940> (29.12.2012).
- Kielmansegg, Peter G. (2003): Integration und Demokratie (mit Nachwort zur 2. Auflage), in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske + Budrich.
- Kinder, Donald R. (2006): Belief Systems Today, in: Critical Review, 18 (1-3), 197–216.
- Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.) (2001): Wahlen und Wähler., Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Knelangen, Wilhelm (2012): Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 62 (4), 32–40.
- Köhler, Christina/Weber, Mathias (2013): Die Finanz- und Wirtschaftskrise, Ursachen, Folgen und Interventionen, in: Quiring, Oliver/Kepplinger, Hans Mathias/Weber, Mathias/Geiß, Stefan (Hrsg.): Lehman Brothers und die Folgen: Berichterstattung zu wirtschaftlichen Interventionen des Staates, Wiesbaden: SpringerVS, 13–25.
- Kohler, Ulrich/Kreuter, Frauke (2012): Datenanalyse mit Stata, Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung, 4. Auflage, München: Oldenbourg.
- Kriesi, Hanspeter (2005): Direct Democratic Choice, The Swiss Experience, Lanham: Lexington Books.
- Kühnel, Steffen M./Krebs, Dagmar (2010): Multinomiale und ordinale Regression, in: Wolf, Christof/Best, Henning (Hrsg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 855–886.

- Lagos, Marta (2003): Support for and Satisfaction with Democracy, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 15 (4), 471–487.
- Lane, Philip R. (2012): The European Sovereign Debt Crisis, in: *Journal of Economic Perspectives*, 26 (3), 49–68.
- Lewis-Beck, Michael S./Stegmaier, Mary (2000): Economic Determinants of Electoral Outcomes, in: *Annual Review of Political Science*, 3 (1), 183–219.
- Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A. (1970): *Europe's Would-Be Polity, Patterns of Change in the European Community*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Lipset, Seymour M. (1981): *Political Man, The Social Bases of Politics*, Baltimore: Johns Hopkins.
- Lobo, Marina C./Lewis-Beck, Michael S. (2012): The Integration Hypothesis: How the European Union Shapes Economic Voting, in: *Electoral Studies*, 31 (3), 522–528.
- Lubbers, Marcel/Scheepers, Peer (2010): Divergent Trends of Euroscepticism in Countries and Regions of the European Union, in: *European Journal of Political Research*, 49 (6), 787–817.
- Lucarelli, Sonia/Cerutti, Furio/Schmidt, Vivien A. (Hrsg.) (2011): *Debating Political Identity and Legitimacy in the European Union*, New York: Routledge.
- Mahler, Vincent A./Taylor, Bruce J./Wozniak, Jennifer R. (2000): Economics and Public Support for the European Union: An Analysis at the National, Regional, and Individual Levels, in: *Polity*, 32 (3), 429–453.
- Maier, Michaela/Adam, Silke/Maier, Jürgen (2012): The Impact of Identity and Economic Cues on Citizens' EU Support: An Experimental Study on the Effects of Party Communication in the Run-Up to the 2009 European Parliament Elections, in: *European Union Politics*, 13 (4), 580–603.
- Maio, Gregory R./Haddock, Geoffrey (2009): *The Psychology of Attitudes and Attitude Change*, London/Los Angeles: SAGE.
- Malkoutzis, Nick (2011): *Greece – A Year in Crisis, Examining the Social and Political Impact of an Unprecedented Austerity Programme*, International Policy Analysis, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Marks, Gary (1999): Territorial Identities in the European Union, in: Anderson, Jeffrey J. (Hrsg.): Regional Integration and Democracy: Expanding on the European Experience, Lanham: Rowman & Littlefield, 69–94.
- Marks, Gary/Steenbergen, Marco R. (Hrsg.) (2004): European Integration and Political Conflict, Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Mau, Steffen (2005): Europe from the Bottom: Assessing Personal Gains and Losses and Its Effects on EU Support, in: Journal of Public Policy, 25 (3), 289–311.
- McLaren, Lauren M. (2002): Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat?, in: The Journal of Politics, 64 (2), 551–566.
- McLaren, Lauren M. (2006): Identity, Interests, and Attitudes to European Integration, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- McLaren, Lauren M. (2007): Explaining Mass-Level Euroscepticism: Identity, Interests, and Institutional Distrust, in: Acta Politica, 42 (2-3), 233–251.
- Media Tenor International (2011): TV-Wirtschaftsnachrichten sind hysterisch und lückenhaft, Rapperswil: Media Tenor International, [http://www.mediatenor.de/newsletters.php?id\\_news=750#](http://www.mediatenor.de/newsletters.php?id_news=750#) (29.12.2012).
- Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef/Wilke, Jürgen (Hrsg.) (2008): Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mundell, Robert A. (1961): A Theory of Optimum Currency Areas, in: American Economic Review, 51 (4), 657–665.
- Nadeau, Richard/Lewis-Beck, Michael S./Bélanger, Éric (2012): Economics and Elections Revisited, in: Comparative Political Studies.
- Nugent, Neill (2010): The Government and Politics of the European Union, 7. Auflage, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Parsons, Talcott (1971): The System of Modern Societies, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung, Grundbegriffe, Theorien, Methoden eine Einführung, 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pisani-Ferry, Jean (2012): The Euro Crisis and the New Impossible Trinity, Brüssel: Bruegel Policy Contribution.
- Pop, Valentina (2012): IMF Worrieds by Social Cost of Greek Austerity, Brüssel: EU Observer, <http://euobserver.com/economic/115104> (30.12.2012).
- Quiring, Oliver/Kepplinger, Hans Mathias/Weber, Mathias/Geiß, Stefan (Hrsg.) (2013): Lehman Brothers und die Folgen, Berichterstattung zu wirtschaftlichen Interventionen des Staates, Wiesbaden: SpringerVS.
- Ray, Leonard (2003): When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration, in: Journal of Politics, 65 (4).
- Risse, Thomas (2010): A Community of Europeans?, Transnational Identities and Public Spheres, Ithaca: Cornell University Press.
- Rohrschneider, Robert (2002): The Democracy Deficit and Mass Support for an EU-Wide Government, in: American Journal of Political Science, 46 (2), 463–475.
- Roller, Edeltraud (2005): Performance of Democracies, Political Institutions and Public Policies, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Sanders, David/Magalhaes, Pedro/Toka, Gabor (Hrsg.) (2012): Citizens and the European Polity, Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa, Effektiv und demokratisch?, Frankfurt/New York: Campus.
- Scharpf, Fritz W. (2010): Community and Autonomy, Institutions, Policies and Legitimacy in Multilevel Europe, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Scharpf, Fritz W. (2011): Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy, LSE Discussion Paper Series 36, London: London School of Economics.

- Scharpf, Fritz W. (2012): Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and its Collapse in the Euro Crisis, MPIfG Discussion Paper 12/6, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2000): Politische Kommunikation und Wählerverhalten, Ein internationaler Vergleich, 1. Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schoen, Harald/Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (2009): Vom Interview zur Analyse, Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung, Baden-Baden: Nomos.
- Schumann, Siegfried (2012): Individuelles Verhalten, Möglichkeiten der Erforschung durch Einstellungen, Werte und Persönlichkeit, Schwalbach: Wochenschau.
- Shambaugh, Jay C. (2012): The Euro's Three Crises, Brookings Papers on Economic Activity Spring 2012, Washington, DC: McDonough School of Business, Georgetown University.
- Shore, Cris (2012): The Euro Crisis and European Citizenship, The Euro 2001-2012 - Celebration or Commemoration?, in: Anthropology Today, 28 (2), 5–9.
- Simmons, Joseph P./LeBoeuf, Robyn A./Nelson, Leif D. (2010): The Effect of Accuracy Motivation on Anchoring and Adjustment: Do People Adjust from Provided Anchors?, in: Journal of Personality and Social Psychology, 99 (6), 917–932.
- Sniderman, Paul M. (1993): The New Look in Public Opinion Research, in: Finifter, Ada W. (Hrsg.): Political Science II: the State of the Discipline, Washington, DC: American Political Science Association, 219–245.
- Sorge, Petra (2011): Jeden Tag ein Untergang, Cicero Online, <http://www.cicero.de/kapital/medien-eurokrise-geldende-herbeigeschrieben/46203>.
- Steenbergen, Marco R./Edwards, Erica E./Vries, Catherine E. de (2007): Who's Cueing Whom?: Mass-Elite Linkages and the Future of European Integration, in: European Union Politics, 8 (1), 13–35.
- Steenbergen, Marco R./Jones, Bradford S. (2002): Modeling Multilevel Data Structures, in: American Journal of Political Science, 46 (1), 218–237.

- Steinmann, Thomas (2012): "Ach so ist das!", Griechenland-Hilfe im Bundestag, Financial Times Deutschland, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:griechenland-hilfe-im-bundestag-ach-so-ist-das/70123873.html> (07.02.2013).
- Stevenson, Betsey/Wolfers, Justin (2011): Trust in Public Institutions over the Business Cycle, NBER Working Paper 16891, Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research (NBER).
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2011): Verantwortung für Europa wahrnehmen, Jahresgutachten 2011/12, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2012): Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/13, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Tajfel, Henri (1981): Human Groups and Social Categories, Studies in Social Psychology, 1. Auflage, Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Thoits, Peggy A./Virshup, Lauren K. (1997): Me's and We's. Forms and Functions of Social Identities, in: Ashmore, Richard D./Jussim, Lee J. (Hrsg.): Self and Identity: Fundamental Issues, New York: Oxford University Press, 106–133.
- Thomassen, Jacques (Hrsg.) (2009): The Legitimacy of the European Union after Enlargement, Oxford: Oxford University Press.
- Turner, John C./Hogg, Michael A./Oakes, Penelope J./Reicher, Stephen D./Wetherell, Margaret S. (1987): Rediscovering the Social Group, Self-Categorization Theory, Oxford/New York: Blackwell.
- Tversky, Amos/Kahneman, Daniel (1974): Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases, in: Science, 185, 1124–1131.
- Uleman, James S./Bargh, John A. (Hrsg.) (1989): Unintended Thought, New York: Guilford Press.
- Vreese, Claes H. de/Boomgaarden, Hajo G./Banducci, Susan/Semetko, Holli (2009): Light at the End of the Tunnel: Towards a European Public Sphere?, in: Thomassen, Jacques

- (Hrsg.): *The Legitimacy of the European Union after Enlargement*, Oxford: Oxford University Press, 44–64.
- Vries, Catherine E. de/Kersbergen, Kees van (2007): *Interests, Identity and Political Allegiance in the European Union*, in: *Acta Politica*, 42 (2-3), 307–328.
- Wagner, Bettina (2010): *Unterstützung der Europäischen Union in Mittel- und Osteuropa: Die Rolle nationalstaatlicher Einstellungen als Heuristiken*, in: Faas, Thors-ten/Arzheimer, Kai/Robteutscher, Sigrid (Hrsg.): *Information - Wahrnehmung - Emotion: Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 215–237.
- Wagner, Bettina (2012): *The Formation of Support for the European Union in Central and Eastern Europe, The Role of National Attitudes as Cognitive Heuristics*, Baden-Baden: Nomos.
- Weßels, Bernhard (2007): *Discontent and European Identity: Three Types of Euroscepticism*, in: *Acta Politica*, 42 (2-3), 287–306.
- Weßels, Bernhard (2009): *Trust in Political Institutions*, in: Thomassen, Jacques (Hrsg.): *The Legitimacy of the European Union after Enlargement*, Oxford: Oxford University Press, 165–183.
- Wessels, Wolfgang (2009): *Das politische System der Europäischen Union*, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 957–992.
- Wittenberg, Reinhard (1998): *Grundlagen computerunterstützter Datenanalyse*, 2. Auflage, Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Wolf, Christof/Best, Henning (Hrsg.) (2010): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wolf, Christof/Best, Henning (2010): *Lineare Regressionsanalyse*, in: Wolf, Christof/Best, Henning (Hrsg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 607–638.
- Zaller, John R. (1992): *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge/New York: Cambridge University Press.

## Anhang

**Tabelle 8: Gesamtschuldenstand ausgewählter Staaten in Prozent des BIPs**

	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
<b>EU-27</b>	61,6	59,0	62,2	74,6	80,0	82,5
<b>Euroraum (17 Länder)</b>	68,6	66,4	70,2	80,0	85,4	87,3
<b>Deutschland</b>	68,0	65,2	66,8	74,5	82,5	80,5
<b>Irland</b>	24,6	25,1	44,5	64,9	92,2	106,4
<b>Griechenland</b>	106,1	107,4	112,9	129,7	148,3	170,6
<b>Spanien</b>	39,7	36,3	40,2	53,9	61,5	69,3
<b>Frankreich</b>	63,7	64,2	68,2	79,2	82,3	86,0
<b>Italien</b>	106,3	103,3	106,1	116,4	119,2	120,7
<b>Portugal</b>	69,4	68,4	71,7	83,2	93,5	108,1

Quelle: Eurostat (Indikator: Bruttoschuld des Staates (konsolidiert))

**Tabelle 9: Staatsdefizit ausgewählter Staaten in Prozent des BIPs**

	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
<b>EU-27</b>	-1,5	-0,9	-2,4	-6,9	-6,5	-4,4
<b>Euroraum (17 Länder)</b>	-1,3	-0,7	-2,1	-6,3	-6,2	-4,1
<b>Deutschland</b>	-1,6	0,2	-0,1	-3,1	-4,1	-0,8
<b>Irland</b>	2,9	0,1	-7,4	-13,9	-30,9	-13,4
<b>Griechenland</b>	-5,7	-6,5	-9,8	-15,6	-10,7	-9,4
<b>Spanien</b>	2,4	1,9	-4,5	-11,2	-9,7	-9,4
<b>Frankreich</b>	-2,3	-2,7	-3,3	-7,5	-7,1	-5,2
<b>Italien</b>	-3,4	-1,6	-2,7	-5,4	-4,5	-3,9
<b>Portugal</b>	-4,6	-3,1	-3,6	-10,2	-9,8	-4,4

Quelle: Eurostat (Indikator: Finanzierungssaldo des Staates im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit)

**Tabelle 10: Eine Chronologie des politischen Krisenmanagements in Europa 2010-2011**

<b>Datum</b>	<b>Beteiligte Gremien</b>	
25./26. März 2010	Europäischer Rat	Zur Sicherung der Finanzstabilität und der gemeinsamen Währung sind finanzielle Hilfen für Griechenland erforderlich: Falls keine ausreichende Kapitalmarktfinanzierung zu erreichen ist, sollen - unter strengen Auflagen und ohne Subventionselemente - bilaterale Kredite in Verbindung mit dem IWF gewährt werden
11. April 2010	Euro-Gruppe	Verabschiedung von Eckpunkten eines Hilfspakets für Griechenland in Höhe von 110 Mrd. Euro
23. April 2010	Griechische Regierung	Beantragung finanzieller Unterstützung wegen drohender Zahlungsunfähigkeit
2. Mai 2010	EU-Kommission, EZB	Zustimmung der Euro-Gruppe zum internationalen Hilfspaket für Griechenland
7. Mai 2010	Europäischer Rat	Staats- und Regierungschefs beschließen Hilfspaket für Griechenland
7. Mai 2010	Deutscher Bundestag, Bundesrat, Bundespräsident	Verabschiedung des Währungsunion- Finanzstabilitätsgesetzes: Zustimmung zum Hilfspaket für Griechenland
9. Mai 2010	ECOFIN	Beschluss eines Europäischen Rettungsschirms mit einem Volumen von 500 Mrd. Euro
9. Mai 2010	EZB	Beginn des Ankaufs von Staatsanleihen im Rahmen des Securities Markets Programme (SMP)
21. Mai 2010	Deutscher Bundestag, Bundesrat	Deutschland stimmt als erstes Land dem Europäischen Rettungsschirm zu
7./8. Juni 2010	Euro-Gruppe	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) wird in Luxemburg gegründet, mit der 440 Mrd. Euro des Europäischen Rettungsschirms abgedeckt werden
30. Juni 2010	EU-Kommission	Absichtserklärung: Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten soll stärker überwacht werden
29. September 2010	EU-Kommission	Vorschläge zur Stärkung des Euro-Stabilitätspakts
28./29. Oktober 2010	Europäischer Rat	Dauerhafter Krisenmechanismus zum Schutz des Euro soll eingeführt werden
21. November 2010	Irische Regierung	Beantragung finanzieller Hilfen über die EFSF
28. November 2010	Euro-Gruppe	Details zum dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus: Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) wird beschlossen
7. Dezember 2010	ECOFIN	Finanzielle Hilfe für Irland über EFSF wird beschlossen
16. Dezember 2010	Europäischer Rat	Einigung auf Änderung des EU-Vertrags, um ESM implementieren zu können

Quelle: Übernahme aus SVR (2011: 125 f.)

**Tabelle 10 (Fortsetzung): Eine Chronologie des politischen Krisenmanagements in Europa 2010-2011**

<b>Datum</b>	<b>Beteiligte Gremien</b>	
21. März 2011	Euro-Gruppe	Beschluss über die Ausgestaltung des ESM. Die Kapitalbasis beträgt 700 Mrd. Euro
24./25. März 2011	Europäischer Rat	Verabschiedung des ESM mit einem Ausleihvolumen von 500 Mrd. Euro
7. April 2011	Portugiesische Regierung	Beantragung von Finanzhilfen über die EFSF
6./7. Mai 2011	Euro-Gruppe	Beratungen über Griechenland bleiben ohne Ergebnis
12. Mai 2011	Deutscher Bundestag	Entschließungsantrag: Hilfspaket für Portugal möglich
16. Mai 2011	Euro-Gruppe	Genehmigung von Finanzhilfen für Portugal, die insgesamt 78 Mrd. Euro betragen
11./12. Juli 2011	Euro-Gruppe	Unterzeichnung des ESM Beratungen über ein zweites Hilfspaket für Griechenland
21. Juli 2011	Staats-/ Regierungschefs der Euro-Gruppe	Verabschiedung des zweiten Hilfspakets für Griechenland in Höhe von 109 Mrd. Euro Verzicht der privaten Investoren in Höhe von 21 % der ausstehenden Forderungen auf griechische Staatsanleihen Verlängerung der Laufzeit und Reduzierung der Zinsen für Griechenland, Irland und Portugal Erhöhung des Garantierahmens im EFSF auf 780 Mrd. Euro
8. August 2011	EZB	Reaktivierung des SMP sowie Aufkauf italienischer und spanischer Staatsanleihen
16. September 2011	ECOFIN	Endgültige Einigung über die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch den "Six-Pack"
28. September 2011	EU-Parlament	Verabschiedung des "Six-Pack"
9. Oktober 2011	Regierungen von Deutschland und Frankreich	Ankündigung eines umfassenden Gesamtpakets zur Lösung der europäischen Schuldenkrise bis Ende Oktober 2011
22./23. Oktober 2011	Europäischer Rat	Beratung über Ausweitung der Hilfen für Griechenland, stärkere Beteiligung des privaten Sektors und Lösung der Schuldenkrise im Euro-Raum über die EFSF
26. Oktober 2011	Europäischer Rat	Verzicht der privaten Investoren in Höhe von 50 % der ausstehenden Forderungen auf griechische Staatsanleihen Hebelung der EFSF, um das Ausleihvolumen auf 1 Billion Euro zu steigern Rekapitalisierung der Banken
28. Oktober 2011	Bundesverfassungsgericht Deutschland	Einstweilige Verfügung: Keine Übertragung der Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages auf sogenanntes 9-er Sondergremium

Quelle: Übernahme aus SVR (2011: 125 f.)

**Tabelle 11: Bivariater Zusammenhang der Indikatoren Vertrauen in die EU & EU-Image**

		EU-Image	
<b>Vertrauen in die EU</b>	Griechenland	2007	0,55***
		2011	0,55***
	Deutschland	2007	0,44***
		2011	0,36***

Angabe der jeweiligen bivariaten Zusammenhänge in Kendalls tau-b. Fallzahlen entsprechen jeweils den Regressionsmodellen 5-8. Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen

**Datenquellen für die folgenden Tabellen:**

EB 65.2 (Frühjahr 2006), EB 68.1 (Herbst 2007); EB 69.2 (Frühjahr 2008); EB 70.1 (Herbst 2008); EB 71.3 (Frühjahr 2009); EB 72.4 (Herbst 2009); EB 73.4 (Frühjahr 2010); EB 74.2 (Herbst 2010); EB 75.3 (Frühjahr 2011); EB 76.3 (November 2011).

**Tabelle 12: Datentabelle EU-Unterstützung (EU-Image), Griechenland**

Erhebung	sehr positiv	ziemlich positiv	weder positiv noch negativ	ziemlich negativ	sehr negativ	arith. Mittel
<b>Okt 07</b>	11%	46%	36%	8%	2%	2,54
<b>Apr 08</b>	9%	39%	33%	10%	3%	2,41
<b>Okt 08</b>	6%	35%	39%	11%	3%	2,3
<b>Jun 09</b>	6%	39%	45%	14%	5%	2,27
<b>Nov 09</b>	11%	45%	36%	10%	4%	2,49
<b>Jun 10</b>	4%	34%	30%	19%	5%	2,11
<b>Nov 10</b>	2%	27%	37%	24%	8%	1,91
<b>Mai 11</b>	3%	28%	39%	27%	13%	1,81
<b>Nov 11</b>	2%	26%	29%	24%	13%	1,8

Frage: Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

**Tabelle 13: Datentabelle EU-Unterstützung (EU-Image), Deutschland**

Erhebung	sehr positiv	ziemlich positiv	weder positiv noch negativ	ziemlich negativ	sehr negativ	arith. Mittel
<b>Okt 07</b>	7%	42%	38%	9%	3%	2,39
<b>Apr 08</b>	6%	38%	42%	11%	2%	2,33
<b>Okt 08</b>	6%	42%	37%	11%	3%	2,35
<b>Jun 09</b>	6%	40%	38%	13%	2%	2,33
<b>Nov 09</b>	7%	40%	39%	11%	2%	2,37
<b>Jun 10</b>	4%	31%	39%	19%	6%	2,09
<b>Nov 10</b>	3%	29%	45%	19%	3%	2,08
<b>Mai 11</b>	3%	35%	39%	19%	3%	2,14
<b>Nov 11</b>	3%	27%	44%	20%	5%	2,01

Frage: Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

**Tabelle 14: Datentabelle Demokratische Performanz der EU**

**Griechenland**

Erhebung	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	nicht sehr zufrieden	gar nicht zufrieden	Arith. Mittel
<b>2006/1</b>	10,73%	42,39%	35%	11%	1,52
<b>2007/2</b>	9,85%	48,10%	30,05%	12,00%	1,55
<b>2009/2</b>	9,20%	47,98%	35,16%	7,65%	1,58
<b>2010/1</b>	4,47%	38,94%	40,32%	16,28%	1,31
<b>2011/2</b>	1,68%	28,50%	43,22%	26,60%	1,05

**Deutschland**

<b>2006/1</b>	3,15%	42,48%	41,53%	12,84%	1,35
<b>2007/2</b>	6,68%	47,42%	36,38%	9,51%	1,51
<b>2009/2</b>	6,68%	53,84%	34,39%	5,10%	1,62
<b>2010/1</b>	3,03%	45,74%	42,14%	9,09%	1,42
<b>2011/2</b>	4,66%	43,96%	42,54%	8,83%	1,44

Frage: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?

**Tabelle 15: Datentabelle Demokratische Performanz des Nationalstaats**

**Griechenland**

<b>Erhebung</b>	<b>sehr zufrieden</b>	<b>ziemlich zufrieden</b>	<b>nicht sehr zufrieden</b>	<b>gar nicht zufrieden</b>	<b>Arith. Mittel</b>
<b>2006/1</b>	14,10%	39,90%	35%	11%	1,57
<b>2007/2</b>	16,77%	46,29%	26,10%	10,84%	1,68
<b>2009/2</b>	10,93%	38,31%	37,01%	13,74%	1,46
<b>2010/1</b>	4,20%	26,70%	42,10%	26,80%	1,08
<b>2011/2</b>	1,00%	16,00%	41,00%	42,00%	0,76

**Deutschland**

<b>2006/1</b>	6,29%	44,56%	34,08%	13,76%	1,42
<b>2007/2</b>	12,79%	48,70%	28,65%	9,86%	1,64
<b>2009/2</b>	9,57%	57,11%	27,53%	5,78%	1,7
<b>2010/1</b>	7,39%	51,68%	31,75%	8,51%	1,57
<b>2011/2</b>	14,00%	54,00%	25,00%	6,00%	1,75

Frage: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in LAND funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?

**Tabelle 16: Datentabelle Systemische Performanz der EU**

**Griechenland**

<b>Erhebung</b>	<b>sehr gut</b>	<b>ziemlich gut</b>	<b>ziemlich schlecht</b>	<b>sehr schlecht</b>	<b>Weiß nicht</b>	<b>arith. Mittel</b>
<b>Okt 07</b>	11%	53%	26%	7%	3%	1,7
<b>Okt 08</b>	2%	22%	44%	31%	1%	0,94
<b>Jun 09</b>	1%	19%	45%	33%	2%	0,87
<b>Nov 09</b>	1%	20%	59%	19%	1%	1,03
<b>Jun 10</b>	0%	16%	50%	32%	2%	0,83
<b>Nov 10</b>	1%	12%	52%	34%	1%	0,79
<b>Mai 11</b>	2%	21%	46%	30%	1%	0,94
<b>Nov 11</b>	1%	16%	40%	41%	2%	0,76

**Deutschland**

<b>Okt 07</b>	5%	60%	24%	3%	8%	1,72
<b>Okt 08</b>	1%	46%	41%	7%	5%	1,43
<b>Jun 09</b>	0%	20%	64%	12%	4%	1,08
<b>Nov 09</b>	0%	30%	56%	7%	7%	1,24
<b>Jun 10</b>	1%	22%	57%	15%	5%	1,09
<b>Nov 10</b>	0%	36%	46%	6%	12%	1,34
<b>Mai 11</b>	1%	40%	47%	6%	6%	1,38
<b>Nov 11</b>	1%	30%	56%	7%	6%	1,26

Frage: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in der europäischen Wirtschaft?

**Tabelle 17: Datentabelle Systemische Performanz des Nationalstaats**

**Griechenland**

<b>Erhebung</b>	<b>sehr gut</b>	<b>ziemlich gut</b>	<b>ziemlich schlecht</b>	<b>sehr schlecht</b>	<b>Weiß nicht</b>	<b>arith. Mittel</b>
<b>Okt 07</b>	2%	22%	51%	25%	n/a	1,01
<b>Okt 08</b>	0%	10%	42%	48%	n/a	0,62
<b>Jun 09</b>	1%	9%	40%	50%	n/a	0,61
<b>Nov 09</b>	0%	8%	53%	39%	n/a	0,69
<b>Jun 10</b>	0%	2%	32%	66%	n/a	0,36
<b>Nov 10</b>	0%	2%	33%	65%	n/a	0,37
<b>Mai 11</b>	0%	1%	25%	74%	n/a	0,27
<b>Nov 11</b>	0%	1%	16%	83%	n/a	0,18

**Deutschland**

<b>Okt 07</b>	7%	60%	28%	4%	1%	1,71
<b>Okt 08</b>	3%	46%	41%	8%	2%	1,45
<b>Jun 09</b>	0%	23%	60%	15%	2%	1,08
<b>Nov 09</b>	1%	30%	59%	8%	2%	1,24
<b>Jun 10</b>	1%	35%	52%	10%	2%	1,28
<b>Nov 10</b>	7%	61%	24%	4%	4%	1,74
<b>Mai 11</b>	12%	62%	22%	2%	2%	1,86
<b>Nov 11</b>	12%	66%	17%	3%	2%	1,89

Frage: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in der griechischen bzw. deutschen Wirtschaft?

**Tabelle 18: Datentabelle Systemische Performanz (egozentrisch)/ Persönliche ökonomische Lage**

**Griechenland**

<b>Erhebung</b>	<b>besser</b>	<b>schlechter</b>	<b>gleich</b>	<b>Weiß nicht</b>	<b>arith. Mittel</b>
<b>Okt 07</b>	19%	8%	73%	0%	1,11
<b>Apr 08</b>	13%	9%	78%	0%	1,04
<b>Okt 08</b>	13%	14%	71%	2%	0,98
<b>Jun 09</b>	7%	15%	76%	2%	0,91
<b>Nov 09</b>	20%	14%	58%	8%	1,06
<b>Jun 10</b>	7%	35%	45%	13%	0,67
<b>Nov 10</b>	6%	32%	47%	15%	0,69
<b>Mai 11</b>	6%	30%	51%	13%	0,72
<b>Nov 11</b>	7%	42%	40%	11%	0,6

**Deutschland**

<b>Okt 07</b>	17%	8%	66%	9%	1,09
<b>Apr 08</b>	17%	9%	63%	11%	1,08
<b>Okt 08</b>	14%	9%	64%	13%	1,05
<b>Jun 09</b>	11%	7%	70%	12%	1,04
<b>Nov 09</b>	15%	7%	67%	11%	1,08
<b>Jun 10</b>	14%	9%	68%	9%	1,05
<b>Nov 10</b>	17%	5%	69%	9%	1,13
<b>Mai 11</b>	15%	4%	68%	13%	1,12
<b>Nov 11</b>	14%	6%	67%	13%	1,09

Frage: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um ihre persönliche berufliche Situation geht?

**Tabelle 19: Datentabelle Exklusive nationale Identität**

**Griechenland**

<b>Erhebung</b>	<b>Exklusive nationale Identität</b>	<b>Keine exklusive nationale Identität</b>
<b>Mai 07</b>	17%	83%
<b>Apr 08</b>	21%	79%
<b>Okt 08</b>	17%	83%
<b>Jun 09</b>	21%	79%
<b>Nov 09</b>	14%	85%
<b>Jun 10</b>	20%	79%
<b>Nov 10</b>	17%	82%
<b>Mai 11</b>	19%	81%
<b>Nov 11</b>	21%	78%

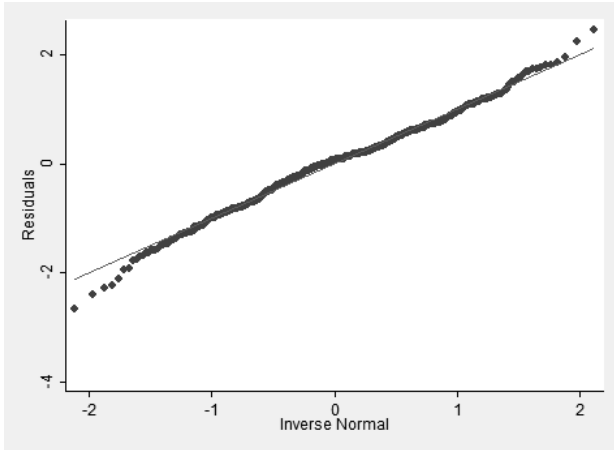
**Deutschland**

<b>Mai 07</b>	9%	90%
<b>Apr 08</b>	8%	91%
<b>Okt 08</b>	9%	90%
<b>Jun 09</b>	9%	90%
<b>Nov 09</b>	9%	90%
<b>Jun 10</b>	12%	87%
<b>Nov 10</b>	13%	85%
<b>Mai 11</b>	9%	90%
<b>Nov 11</b>	11%	88%

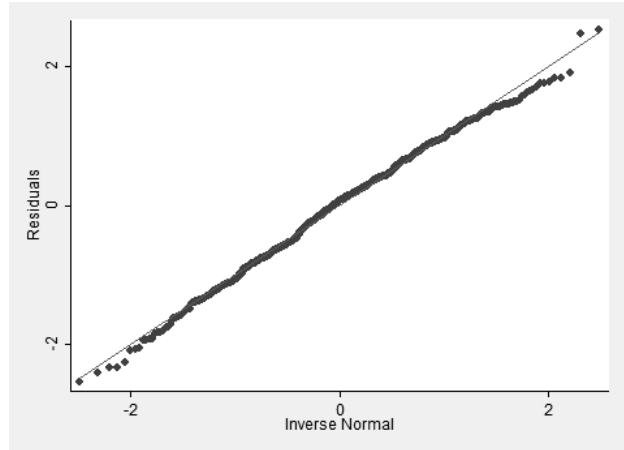
Frage: Was bedeutet die EU für Sie persönlich? Der Verlust der kulturellen Identität?

Abbildung 10: Q-Q-Plots zum Test normalverteilter Residuen (für Regressionsmodelle 5-8)

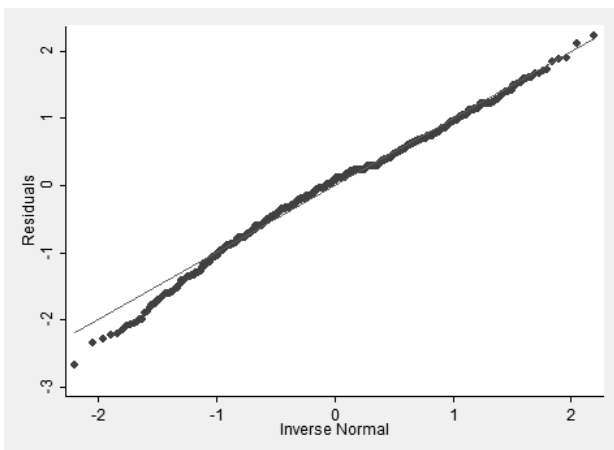
Griechenland 2007 (Modell 5)



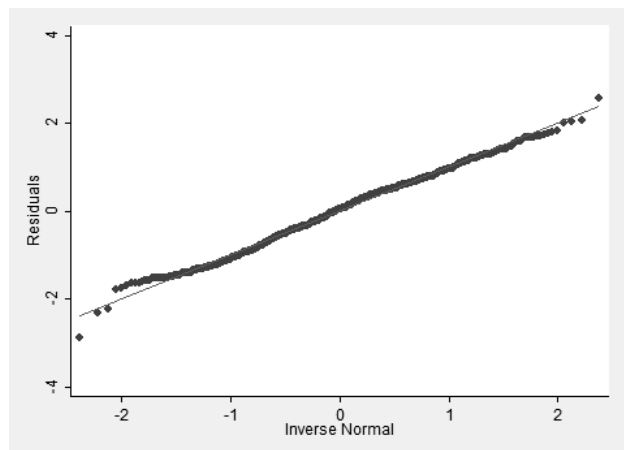
Griechenland 2011 (Modell 6)



Deutschland 2007 (Modell 7)



Deutschland 2011 (Modell 8)



In den Q-Q-Plots werden die Quantile der Standardnormalverteilung mit den Quantilen der Residuen gegeneinander abgetragen. Eine perfekte Normalverteilung der Residuen würde sich bei einer vollständigen Deckung der geschätzten Werte mit der Gerade der Standardnormalverteilung ergeben.

**Tabelle 20: Test auf Multikollinearität (Variance Inflation Factors)**

<b>Variance Inflation Factor</b>	<b>Griechenland 2007 (Modell 5)</b>	<b>Griechenland 2011 (Modell 6)</b>
Systemische Performanz der EU	1,33	1,27
Systemische Performanz des Nationalstaats	1,32	1,20
Systemische Performanz (egozentrisch)	1,12	1,09
Demokratische Performanz der EU	1,74	1,84
Demokratische Performanz des Nationalstaats	1,63	1,80
Exklusive nationale Identität	1,15	1,09
Alter	1,20	1,02
Bildung	1,19	1,04
Geschlecht	1,03	1,01
<b><i>Durchschnitt</i></b>	1,30	1,26
	<b>Deutschland 2007 (Modell 7)</b>	<b>Deutschland 2011 (Modell 8)</b>
Systemische Performanz der EU	1,82	1,43
Systemische Performanz des Nationalstaats	1,84	1,58
Systemische Performanz (egozentrisch)	1,13	1,14
Demokratische Performanz der EU	1,97	1,89
Demokratische Performanz des Nationalstaats	2,00	2,06
Exklusive nationale Identität	1,06	1,07
Alter	1,09	1,12
Bildung	1,04	1,04
Geschlecht	1,03	1,06
<b><i>Durchschnitt</i></b>	1,44	1,38

**Tabelle 21: Determinanten der EU-Unterstützung (nur Kontrollvariablen)**

Abhängige Variable:	Griechenland		Deutschland	
	Modell 9	Modell 10	Modell 11	Modell 12
	2007	2011	2007	2011
EU-Unterstützung	<i>b</i>	<i>b</i>	<i>b</i>	<i>b</i>
<b>Systemische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)				
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)				
Persönliche ökonomische Lage (egozentrisch)				
<b>Demokratische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)				
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)				
<b>Soziale Identität</b>				
Exklusive nationale Identität				
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter	-0.021 (0.030)	0.084* (0.057)	-0.018 (0.023)	-0.012 (0.042)
Hoher Bildungsabschluss	0.160** (0.059)	0.268*** (0.078)	0.262*** (0.045)	0.242*** (0.052)
Geschlecht	-0.135* (0.056)	-0.091 (0.071)	-0.143** (0.045)	-0.031 (0.052)
N	997	842	1477	1173
Adj. R <sup>2</sup>	0.018	0.02	0.03	0.018

Signifikanzniveaus: \* p<0.05, \*\* p<0.01, \*\*\* p<0.001.

Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen.

Lineare Regression. Unstandardisierte Koeffizienten. Robuste Standardfehler in Klammern.

Referenzkategorien: Geschlecht männlich, kürzere Ausbildungsdauer nach Mediansplit.

**Tabelle 22: Determinanten der systemischen Performanz der EU**

Abhängige Variable: Systemische Performanz der EU (gesellschaftsbezogen)	Griechenland		Deutschland	
	Modell 13	Modell 14	Modell 15	Modell 16
	2007	2011	2007	2011
	$b(\beta)$	$b(\beta)$	$b(\beta)$	$b(\beta)$
<b>Systemische Performanz</b>				
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	0.394*** (0.381)	0.565*** (0.329)	0.554*** (0.612)	0.469*** (0.480)
Persönliche ökonomische Lage (egozentrisch)	0.146** (0.089)	0.158*** (0.130)	0.072* (0.061)	0.112** (0.085)
<b>Demokratische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.162*** (0.174)	0.250*** (0.263)	0.066* (0.082)	0.188*** (0.215)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	0.044 (0.05)	-0.103* (-0.106)	0.013 (0.017)	-0.071** (-0.090)
<b>Soziale Identität</b>				
Exklusive nationale Identität	0.071 (0.035)	-0.075 (-0.041)	-0.102 (-0.031)	-0.123* (-0.067)
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter	-0.016 (-0.021)	0.010 (0.012)	-0.023 (-0.035)	0.019 (0.030)
Hoher Bildungsabschluss	0.031 (0.020)	0.054 (0.033)	0.018 (0.014)	-0.028 (-0.022)
Geschlecht	0.010 (0.007)	-0.000 (-0.000)	-0.069* (-0.056)	-0.020 (-0.016)
N	942	842	1167	1173
Adj. R <sup>2</sup>	0.250	0.215	0.452	0.302

Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < 0.01$ , \*\*\*  $p < 0.001$ .

Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen.

Lineare Regression. Unstandardisierte Koeffizienten. Standardisierte Koeffizienten in Klammern.

Referenzkategorien: Geschlecht männlich, kürzere Ausbildungsdauer nach Mediansplit.

**Tabelle 23: Determinanten der demokratischen Performanz der EU**

Abhängige Variable: Demokratische Performanz der EU (gesellschaftsbezogen)	Griechenland		Deutschland	
	Modell 17	Modell 18	Modell 19	Modell 20
	2007	2011	2007	2011
	$b(\beta)$	$b(\beta)$	$b(\beta)$	$b(\beta)$
<b>Systemische Performanz</b>				
EU (gesellschaftsbezogen)	0.143*** (0.133)	0.191*** (0.182)	0.095* (0.076)	0.186*** (0.163)
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	0.036 (0.032)	-0.075 (-0.042)	-0.025 (-0.023)	-0.133*** (-0.119)
Persönliche ökonomische Lage (egozentrisch)	0.004 (0.003)	0.034 (0.026)	0.022 (0.015)	0.023 (0.015)
<b>Demokratische Performanz</b>				
Nationalstaat (gesellschaftsbezogen)	0.496*** (0.523)	0.601*** (0.589)	0.603*** (0.653)	0.594*** (0.656)
<b>Soziale Identität</b>				
Exklusive nationale Identität	-0.374*** (-0.171)	-0.138** (-0.073)	-0.477*** (-0.116)	-0.106* (-0.050)
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter	-0.013 (-0.015)	0.019 (0.023)	-0.018 (-0.023)	-0.015 (-0.020)
Hoher Bildungsabschluss	0.071 (0.043,)	0.133** (0.077)	0.010 (0.006)	0.015 (0.010)
Geschlecht	0.067 (0.04)	-0.056 (-0.035)	0.078* (0.051)	0.007 (0.005)
N	942	842	1167	1173
Adj. R <sup>2</sup>	0.426	0.457	0.492	0.470

Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < 0.01$ , \*\*\*  $p < 0.001$ .

Datenquelle: Eurobarometer 68.1/76.3, eigene Berechnungen.

Lineare Regression. Unstandardisierte Koeffizienten. Standardisierte Koeffizienten in Klammern.

Referenzkategorien: Geschlecht männlich, kürzere Ausbildungsdauer nach Mediansplit.

## **Schriftliche Versicherung**

**gemäß §15 (5) Ordnung für die Magisterprüfung der Fachbereiche 02, 05, 07, 09 und 10 vom 11. Oktober 1999, in der jeweils gültigen Fassung**

Hiermit versichere ich, Simon Rudolf Bauer, dass ich die Magisterhausarbeit selbstständig, ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in gleicher oder anderer Form an irgendeiner Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Mainz, den 19.03.2013

---

## **Einsichtnahme in die Magisterarbeit**

Erklärung des Verfassers: Simon Rudolf Bauer

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Interessenten Einsicht in meine Magisterarbeit nehmen können bzw. dass meine Arbeit in der Bibliothek meines Hauptfaches aufgestellt und damit öffentlich zugänglich gemacht wird.

Mainz, den 19.03.2013

---